

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 20. Juni 1980

14. Jahrgang

1 DM

Gas und Strom werden teurer

Neue Welle von Preissteigerungen

Lohnerhöhungen schon heute aufgezehrt

4,5 Prozent Preissteigerung waren als Durchschnittswert für dieses Jahr von Wirtschaftsinstituten prophezeit worden. Doch erwiesen sich die Prognosen als noch unzuverlässiger als der Wetterbericht. Resultat: Die Inflation hat die 6-Prozent-Marke überschritten; wirkliche Lohnerhöhungen gibt es nicht; die Unternehmer schwimmen im Geld, und der Verbraucher steht im Regen.

In Frankfurt steigen die Gaspreise um 10 Prozent, zur Jahreswende um weitere 20 Prozent. In Bremen und Hannover sind Preiserhöhungen im Herbst zu erwarten, in der niedersächsischen Hauptstadt um 12, in der Hansestadt um 30 Prozent.

Hamburg, die „weltoffene Stadt“, denkt an eine 9prozentige Anhebung.

Wie unhaltbar der ohnehin schon falsche Hinweis auf die Preisbeschlüsse der OPEC im Fall der Erdgaspreise sind, zeigt die schlichte Tatsache, daß 35 bis 40 Prozent des westdeutschen Erdgaskonsums aus westdeutschem Boden gefördert wird.

Grund für die unerträgliche Preistreibe ist mithin nicht die Preispolitik irgendwelcher Ölscheichs, sondern die Diktatur der Ölmilliarden über unseren Erdgasmarkt. Um ihre Kassen weiter zu füllen, haben die amerikanischen Multis eine Koppelung der Öl- mit den Gaspreisen durchgesetzt. Diese Preiskoppelung muß fallen!

Auch die Strompreise werden in den Strudel des Preisauftriebs hineingerissen. Für Hamburg ist ab 1. Juli ein Plus von 7 Prozent vorgesehen, die Verbraucher in Frankfurt können sich auf eine 6 bis 8prozentige Steigerung gefaßt machen.

Jeder Artikel über Preistreiber wäre unvollständig, ginge

er nicht auf die Benzinpreise ein, die noch nie im Inflationsreigen gefehlt haben. Während zum Beispiel die BP ihren Reinertrag im ersten Quartal 1980 im Vergleich zum Vorjahresquartal gleich verdoppeln konnte, sind laut VEB-Vertriebschef Giesel Preiserhöhungen bei Benzin von ein bis zwei Pfennig fällig, und das, obwohl die Vorratslager überlaufen und von Knappheit überhaupt nicht die Rede sein kann.

Doppelt empörend, daß ausgerechnet der Staat die Absicht hegt, über die ständig auf skandalöse Weise hochgejagten Benzinpreise das Loch in der Rüstungskasse stopfen will. Matthöfer hat für den nächsten 1. Januar eine Erhöhung der Mineralölsteuer angekündigt.

Das Kapital mit den Ölmultis an der Spitze und dem Staat als Mitverdiener und Helfershelfer plündern munter weiter die Geldbörsen des kleinen Mannes aus; von Monat zu Monat skrupelloser. Die Werktätigen haben eine Möglichkeit, das über die Inflation geraubte Geld zurückzuholen: Dieses Jahr muß ein Nachschlag her!

Auf zum IV. Internationalen Jugendlager



Für die Rechte der Jugend

Zeltlager mit

Tag der internationalen Solidarität

Großveranstaltung gegen Strauß

Diskussionen, Arbeitsgruppen, Kulturwerkstätten, Lagerkino, Sport, Ausflüge usw.



19.7. - 3.8.

Thiergarten im Hunsrück

Nur 180 Mark...

... wenn Du Dich bis zum 1. Juli angemeldet hast. Danach: 200 Mark. Im Preis ist die Verpflegung enthalten. Kinder (zwischen vier und zwölf Jahren) zahlen den halben Preis. Das Geld muß auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Vorbereitungsausschuß, Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg, Postscheckamt Essen, Konto-Nr.: 2089 82-439.

Wer keine zwei Wochen Urlaub hat, kann natürlich auch nur für ein paar Tage, oder einen Abend vorbeischaun. Die Karten bekommt man immer am Lagereingang. Zelte zum Schlafen müssen mitgebracht werden. Und das Essengeschirr einschließlich Besteck nicht vergessen. Wer gerne scharfe Sachen ißt, denke auch an Salz- und Pfeffersteuer. Weitere Informationen beim Vorbereitungsausschuß.



Austauschbar sind die Bilder und Dokumente des Polizeiterrors. Hatte vor kurzem noch die polizeiliche Räumung der „Freien Republik Wendland“ die Öffentlichkeit in Atem gehalten, so sorgt jetzt die gewaltsame Polizeiaktion in Freiburg für Schlagzeilen. Dort waren es Bohrplatzbesetzer, hier sind es Hausbesetzer. Dort räumen die Polizisten für den Profit der Atomlobby, hier für die Gewinnspannen der Bodenspekulanten. Was in Freiburg mit 60 Hausbesetzern begann, eskalierte zu einer Demonstration von 10 000 Bürgern gegen den Polizeiterror. Lesen Sie mehr auf Seite 8.

Opel Rüsselsheim

Weitere Arbeitsplatzvernichtung?

RÜSSELSHEIM. — 81 Millionen Mark will die Landesregierung von Rheinland-Pfalz dem Opel-Konzern als Investitionshilfe geben, um in Kaiserslautern ein neues Motorenwerk zu bauen. Mit Inbetriebnahme des Kaiserslauterner Werkes, das dann neben Motoren auch die Achsen- und Getriebeproduktion übernehmen soll, werden von August 1981 an in Rüsselsheim noch einmal 3 700 Arbeitsplätze überflüssig.

Dies wurde in der letzten Woche auf einer Pressekonferenz des Opel-Betriebsrates in Rüsselsheim bestätigt. Damit ist klar, daß die Opel-Leitung nicht daran denkt, es bei der Vernichtung von 5 300 Arbeitsplätzen (wir berichteten darüber) bewenden zu lassen geschweige denn, die angekündigten Entlassungen zurückzunehmen. Vieles deutet darauf hin, daß der Amoklauf der General-Motors-Bosse das ganze Werk in Rüsselsheim bedroht.

Die gigantische Arbeitsplatzvernichtung bedroht aber

nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiter, sondern das Wirtschaftsleben Rüsselsheims insgesamt. In Rüsselsheim droht ein Longwy der Autoindustrie. Es liegt an uns, den Opel-Bossen die gemeinsame Kraft der Arbeiter und anderen Werktätigen entgegenzusetzen! Formieren wir eine Kampffront zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze!

Wenn die Kapitalisten aus Rüsselsheim ein Longwy machen, dann sollen sie, was den Kampf betrifft, ihr Longwy erleben!

Diese Woche

ÖTV-Opposition marschiert

Der 9. ordentliche Verbandstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat den Vormarsch der gewerkschaftsoppositionellen Kräfte bewiesen. Gleichzeitig zeigte sich aber auch der große Mangel dieser Opposition in der ÖTV — in der politischen und organisatorischen Führung. Genauer auf Seite 5.

Friedensforscher entlarven Aufrüstung

In Ost und West. Trotz aller Versuche der Regierungen beider Militärblocke den Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts lächerlich zu machen ist er brisant: Er beweist die ungeheure Aufrüstung hüben wie drüben. Den Bericht stellen wir auf Seite 11 vor.

Das Kapital geht über Leichen

Auf Seite 13 können Sie nachlesen, wie die herrschende Klasse unseres Landes die Gesundheitspolitik in jeder Weise ihren Profitinteressen unterordnet und was dies für die Werktätigen bedeutet.

Das gesetzliche Verbot muß erkämpft werden!

Bundesarbeitsgericht rechtfertigt Aussperrung

KASSEL. — Am 10. Juni gab das Bundesarbeitsgericht seinen Urteilsspruch in Sachen Aussperrung bekannt. Das Ergebnis dürfte kaum einen aktiven Gewerkschafter überrascht haben: Nach dem Willen des BAG sollen die Kapitalisten auch künftig

Unter dem Druck der Bewegung gegen die Aussperrung hat das BAG zwar einige besonders aggressive Praktiken, wie sie von den Druckkapitalisten angewandt wurden, verurteilt. Auf der anderen Seite wurde aber nicht nur die Aussperrung generell für rechtmäßig erklärt, sondern unverhüllt auch die hessische Landesverfassung angegriffen, die ein Aussperrungsverbot enthält.

Das Kasseler Urteil — von den Unternehmerverbänden und den Bonner Parteien einhellig begrüßt — hat deutlich gemacht, daß der Kampf gegen die Aussperrung nicht mit Hilfe der bürgerlichen Justiz geführt

werden kann. Dieses Urteil hat diejenigen bestätigt, die — wie auch unsere Partei — auf den politischen Kampf gegen die Aussperrung orientiert haben. Und auf diesem Weg muß jetzt mit aller Kraft weiter gekämpft werden. Heute setzen sich schon viele gewerkschaftliche Gremien und auch Organisationen der SPD für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ein. Diese Bewegung muß verbreitert, ihr muß neue Stoßkraft gegeben werden — bis den Kapitalisten der Aussperrungsknüppel aus der Hand geschlagen ist.

(Siehe auch Kommentar auf Seite 2 und Artikel auf Seite 3.)

das Recht haben, den Aussperrungsknüppel gegen die Werktätigen zu schwingen und mit dieser Waffe das Streikrecht empfindlich einzuschränken.



Unmittelbar vor dem Beginn des BAG-Prozesses führte die Kampagne für das Verbot der Aussperrung in Kassel eine Demonstration durch.

Kommentar

Das Kasseler Urteil ist gesprochen. Nicht nur für die Kommunisten, auch für jeden aktiven Gewerkschafter war es keine Überraschung. Was unsere Partei von Beginn an sagte, hat sich bestätigt. Die Richter sprachen Recht für ihre Klasse. Das war einmal mehr der Geist jener berüchtigten tausend Jahre, der hier die Talare der Richter umwehte.

Kampf gegen die Aussperrung!

Und nun? Drei mögliche Reaktionen gibt es auf dieses Urteil. Die erste, die der Bonner Parteien, die regierungsamtliche sozusagen, ist eindeutig. Da wird das Urteil gewürdigt, wird daran herumgedeutet, wird versucht, dieses Urteil als demokratische Entscheidung eines unabhängigen Gerichts zu verkaufen. Eine Reaktion natürlich, die dem Interesse der Kapitalisten, der Aussperrungsterroristen entspricht.

Zu dieser offen reaktionären Haltung gesellt sich aber auch noch eine zweite, die von ganz verschiedenen politischen Strömungen vertreten wird, selbst von Organisationen, die sich mit dem Namen „kommunistisch“ schmücken. Jene Haltung nämlich, die da sagt, da wäre sowieso nichts anderes zu erwarten, die Kapitalisten würden niemals freiwillig auf die Aussperrung verzichten, deshalb lohne der ganze Kampf nicht, sei Ablenkung und so weiter. Fadenscheinige Argumente. Mit der von niemandem bestrittenen Behauptung, die Kapitalisten würden nicht freiwillig auf die Aussperrung verzichten, wollen sich solche Kräfte aus der Verantwortung stehlen, sich vor dem nötigen Kampf drücken.

Denn genau dies ist die dritte mögliche Reaktion: jetzt erst recht! Jetzt erst recht kämpfen für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung. Ein Verbot, das die SPD laut Helmut Schmidt „sicher nicht will“. Ein Verbot, für das die Führung der DGB-Gewerkschaften entgegen dem Willen zahlloser Mitglieder, Gewerkschaftsversammlungen und -gremien nichts getan hat.

Über 40000 Unterschriften hat die Kampagne für das Verbot der Aussperrung bisher gesammelt. Hier gilt es, mit verstärkter Kraft weiterzumachen. Unserer Partei, die diese Kampagne als einzige von Anfang an unterstützt hat, kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Denn realistisch gesehen ist dies nicht nur eine der größten politischen Unterschriftensammlungen der letzten Jahrzehnte, sondern auch eine breite Bewegung, die zunehmend große Teile der oppositionellen Bewegung in den Gewerkschaften einigt.

Das ist die Basis für den weiteren Kampf. Eine gute Basis. Jetzt, wo das Kasseler Urteil gefällt ist, werden sich die Reihen klären. Jene vielen, die wirklich gegen den Aussperrungsterror kämpfen wollen, aber sich bisher noch täuschen ließen, sie sind jetzt wachgerüttelt. Jene wenigen, die nur auf einen fahrenden Zug sprangen, um den Anschluß nicht zu verpassen, sie werden jetzt passen, werden versuchen, den ganzen Kampf zu unterbinden.

Der Kampf gegen die Aussperrung ist einfach eine politische Notwendigkeit für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung, für die gesamte demokratische Bewegung in diesem deutschen Teilstaat. Er ist nicht abhängig vom Urteil einiger Herren, die das Leben der Werktätigen höchstens vom Hörensagen kennen.

Gerade jetzt, wo der Bundestagswahlkampf vor der Tür steht, bietet dieser sich an als Forum des Kampfes gegen die Aussperrung. Dort, wo die großen Versprechungen gemacht werden, muß das Wort der Gewerkschaftsbewegung zu hören sein, das kraftvoll das Verbot der Aussperrung fordert, das verlangt, Position zu beziehen.

Unumstößlich bleibt es dabei: Die Aussperrung unterhöhlt das demokratische Recht auf Streik — deshalb muß sie durch die Kraft einer großen politischen Bewegung verboten werden.

Helmut Weiss

EG-Gipfel in Venedig

EG für Mitwirkung der PLO

Nahost-Initiative zurückgestellt

VENEDIG. — Das Nahost-Problem stand im Mittelpunkt der Beratungen, zu denen die Regierungschefs der EG-Länder nach Venedig gekommen waren. Wichtigstes Ergebnis war dabei eine gemeinsame Erklärung, in der die EG der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) das Recht zugesteht, an einer Lösung des Nahost-Konflikts mitzuwirken.

Ursprünglich hatte die EG eine umfassende Nahost-Initiative geplant, mit der die Forderung nach der Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes vor die UNO gebracht werden sollte. Ein Wink von Jimmy Carter genügt jedoch, um diesen Plan zu stoppen. Die amerikanische Supermacht verfolgt ja seit der Konferenz von Camp David die Strategie, Ägypten aus dem arabischen Lager herauszubrechen und dieses Land zusammen mit dem zionistischen Israel zu einer wirtschaftlichen und militärischen Bastion des US-Imperialismus auszubauen. Für das palästinensische Volk ist in diesen Plänen kein Platz.

Nach dem Einwirken Carters auf die geplante EG-Initiative brachen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die schon in anderen Fragen zu beobachtenden Widersprüche erneut aus. Dabei ergriff Bonn wieder uneingeschränkt die Partei der amerikanischen Supermacht. London und Paris, die ihre eigenen imperialistischen Interessen im Nahen Osten höher stellen als die uneingeschränkte Gefolgschaftstreue gegenüber Carter, konnten schließlich gegen den Bonner Widerstand das erwähnte Bekenntnis zur Mitwirkung der PLO an der Lösung des Nahost-Konflikts durchsetzen.

Damit hat die EG zum ersten Mal faktisch die Tatsache anerkannt, daß das palästinensische Volk nicht nur ein Recht auf Selbstbestimmung hat, sondern auch, daß dieses Volk seine rechtmäßige Vertretung in der PLO hat. Das ist ein bedeutendes Zugeständnis an den seit Jahrzehnten andauernden Kampf des palästinensischen

Volkes und der anderen arabischen Völker. Natürlich erfolgte dieses Zugeständnis nicht aus Menschenliebe heraus, sondern aus der Erkenntnis, daß sich die europäischen imperialistischen Interessen heute nicht mehr in der totalen Konfrontation gegen das palästinensische Volk und seine Befreiungsorganisation verwirklichen lassen.

Für die Völker im Nahen Osten bietet diese Erklärung jedoch günstige Möglichkeiten in ihrem Kampf gegen den israelischen Zionismus und seine Hintermänner. Für die demokratischen und antiimperialistischen Kräfte in der Bundesrepublik ergibt sich aus der EG-Erklärung die Notwendigkeit, an die Bundesregierung noch massiver die Forderung zu stellen, daß sie endlich die PLO eindeutig als Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt.

Steuerpolitischer Krach im Bundesrat

Kriegsvorbereitungen leeren Bundeskasse

Ob Strauß oder Schmidt: bluten muß der Steuerzahler

BONN. — Am Freitag, den 13. Juni gerieten Bundesfinanzminister Matthöfer und die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates unter Führung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg hart aneinander. Die CDU/CSU-regierten Länder ließen gleich drei vom Bundestag verabschiedete Gesetze (Jugendhilfegesetz, Strafvollzugsgesetz und neue Bestimmungen zum Wohngeld) durchfallen. Grund: zu hohe Kosten.

Ernst Albrecht, Regierungschef in Hannover, begründete die Ablehnung der Gesetze, die in Beobachternkreisen teilweise große Überraschung ausgelöst hatte. Da Bundeskanzler Schmidt kürzlich den Länderregierungen vorgeworfen hatte, sie würden dem Bund die notwendige Finanzausstattung versagen und ihn finanziell „aushungern“, könne man unmöglich Gesetzen zustimmen, die mit hohen Kosten verbunden seien.

Soweit Ernst Albrecht. Kanzler Schmidt und sein Kabinett stehen auf dem Standpunkt, daß die 1970 zwischen Bund und Ländern beschlossene Finanzverfassung heute nicht mehr ausreiche, die gestiegenen Ausgaben des Bundes abzudecken. In diesem Zusammenhang weisen Kanzler und Finanzminister besonders auf den überdurchschnittlichen Anstieg der internationalen Aufgaben und der damit verbundenen Kosten hin.

Deshalb, so das Kabinett, sei eine Änderung der Steuerquote zugunsten des Bundes erforderlich. Es sei nur recht und billig, wenn auch die Länder die neuen internationalen und außenpolitischen Aufgaben mittragen. Im Hause des Finanzministers denkt man vor allem an einen höheren Mehrwertsteueranteil zugunsten der Bundeskasse.

Das hatten die CDU/CSU und die von ihr regierten Länder bereits anlässlich der Erhöhung des westdeutschen EG-Beitrags kategorisch zurückgewiesen und den Finanzminister auf die Möglichkeiten der Kosteneinsparung durch Haushaltskürzungen hingewiesen. Matthöfer seinerseits hatte gekontert, wenn die Länder sich aus der internationalen Verantwortung stehlen wollen, müsse der Steuerzahler unmittelbar belastet werden. In dem Falle seien Steuererhöhungen bei Tabak, Ben-



Montage des Spähpanzers Luchs — verdienen tun nur die Rüstungsmonopole, wo die Auftragsbücher voll sind.

zin, Diesel und Branntwein zum 1. Januar 1981 unumgänglich.

Die Zurückweisung der drei Gesetze im Bundesrat ist nun ein weiteres Manöver, sich gegen den schwarzen Peter zuzuspielen. Doch was verbirgt sich dahinter?

Auffällig ist zunächst die Tatsache, daß sich Regierung und Opposition dahingehend völlig einig sind, für die gestiegenen internationalen Verpflichtungen Mehrausgaben zu leisten.

Diese Ausgaben sind allesamt dafür bestimmt, die zunehmend aggressive Machtpolitik des westdeutschen Imperialismus zu finanzieren. „Runderneuerung“ der Bundeswehrrüstung, Milliarden für die faschistischen Militärs in der Türkei, Unterhaltszahlungen für die Besatzertruppen, EG-Milliarden, neue Mittelstreckenraketen, das sind einige der horrenden Mehrausgaben, die immer tiefere Löcher in die Bundeskasse reißen.

Der Streit besteht darin, wie das Geld aufzutreiben ist. Während die sozialliberale Koalition den Steuerzahler zur Zeit nur in geringem Umfang direkt belasten will und die Erhöhung der indirekten Steuern zunächst als Drohung benutzt, während

Schmidt und Genscher heute noch den Weg der massiven Staatsverschuldung beschreiten, um die rasant steigenden Rüstungskosten bezahlen zu können, bevorzugt die CDU/CSU bzw. die hinter ihnen stehenden aggressiven Kreise des westdeutschen Finanzkapitals den Weg des brutalen Schröpfens der werktätigen Massen. Sie fordern immer offener den Abbau sozialer Errungenschaften, um um so hemmungsloser aufrüsten zu können.

SPD/FDP und CDU/CSU wollen auf verschiedene Art und Weise neue Geldquellen für die Bundeskasse erschließen. Investieren wollen sie das Geld allerdings auf die gleiche Weise, und zwar gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes und der anderen Völker.

Deshalb tritt die KPD/ML den Steuerplänen aller im Bundestag vertretenen Parteien entgegen. Heute kann es nicht um Steuererhöhungen gehen, sei es direkt oder über die Erhöhung der Steuerquote.

Heute muß die drastische Senkung der Lohn und Gehaltssteuer auf der Tagesordnung stehen, die Abschaffung aller indirekten Steuern sowie die rigorose Besteuerung der Unternehmerprofite.

Veranstaltung der Grauen Wölfe verhindert

WESTBERLIN. — Der Initiative der VOLKSFRONT ist es zu verdanken, daß am vergangenen Sonnabend eine Veranstaltung der faschistischen türkischen Terrororganisation Graue Wölfe verhindert wurde.

Die VOLKSFRONT hatte von dem als Kulturveranstaltung geplanten Treffen erfahren und die Öffentlichkeit informiert. Der Pächter des Veranstaltungsorts konnte zur Auflösung des Mietvertrages bewegt werden.

Als sich die Faschisten dann in eine Mormonenkirche verzogen, waren 300 von der VOLKSFRONT mobilisierte Demonstranten zur Stelle. Sie erreichten es, daß schließlich auch die Mormonen die Grauen Wölfe vor die Tür setzten.

Aktionen gegen AKW Brunsbüttel

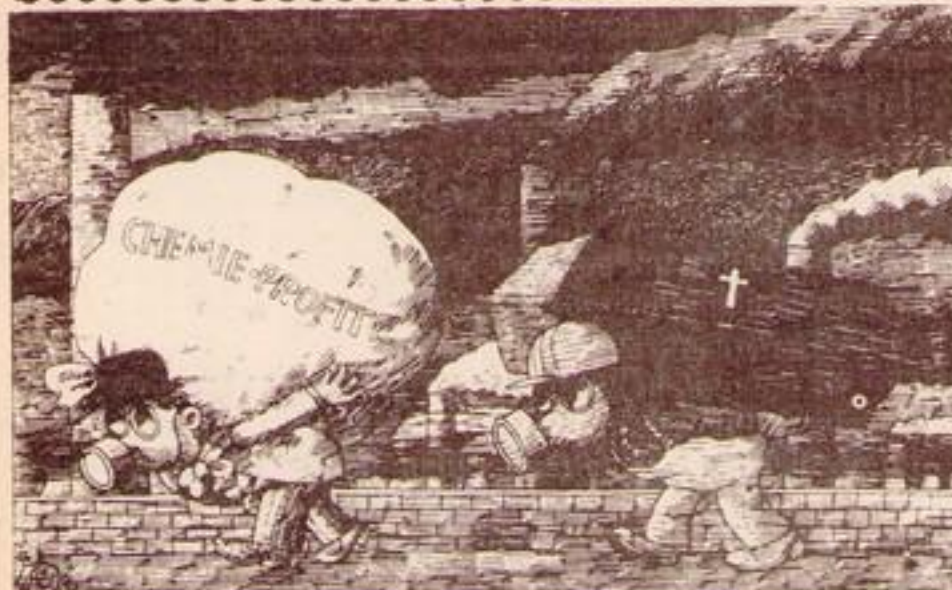
BRUNSBÜTTEL. — Auf die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brunsbüttel antworten AKW-Gegner mit Aktionstagen am kommenden Wochenende. In der Stadt werden Stände aufgebaut und Straßentheatergruppen auftreten. Für Sonnabend ist eine Demonstration geplant. Sie soll um 13 Uhr auf dem Markt beginnen und zum AKW führen.

Teufel weiter in Haft

WESTBERLIN. — Trotz eines eindeutigen Alibis, das der im Westberliner Drenkmann-Lorenz-Prozess angeklagte Fritz Teufel beibringen konnte, bleibt er weiter in Haft.

Wie bereits im letzten RM gemeldet, wurde Teufel die Beteiligung an der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Drenkmann und an der Entführung des Westberliner CDU-Chefs Lorenz vorgeworfen. Teufel konnte jedoch ein stichfestes Alibi vorweisen: Er hatte zur fraglichen Zeit unter falschem Namen in einem Essener Betrieb gearbeitet. Teufels Alibi beleuchtet schlaglichtartig die wahrhaft kriminellen Praktiken in den politischen Prozessen der Bonner Justiz. Man verfährt nach der Methode, für bestimmte Straftaten den verantwortlich zu machen, den man gerade in den Krallen hat. Und es ist dann der Angeklagte, der seine Unschuld beweisen muß und nicht umgekehrt die Justiz, die die Schuld des Angeklagten nachzuweisen hätte.

Und obwohl diese Methoden durch den glücklichen Umstand, daß Teufel für die Tatzeit ein Alibi hatte, ein Fiasko erlitten haben, ist das Westberliner Kammergericht nun nicht etwa von solchen Methoden abgerückt. Der Haftbefehl gegen Teufel in Sachen Drenkmann und Lorenz wurde zwar aufgehoben, aber sofort erließ das Gericht einen neuen, diesmal wegen der angeblichen Beteiligung Teufels an Bankrauben in Westberlin. Als Indizien gibt es dafür nur Fingerabdrücke des Angeklagten, die in sogenannten konspirativen Wohnungen gefunden wurden. Das beweist natürlich, wie Teufels Anwälte erklärten, lediglich, daß sich der Angeklagte irgendwann in diesen Wohnungen aufgehalten habe, nicht aber seine Beteiligung an den Überfällen. Es ist also wieder einmal an Teufel, der jetzt schon seit Jahren inhaftiert ist, seine Unschuld zu beweisen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Reaktionäre in Kassel sprachen Recht für Unternehmer

Der Aussperrungsterror gegen die Arbeiter und Angestellten bleibt erlaubt!

Angriff des BAG auf Hessische Verfassung ist ein Skandal!

KASSEL.— Was die Kommunisten und keineswegs nur sie vorausgesagt haben, hat sich bestätigt: So, wie die DGB-Führung es angegangen ist, kann ein Verbot der Aussperrung nicht erreicht werden. Erneut haben die Reaktionäre in Kassel Unternehmerrecht gesprochen und den Aussperrungsterror legalisiert.

Das Bundesarbeitsgericht hatte in einem Musterprozeß über die Klagen von sechs Gewerkschaften zu entscheiden, die von den Aussperrungen des Frühjahr 1978 in der Metall- sowie der Druck- und Verlagsindustrie betroffen waren. Die Entscheidung befahl sich dabei mit drei verschiedenen Aussperrungsaktionen: Mit den zwei Aussperrungsaktionen der Druck- und Verlagskapitalisten gegen den Kampf der IG Druck und Papier für einen Tarifvertrag gegen Rationalisierungsfolgen sowie mit der Aussperrung gegen die schwäbischen Metzler, die einen Schwerpunktstreik zur Durchsetzung ihrer Lohnforderung in der Tarifrunde durchführten.

Die Klage gegen die Aussperrung in der baden-württembergischen Industrie wies das Gericht ab. Es erklärte diese Aussperrung für rechtmäßig, obwohl der Verband der Metallkapitalisten den Schwerpunktstreik, an dem 80 000 Kollegen beteiligt waren, mit der Aussperrung von mehr als 100 000 Beschäftigten gekontert hatten.

Demgegenüber wurde den Klagen gegen die Aussperrung in der Druck- und Verlagsindustrie stattgegeben. Hier ging es um zwei Aussperrungsaktionen von besonders aggressivem Zuschnitt. Im einen Fall beantwortete der Unternehmerverband einen Schwerpunktstreik, der auf einige Betriebe beschränkt war, mit dem Aufruf zur bundesweiten Flächenaussperrung. Im zweiten Fall wurden heimtückisch nur Gewerkschaftsmitglieder ausgesperrt, womit Austritte aus der IG Druck provoziert werden soll-

ten. Diese Aussperrungsaktionen waren unverhüllt darauf angelegt, der IG Druck und Papier einen vernichtenden Schlag zu versetzen, sie in ihrer Existenz zu gefährden.

Das Gericht gestand zu, daß der sogenannte „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ bei diesen Aussperrungen in der Druckindustrie nicht gewahrt worden sei und erklärte sie für rechtswidrig. Der Unternehmerverband muß der IG Druck und Papier die in diesem Zusammenhang bezahlten Streikgelder nun erstatten.

Dieser Erfolg der IG Druck und Papier ist erfreulich. Ohne die Massenbewegung für das Verbot der Aussperrung wären möglicherweise auch diese beiden besonders brutalen Aussperrungsaktionen vom Gericht abgesegnet worden. Daß dem nun nicht so ist, kann aber nicht über den reaktionären Charakter des Kasseler Urteils als Ganzes hinwegtäuschen.

In seinem grundsätzlichen Aspekt wischt der Urteilsspruch der Kasseler Richter die berechnete Forderung Hunderttausender Gewerkschafter und Demokraten nach einem Verbot der Aussperrung einfach vom Tisch. Und zwar wird dies mit einem skandalösen Angriff gegen die Verfassung des Bundeslandes Hessen verbunden:

„Ein generelles Aussperrungsverbot ist mit den tragenden Grundsätzen des geltenden Tarifrechts unvereinbar und deshalb unzulässig. Das gilt auch für das Aussperrungsverbot der Verfassung des Landes Hessen.“

Der Urteilsspruch vom 10. Juni bedeutet eine erneute

Und das, trotz der der machtvollen Bewegung für das Verbot der Aussperrung, die seit Jahren immer mehr angewachsen ist. Mit Sicherheit wäre das Urteil ohne diese Bewegung jedoch noch reaktionärer, noch anti-gewerkschaftlicher ausgefallen.

grundsätzliche juristische Verteidigung und Sanktionierung des Aussperrungsterrors. Er bedeutet die Rechtfertigung einer Unternehmerstrategie, die auf systematische Schwächung der Gewerkschaften abzielt bis hin zu ihrer Vernichtung. Es bedeutet die Legalisierung der skrupellosen Angriffe, die von den Kapitalisten und von politischen Instanzen gegen grundlegende Rechte der Arbeiter und Angestellten geführt werden, insbesondere gegen das ohnedies schon stark beschnittene Streikrecht. Deshalb ist dieses Urteil in seiner grundsätzlichen Stoßrichtung ein Angriff gegen das arbeitende Volk, der von den Gewerkschaften nicht hingenommen und auch nicht beschönigt werden darf!

In einer gemeinsamen Erklärung des DGB-Bundesvorstands, der IG Druck und Papier und der IG Metall zu dem Kasseler Urteil wird mit Recht darauf hingewiesen, daß gerade in der hessischen Verfassung eher denn in andere Verfassungen der Bundesrepublik der „Wille des deutschen Volkes zu einem demokratischen Neuanfang nach 1945“ Eingang gefunden habe. Den Kasseler Richtern ist aber gerade dies ein Pfahl im Fleische dieses Staates!

Es wundert nicht, daß das Kasseler Urteil von allem, was offen reaktionär ist, mit freudigem Beifall begrüßt worden ist: von den Unternehmerverbänden, den Unionsparteien und der FDP. In der SPD sind es nur einige Vertreter des linken Flügels, die sich zu einer Kritik an der grundsätzlichen Anerkennung des Aussperrungsterrors durch das BAG durchringen konnten. Die Führung der

SPD jedoch — daran besteht kein Zweifel — ist mit dem Urteil einverstanden, weil sie die Interessen der Kapitalisten verteidigt. So erklärte Bundeskanzler Schmidt, die SPD wolle das gesetzliche Verbot der Aussperrung „mit Sicherheit nicht“.

Diese Haltung des Bundeskanzlers ist ein Schlag ins Gesicht eines großen Teils der SPD-Wähler, mit deren Stimmen Schmidt sein Regierungamt eingenommen hat. Sie steht auch im Widerspruch zur Hamburger SPD, die ein Verbot der Aussperrung im Landesgesetz verankern will. Der Präses der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales in Hamburg, Jan Ehlers (SPD), erklärte zu dem Urteil, der Senat der Hansestadt wolle an seinem Vorhaben festhalten, die Aussperrung per Landesgesetz zu verbieten.

Die Kasseler Richter haben mit diesem Urteil die reaktionäre Rechtstradition des BAG konsequent fortgesetzt. Schon in den Jahren 1955 und 1971 hat das BAG die Aussperrung für rechtmäßig erklärt. Jetzt sollte vollends klar geworden sein, daß der Weg über die bürgerliche Klassenjustiz, wenn man sich allein auf ihn konzentriert oder beschränkt, ein Holzweg ist. Um den Kapitalisten den Aussperrungsknüppel aus der Hand zu schlagen, muß der Gesetzgeber bemüht werden. Ein gesetzliches Verbot der Aussperrung kann natürlich nicht durch Bittschriften an den Bundestag erreicht werden. Aber es kann erreicht werden, wenn die Gewerkschaften ihre ganze Kraft in die Waagschale legen. Es kann durch massiven politischen Druck der werktätigen Massen erreicht werden.

Der Kampf geht weiter

Jetzt erst recht!

In einem in vielen Städten der Bundesrepublik verbreiteten Flugblatt nimmt die Kampagne für das Verbot der Aussperrung Stellung zum Kasseler Urteil und bekräftigt die Forderung.



Ausgesperrte Drucker 1978: Vor zwei Jahren war die große Aussperrungswelle, der pure Unternehmerterror im Lande. Aber dieser brutale Angriff der Kapitalisten rief auch erneut eine starke Bewegung für das Verbot der Aussperrung hervor.

Die Aussperrung muß gesetzlich verboten werden!

Im weiteren heißt es in dem Flugblatt:

Am 10. Juni verkündete das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel: Die Aussperrung ist rechtlich zulässig. In einem großen Musterprozeß entschieden die Richter über sechs Klagen von Betroffenen. Überheblich und ohne die Argumente der Gewerkschaften zu berücksichtigen, berief sich das Gericht auf die sogenannte Waffengleichheit, die den Unternehmern nur durch die Aussperrung gegeben würde. Von der riesigen finanziellen Macht der Unternehmer, davon, daß sie gestützt auf ihr Eigentumsrecht die Preise diktieren, über Bestand oder Vernichtung von Arbeitsplätzen entscheiden und damit über die Existenz Tausender Arbeiterfamilien, von all dem kein Wort.

Mit diesem bisher reaktionärsten und unternehmerfreundlichsten Urteil zur Aussperrung hat das BAG seine Tradition fortgesetzt. Schon 1955 und 1971 entschieden die Kasseler Richter zugunsten der Unternehmer, die damals wie heute eine breite Kampagne geführt hatten, um Einfluß auf den Prozeß zu nehmen. Für den Fall eines Aussperrungsverbots drohte der Chef des BDA (Bund der deutschen Arbeitgeber) sogar mit „Freiheitsbeschränkungen zu Lasten der Gewerkschaften“.

Wie geht es weiter?

Die Taktik des DGB- und des IGM-Vorstandes, den Kampf gegen die Aussperrung nur vor Gericht zu führen, ist mit diesem Urteil gescheitert. Was von diesen und anderen Richtern zu erwarten ist, hat sich hier klar gezeigt. Wer bisher einseitig auf die Gerichte gebaut hat, muß jetzt umdenken. Der Weg, der Erfolg verspricht, ist der Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung.

Aussperrung ist Terror

Allen bisherigen Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts ist gemeinsam, daß sie sich über die Interessen und den Willen der arbeitenden Bevölkerung hinwegsetzen.

Seit Bestehen der Bundesrepublik wurden über 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte ausgesperrt, 200 000 allein in den letzten zwei Jahren. Mit einem einzigen Federstrich wurde ihnen auf unbestimmte Zeit Arbeit und Lohn entzogen,

wurden viele Familien in Existenznot gebracht.

Erstmals wurde seit Kriegsende eine Gewerkschaft durch den Aussperrungsterror an den Rand des finanziellen Ruins getrieben. Mit der Aussperrung wollen die Unternehmer die Arbeiter und Angestellten zur Aufgabe ihrer berechtigten Forderungen zwingen. Sie wollen damit die gesamte Arbeiterbewegung einschließlich ihrer gewerkschaftlichen Organisationen in ihrem Kern treffen. Massenaussperrungen zur Schwächung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ebneten den Nazis den Weg zur Machtergreifung.

Der Protest gegen die Aussperrung wächst!

Auf zahlreichen Versammlungen im Rahmen einer vom DGB organisierten Kampagne haben sich Zehntausende Gewerkschaftler für ein Verbot der Aussperrung ausgesprochen. In einer von unserer „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ organisierten Unterschriftensammlung haben sich über 40 000 Menschen mit der Forderung an den Bundestag gewandt, die Aussperrung durch ein Gesetz zu verbieten.

Die von Anfang an von unserer Kampagne vertretene Ansicht, daß nur das gesetzliche Verbot der Aussperrung ein gründlicher Schlag gegen diese Machtdemonstration der Unternehmer wäre, breitet sich in den Gewerkschaften immer mehr aus. Die IG Bau Steine Erden beschloß auf ihrem Gewerkschaftstag, die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung aufzustellen. Allen anderen Gewerkschaftstagen dieses Jahres liegen ähnliche Anträge vor. In den letzten Wochen haben mehrere Ortsvereine der IG Druck und Papier — genauso wie wir — damit begonnen, Unterschriften für diese Forderung zu sammeln. Die Richtigkeit dieser Forderung haben die Richter in Kassel aufs neue bestätigt.

Auch die Vorstände der IGM und des DGB sind nun aufgerufen, ihre bisherige einseitige auf die Gerichte orientierte Politik zu ändern und sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Aussperrung durch ein Gesetz vom Deutschen Bundestag verboten wird! Die Aussperrung muß gesetzlich verboten werden! Voller Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Kampfkraft!

Zur Bundestagswahl

„Wie hältst Du es mit der Aussperrung?“

Jede Partei muß Stellung beziehen

Das Kasseler Gericht hat gesprochen. Ein Urteil, das zu erwarten war. Das Verbot der Aussperrung ist nun für jedermann deutlich eine politische Maßnahme, eine Maßnahme, die — wie in anderen Ländern auch — vom bürgerlichen Parlament beschlossen werden muß. Was möglich ist, wenn eine genügend starke politische Massenbewegung den entsprechenden Druck entfaltet.

Gerade die Zeit des Wahlkampfes ist eine Zeit verstärkter politischer Debatten. So wird es jetzt die Aufgabe sein, jeder Partei die Gretchenfrage nach dem Verbot der Aussperrung zu stellen.

Klar ist dabei, daß solche Parteien wie die CDU und die FDP, die das Kasseler Urteil begrüßt haben auf diese reaktionäre Position festgenagelt werden müssen, Farbe bekennen müssen, ihre arbeiterfeindliche Haltung offen darzustellen, ihre gezwungen werden müssen.

Aber es geht dabei im wesentlichen um die SPD. Dort gibt es ganze Parteioorganisationen, die bereits das gesetzliche Verbot der Aussperrung gefordert haben. Man erinnere sich weiter daran, daß in einigen nordrhein-westfälischen Gewerkschaftsorganisationen bereits Druck gemacht wird, von der SPD-Landesregierung entsprechende Schritte zu fordern. Hier muß jeder Abgeordnete,

jeder Kandidat Farbe bekennen.

Was die DKP betrifft, so hat sie zwar die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung erhoben, aber keinerlei Aktivitäten in diese Richtung unterstützt, getreu ihrer Nibelungentaktik der DGB-Führung gegenüber. Sollen sie Farbe bekennen, ob sie bereit sind, sich an den Aktivitäten zu beteiligen, oder ob sie weiter Politik nur auf dem Papier beziehungsweise nach Erlaubnis der DGB-Führung machen wollen.

VOLKSFRONT fordert gesetzliches Verbot

Von den Bundestagswahlkandidierenden Parteien ist es einzig die VOLKSFRONT, die sowohl die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der

Aussperrung erhebt, als auch darauf verweisen kann, daß zahlreiche ihrer Mitglieder und Funktionäre, ganze Organisationen sehr aktiv am Kampf für das gesetzliche Verbot teilgenommen haben.

Für klassenbewußte Gewerkschafter, für Gegner der Aussperrung muß das ein Grund sein, ihre Stimme bei der Wahl der VOLKSFRONT zu geben!



Ausgesperrte Metallarbeiter 1978: Ihnen wagt das reaktionäre Kasseler Gericht ganz offen ins Gesicht zu sagen, es sei ihnen recht geschehen!

Warnungen der entlassenen RGO-Betriebsräte bestätigt

Weitere Massenentlassungen bei Hoesch angekündigt!

Blechwalzwerk und weitere Betriebe von Stilllegung bedroht

DORTMUND. — Im Zusammenhang mit den Verhandlungen um den Sozialplan hatte die RGO-Betriebsgruppe der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund davor gewarnt, daß die damals bekanntgegebene Vernichtung von 4200 Arbeitsplätzen noch nicht das letzte Wort der Konzernbosse sei. Jetzt hat sich diese Voraussage bereits bestätigt.

In der vorletzten Woche hatte der neue Hoesch-Vorstandsvorsitzende Rohwedder auf Sitzungen des Aufsichtsrates angekündigt: „Es sind Maßnahmen über das Kostensenkungsprogramm hinaus nötig, um zu retten, was noch zu retten ist.“ Dabei wurde darauf hingewiesen, daß Hoesch selbst nach Durchführung des Kostensenkungsprogramms in punkto Rationalisierung noch hinter Thyssen herhinkte. Im Vergleich zu Thyssen seien auch dann bei Hoesch noch fünf- bis sechstausend Mann „zuviel“ beschäftigt!

Aus diesen Überlegungen der Bosse läßt sich begründet der Verdacht ableiten, daß über die bereits offiziell beschlossene Vernichtung von 4200 Arbeitsplätzen hinaus Tausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen bei Hoesch auf der Abschußliste stehen. Dafür spricht auch die angekündigte Begrenzung für Dortmunder Hoesch-Stahl-Erzeugnisse auf den Inlandsmarkt, die im Zusammenhang steht mit der Profitstrategie des niederländisch-deutschen Konzerns, mit geplanten Produktionsverlagerungen aus Dortmund an die holländische Nordseeküste. Daß die Stahlherzeugung in Dortmund um 20 bis 30 Prozent heruntergeschraubt werden soll, ist bereits offiziell bekannt.

Offensichtlich haben die Konzernherren als eine der nächsten Maßnahmen die Schließung des Blechwalzwerkes auf dem Werk Phönix im Auge. Rohwedder erklärte provozierend, es sei billiger, die Belegschaft des Blechwalzwerkes für ein Jahr bei Weiterzahlung des Lohnes nach Hause zu schicken, als den Betrieb bei seiner jetzigen mangelnden Rentabilität weiterzuführen. Der Vorstand wurde beauftragt, innerhalb von acht Wochen „ein Konzept“ für das Werk vorzulegen.

Nach Ausschlußdrohung verließ Funktionärin die DAG

DAG: Wer gegen Strauß ist, fliegt raus

FRANKFURT. — Angelika Hoffmann, Mitglied des Landesjugendvorstandes Hessen und stellvertretende Vorsitzende des Bezirksjugendvorstandes Frankfurt der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat ihren Austritt aus der Spaltergewerkschaft erklärt. Anlaß: Die Mitglieder des Landesjugendvorstandes waren vom DAG-Bundesvorstand ultimativ aufgefordert worden, ihre Unterschrift unter einem Stoppit-Strauß-Aufruf zurückzuziehen.

Auf der Grundlage eines einstimmig gefaßten Beschlusses auf einer Sitzung des Landesjugendvorstandes der DAG Hessen hatten dessen Mitglieder den Aufruf unterzeichnet. Sie erhielten daraufhin ein Schreiben des Bundesvorstandes



Hoesch-Dortmund: Ihre Arbeitsplätze sind in Gefahr

Aus Rohwedders Rationalisierungskonzept ergibt sich aber, daß die Einschränkung der Stahlwerks- und Walzwerkskapazität noch weitere Betriebe auf den Hüttenwerken bedroht. Die sich zuspitzende Lage in der Automobilindustrie — Massenentlassungen bei Opel, Kurzarbeit bei Ford — läßt auch im Kaltblech-Bereich neue Gefahren akut werden. Dazu kommen noch Carters Forderungen nach Wirtschaftsboykottmaßnahmen.

Wie sehr die Ausbeutung auf Hoesch in den letzten Jahren schon verschärft wurde, zeigt sich daran, daß — laut „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (WAZ) — im Jahr 1977 bei Hoesch noch sieben Stun-

den erforderlich waren, um eine Tonne Rohstahl zu erzeugen, während man in diesem Jahr bereits auf fünf Stunden hinsteuert! Aber selbst dies ist den Stahlbaronen nicht genug, wie sich jetzt deutlich abzeichnet. Der Konkurrenzkampf zwischen den Stahlmonopolen, ihr Heißhunger nach Höchstprofiten, wird rücksichtslos auf den Knochen der Arbeiter ausgetragen, die mit Schweiß und Blut, mit dem Verlust ihrer beruflichen Existenz und Arbeitslosigkeit dafür zahlen sollen.

Die RGO-Betriebsgruppe bei Hoesch enthüllte die neuen Rationalisierungs- und Entlassungspläne der Hoesch-Bosse in der vergangenen Woche mit einem Flugblatt. Zwei Tage

später erschien in der WAZ ein Artikel, der diese Enthüllungen praktisch bestätigte.

In dem RGO-Flugblatt heißt es:

„Wovor die RGO und die RGO-Betriebsräte bei Union während der Verhandlungen über den Sozialplan gewarnt haben, das steht offenbar bevor: Mit den Formulierungen der Präambel zum Sozialplan (Interessenausgleich) wurden Hoesch für weitere Betriebs-schließungen Tür und Tor geöffnet! (...)“

Wir dürfen uns nicht immer weiter erpressen lassen — hier noch 'ne Scheibe ab, da noch ein Betrieb weg — was bleibt dann noch? Der Rest ist dann in ein paar Jahren sicher nicht mehr lebensfähig! (...)“

Alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen müssen dagegen eingesetzt werden. Es müssen endlich Aktionen mit anderen Gewerkschaften auf Stadtebene organisiert werden!

Ein weiteres Mittel ist die im Stahlarbeiterstreik von den Bonzen verordnete Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Keine Zustimmung zum Abbau von Arbeitsplätzen ohne Schaffung neuer Arbeitsplätze!“

Weil er Kritik am Unternehmer übte

Betriebsrat fristlos entlassen

LUDWIGSBURG. — Weil er in zwei Leserbriefen im Mitteilungsblatt der örtlichen IG Metall Kritik an den Zuständen in seiner Firma und dem Verhalten des Unternehmers übte, wurde der 25jährige Betriebsrat Bernhard Stolzenburg fristlos entlassen.

Schändlicherweise erfolgte die Maßregelung — ähnlich wie im Fall der RGO-Betriebsräte von Hoesch-Union in Dortmund — mit der Zustimmung des Betriebsrats, die einstimmig gegeben wurde. Die schäbigen „Kollegen“ im Betriebsrat sind übrigens — wie auch Bernhard Stolzenburg — in der IG Metall organisiert.

In der Februar-Ausgabe der Ludwigsburger „Metall-Nachrichten“ hatte der Kollege Stolzenburg Kritik an den empörenden Mißständen in seinem Betrieb, der Firma Sanitaria, geübt. Sanitaria stellt Farbspritzgeräte und Metallwaren

40-Stunden-Woche gefordert

Journalisten im Warnstreik

BREMEN. — Die Redakteure der Bremer Tageszeitung „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ sind am Donnerstag letzter Woche für mehrere Stunden in einen Warnstreik getreten.

Sie verteilten in dieser Zeit Flugblätter an die Bevölkerung, in denen sie darüber informierten, daß ihnen bislang eine bis zu 60-Stunden-Woche abverlangt wird. Im Rahmen von Manteltarifverhandlungen der IG Druck und Papier fordern die Journalisten die Einführung der 40-Stunden-Woche und einen Freizeitausgleich für Mehrarbeit. Auch in Nürnberg, Heidelberg, Konstanz, Köln und Essen kam es zu Arbeitsniederlegungen von Journalisten.

„Jeder Vertrag ist kündbar“

Mahlein: Nachschlag kein Tabu

KÖLN. — In einem Interview mit dem Sender Deutschlandfunk hat der IG-Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein zu dem Thema Nachschlag Stellung genommen.

Bei einem Anhalten der gegenwärtigen Preissteigerungen — so der Gewerkschaftsführer — müßten die Gewerkschaften über einen Nachschlag nachdenken. Denn bei anhaltender Teuerung drohe ein Rückgang der Realeinkommen für die Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr. Die Frage eines Nachschlages dürfe für die Gewerkschaften kein Tabu sein.

Man müsse sich zwar darüber klar sein, daß ein Tarifvertrag eine vereinbarte Laufdauer habe. „Aber wenn wichtige Umstände eintreten, dann ist jeder Vertrag kündbar, das muß auch für Tarifverträge Gültigkeit haben.“

Mahlein betonte, daß es letztlich darauf ankomme, wie der Mitgliederwille sich ent-

wickelt, denn dementsprechend werden die Gewerkschaften zum Handeln gezwungen.

„Dieses Jahr muß ein Nachschlag her!“

ESSEN. — In einer Sonderausgabe, die in der vergangenen Woche erschien, fordert „Zündstoff“, Zeitung der RGO-Betriebsgruppe Krupp in Essen: „Dieses Jahr muß ein Nachschlag her!“ „Zündstoff“ schreibt weiter: „Die Lebenshaltungskosten steigen rapide und von unseren Lohnerhöhungen ist schon längst nichts mehr übriggeblieben.“

Im letzten Jahr, als die Forderung nach einem Nachschlag aufkam, sagte uns der Herr Loderer, wir sollten auf die Tarifrunde warten, da würde dann ordentlich zugeschlagen. Als die Tarifrunde dann kam, sagte uns derselbe Loderer, man könne nicht die Verluste des letzten Jahres in die Forderung mitaufnehmen. Also kann man doch mit gutem Gewissen sagen, daß der Herr Loderer die Nachschlagsbewegung im letzten Jahr abgewürgt hat. Und das darf uns in diesem Jahr nicht wieder passieren, denn wir brauchen einen Nachschlag, wenn das Realeinkommen nicht auch in diesem Jahr wieder sinken soll.“



Die Preise steigen. Wo bleiben die Löhne?

Weil er Kritik am Unternehmer übte

Betriebsrat fristlos entlassen

LUDWIGSBURG. — Weil er in zwei Leserbriefen im Mitteilungsblatt der örtlichen IG Metall Kritik an den Zuständen in seiner Firma und dem Verhalten des Unternehmers übte, wurde der 25jährige Betriebsrat Bernhard Stolzenburg fristlos entlassen.

her. Unter anderem hatte der Feinmechaniker und Betriebsrat in dem Leserbrief angeprangert, daß in der Firma Arztbesuche nicht bezahlt werden und, daß schwangere Frauen in extremen Lärmbereichen arbeiten müssen.

Stolzenburg hat diesen Leserbrief erst geschrieben, nachdem er seine Forderungen nach Änderung dieser Zustände vergeblich gegenüber der Geschäftsleitung vorgebracht hatte und es ihm auch nicht gelungen war, seine Betriebsratskollegen zu bewegen, etwas gegen die Mißstände zu tun.

Die Geschäftsleitung erteilte daraufhin Stolzenburg einen Verweis mit fristloser Kündigungsandrohung im „Wiederholungsfall“. Außerdem kürzte man dem mutigen Betriebsrat rückwirkend ab Februar den Stundenlohn um 70 Pfennig.

Stolzenburg brachte diesen unerhörten Versuch, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken, in einem zweiten Leserbrief in den „Metall-Nach-

richten“ an die Öffentlichkeit. Zugleich klagte er vor dem Arbeitsgericht auf Rücknahme des Verweises gegen ihn.

Das Arbeitsgericht Ludwigsburg jedoch wies die Klage zurück. Begründung für dieses skandalöse Urteil: Ein Betriebsrat dürfe sich mit Kritik an seinem Unternehmer erst dann an die Öffentlichkeit wenden, wenn er zuvor „sämtliche im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen institutionellen Möglichkeiten“ ausgeschöpft habe. Stolzenburg habe durch sein Verhalten nicht nur gegen die im Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebene Pflicht zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Unternehmer verstoßen, sondern auch seine „Treuepflicht“ als Arbeitnehmer gebrochen.

Mit diesem Urteil gab das Gericht dem Unternehmer praktisch die „Vorlage“ zu dem fristlosen Rausschmiß des gewählten Belegschaftsvertreters. (Siehe auch RM Nr. 22 vom 30. Mai.)

IGM-Bezirkskonferenz fordert:

Gesetzliches Verbot von Krankheitskündigungen

SCHWÄBISCH-HALL. — Die Bezirkskonferenz der IG Metall für den Raum Stuttgart, die vor einiger Zeit in Schwäbisch-Hall tagte, verabschiedete unter anderem einen Antrag, der das gesetzliche Verbot krankheitsbedingter Kündigungen fordert. Bekanntlich gehen die Unternehmer seit dem Beginn der Wirtschaftskrise und der Entstehung des Arbeitslosenheers verstärkt und immer skrupelloser mit Kündigungen gegen

Kollegen vor, die krankgeschrieben sind bzw. eine angeschlagene Gesundheit haben. Auch werden die Belegschaften häufig mit Drohbriefen eingeschüchtert, in denen jedem die Entlassung in Aussicht gestellt wird, der sich „leichtfertig“ krankschreiben läßt.

Die Forderung der Stuttgarter Metaller ist absolut berechtigt und verdient breite Unterstützung!

9. Gewerkschaftstag der ÖTV in Westberlin

Gewerkschaftstag spiegelt wachsende Opposition wider

Aber ohne organisierten, revolutionären Zusammenschluß wird sie keine entscheidenden Fortschritte erzielen

WESTBERLIN.— Der 9. Verbandstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr endete mit der Wiederwahl der bisherigen Führung der Gewerkschaft. In den Tagen vorher hatten zahlreiche Delegierte heftige Kritik an der Politik des Vorstandes, insbesondere an der Tarifpolitik geübt, und es waren zu nahezu allen Bereichen der Gewerkschaftsarbeit positive Anträge diskutiert worden. Die deutlich gewachsene Zahl kritischer Redebeiträge und Anträge von gewerkschaftlichen Organisationen aller Ebenen waren auch das deutlichste Zeichen für das Anwachsen der oppositionellen Strömung innerhalb der ÖTV gewesen.

Im Zentrum der Debatten stand dabei vor allem die letzte Tarifrunde. Obwohl zahlreiche Aktionen wie Warnstreiks, Kundgebungen und Aufmärsche der Werktätigen des öffentlichen Dienstes gezeigt hatten, daß die Bereitschaft, um einen besseren Lohn zu kämpfen, vorhanden war, war diese Tarifaufeinanderersetzung durch die Kapitulation des Vorstands zu einer Niederlage geworden. Vor allem die stark geforderte verstärkte Anhebung der unteren Lohngruppen war nicht erreicht worden. Den zahlreichen kritischen Beiträgen aus nahezu allen Gewerkschaftsbezirken begegnete Heinz Kluncker mit seiner üblichen, seit langem bekannten Taktik. Er gestand zu, daß dies eine Niederlage war und machte faktisch gleichzeitig die Mitgliedschaft dafür verantwortlich, indem er an der Kampfberbereitschaft zweifelte und das Gespenst einer großen Niederlage an die Wand malte. Nun mußte er dies zwar zum ersten Mal auf einem Gewerkschaftstag tun, aber es blieb ohne Konsequenzen, er konnte es sozusagen als Ausrutscher darstellen, was zwar angezweifelt, aber nicht widerlegt wurde. Erinnert man sich aber zum Beispiel an den Streik der Hamburger Hafenarbeiter, der ja ebenfalls im Zeitraum seit dem letzten Verbandstag stattgefunden hatte, so weiß man, daß dies eben kein Ausrutscher war.

Demotivierend wurden dann auch die Anträge nach einer organisatorischen Änderung der Tarifpolitik abgelehnt. Der Antrag, die Empfehlung des Vorstands für die innere Diskussion um die Tarifforderung wegzufallen zu lassen und die Forderungen der Basis einfach zusammenzufassen, wurde vom Vorstand massiv abgelehnt. Gerade bei dieser Frage zeigt sich ganz praktisch und in aller Deutlichkeit, daß es einer organisierten Opposition innerhalb der ÖTV bedarf. Denn solange die aktiven Gewerkschafter in verschiedensten Gremien und Organisationen nicht einheitlich vorgehen, wird es jenen Funktionären, die sich gegen diese Entwicklung stellen, immer wieder ein Leichtes sein, solche Forderungen auseinanderzudividieren, bleibt die Bewegung schwach. Deshalb wurde von Seiten des Vorstands auch darauf geachtet, keine Satzungsänderungen zur Bildung von Betriebsgruppen usw. zuzulassen.

So blieb also dieser breite Unmut, der sich hier völlig zu Recht angesammelt hatte, in gewissem Maße ein Sturm im Wasserglas. Konsequenzen auf dem Gewerkschaftstag selbst hatte er nicht. Aber die breite Debatte und die heftige Kritik muß den revolutionären und aktiven Gewerkschaftern ein Ausgangspunkt sein für ihren weiteren Kampf um die Stärkung einer Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage der Klasseninteressen der Werktätigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Debatten des Gewerkschaftstages waren die Diskussionen um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Wäre es vor einiger Zeit noch unwahrscheinlich erschienen, daß diese Beschlüsse überhaupt in dieser Weise wieder zur Debatte gestellt würden, so geschah dies jetzt und sogar in massiver Weise, wozu auch Anträge vorlagen. Diese Anträge wurden zwar abgelehnt, aber es zeigte sich doch, daß eine beträchtliche Zahl für die Abschaffung dieser spalterischen, antikommunistischen Beschlüsse ist. Auch dies ist ein Ansporn für den weiteren Kampf, auch für Kollegen anderer Gewerkschaften. Und

gegen diese Entwicklung stellen, immer wieder ein Leichtes sein, solche Forderungen auseinanderzudividieren, bleibt die Bewegung schwach. Deshalb wurde von Seiten des Vorstands auch darauf geachtet, keine Satzungsänderungen zur Bildung von Betriebsgruppen usw. zuzulassen.

So blieb also dieser breite Unmut, der sich hier völlig zu Recht angesammelt hatte, in gewissem Maße ein Sturm im Wasserglas. Konsequenzen auf dem Gewerkschaftstag selbst hatte er nicht. Aber die breite Debatte und die heftige Kritik muß den revolutionären und aktiven Gewerkschaftern ein Ausgangspunkt sein für ihren weiteren Kampf um die Stärkung einer Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage der Klasseninteressen der Werktätigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Debatten des Gewerkschaftstages waren die Diskussionen um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Wäre es vor einiger Zeit noch unwahrscheinlich erschienen, daß diese Beschlüsse überhaupt in dieser Weise wieder zur Debatte gestellt würden, so geschah dies jetzt und sogar in massiver Weise, wozu auch Anträge vorlagen. Diese Anträge wurden zwar abgelehnt, aber es zeigte sich doch, daß eine beträchtliche Zahl für die Abschaffung dieser spalterischen, antikommunistischen Beschlüsse ist. Auch dies ist ein Ansporn für den weiteren Kampf, auch für Kollegen anderer Gewerkschaften. Und

auch hier mußten zumindest verbale Zugeständnisse gemacht werden. So sagte Kluncker, er sei nicht gegen Kommunisten als Gewerkschaftsmitglieder überhaupt, und auch — auf aktuelle Vorfälle eingehend — sei Zugfahren für ihn ideologiefrei. Aber mehr als verbale Zugeständnisse kamen dabei eben doch nicht heraus. Hier wird es die Aufgabe der klassenbewußten Gewerkschafter sein, die Initiative für einen verbreiteten Kampf um die Demokratie innerhalb der Gewerkschaft und um das Prinzip der Einheitsgewerkschaft im Arbeitersinne zu ergreifen.

Aber auch an anderen Fragen, die nicht so kontrovers diskutiert wurden, zeigte sich die wachsende Kampfbereitschaft der ÖTV-Gewerkschafter angesichts der Verschlechterung ihrer Lage. In völliger Geschlossenheit wandte sich der Gewerkschaftstag gegen die sogenannten Antibürokratismuspläne der Reaktion, mit denen sie die Dienstleistungen für die werktätige Bevölkerung drastisch kürzen und verteuern sowie zahlreiche Arbeiter und Angestellte auf die Straße werfen will.

Ebenso wurden zahlreiche richtige Anträge zum Gesundheitswesen in der Bundesrepublik verabschiedet, Anträge, die zum Teil auf Aktionen zurückgehen, die ursprünglich nur von oppositionellen Kräften innerhalb der ÖTV getragen wurden, wie etwa bei der Frage der Stellenplanungen im Gesundheits-

wesen usw.

Starken Raum nahmen auch verschiedenste klare Forderungen zum Manteltarif, also zu den Arbeitsbedingungen ein, wobei auch hier eine Reihe richtiger Anträge zur Verabschiedung kamen, auch hier eine wesentliche Verstärkung solcher Forderungen.

Die Mängel ungenügender politischer Führung der oppositionellen Kräfte zeigten sich aber auch in diesen Bereichen. So zum Beispiel, wenn der Gewerkschaftstag zwar eine Reihe positiver Anträge zum Gesundheitswesen verabschiedet, aber keine Stellungnahme, keine Verurteilung des arbeiterfeindlichen Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes vornimmt.

Ein Mangel also, der immer wieder, überall auftaucht. Die Opposition wächst der Zahl nach. Die aufgestellten Forderungen werden eindeutiger, klarer, härter. Tabus werden zum Teil gebrochen.

Aber dies bleibt trotz allem spontan, unorganisiert, also schwach. Schwach in der direkten Konfrontation mit Vertretern einer Gewerkschaftspolitik, die die Kapitulation der Werktätigen vor dem Kapital bedeutet. Schwach dementsprechend auch bei der Mobilisierung von solchen Kollegen, die schwanken, die sich zum Teil von den Kluncker und Merten beeindrucken lassen, trotz eigener anderer Überzeugung.

Und dies bleibt ohne einheitliches klares und klassenmäßiges politisches Konzept, das alleine in der Lage wäre, einer oppositionellen Strömung die nötigen Impulse und die Wirksamkeit zu einer allseitigen Offensive zu geben. Wer dies für ein Plädoyer für die Verstärkung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb der ÖTV hält, der hat recht.

Denn die Ergebnisse dieses Gewerkschaftstages beweisen einmal mehr in aller Eindringlichkeit die Notwendigkeit der RGO.

Aber sie beweisen auch die großen Möglichkeiten, die dazu vorhanden sind, hier schnelle Fortschritte zu erzielen.

hrw

250 000 Tonnen Gift sollen jährlich in den Rhein

Rheinvergiftung oder Massenentlassung

KÖLN.— Beim Kölner Regierungspräsidenten hat der Leverkusener Bayer-Konzern „vorsorglich“ die Genehmigung beantragt, jährlich 250 000 Tonnen Gift (Säuren, die bei der Farbenherstellung anfallen) in den Rhein abzulassen. Sonst würden 4 000 Arbeitsplätze vernichtet werden, so die Konzernleitung demagogisch.

Hintergrund dieser Erpressung des Chemiegiganten ist ein Prozeß, der gegenwärtig vor dem niederländischen Staatsgerichtshof in Den Haag durchgeführt wird.

Am 24. Juni wird dieses Gericht darüber entscheiden, ob der Leverkusener Chemieriese weiterhin, wie seit elf Jahren, jährlich 550 000 Tonnen Chemiemüll in die niederländischen Küstengewässer kippen darf oder ob dies unterbunden oder die Rate verringert wird. In diesem Müll sind unter anderem Chrom, Nickel und Cadmium enthalten. Das machtlose Umweltbundesamt in Westberlin sagte dazu, daß es klare Anhaltspunkte für gewisse Erscheinungen bei den entsprechenden Meeressgewässern gäbe. — Was da allerdings genau ins Meer und nun vielleicht bald in den Rhein gekippt wird, erfährt dieses Amt nicht.

Der Protest in den Niederlanden, der schon Ende der

sechziger Jahre beim Abschluß entsprechender Verträge stark war, ist nun in den letzten Jahren so stark geworden, daß eine zumindest teilweise Einschränkung dieses Verfahrens durch das Gericht erwartet wird. Deshalb also der vorsorgliche Antrag in Köln.

Wie bei den Atomkraftwerken, so auch hier bei dem Chemiemüll: An die Arbeitsplätze denken die Monopole immer dann, wenn sie demagogisch ihre Profitjagd damit kaschieren, Erpressungen vornehmen können.

Ihre eigene Forschung in Bezug auf die Entgiftung von Wasser usw. selbst anzuwenden, das erscheint ihnen dann wohl doch zu teuer. Genau das aber muß auch von Bayer verlangt werden. Dieselbe Forderung, wie sie in Hessen gegenüber Hoechst vertreten wurde, muß auch in Köln erhoben werden: Kein Gift in den Rhein!

In Bremen

Werftarbeiter demonstrieren für Arbeitsplätze

Große Rationalisierungspläne befürchtet

BREMEN.— Rund 3 000 Arbeiter der AG Weser demonstrierten am 9. Juni für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie wandten sich mit dieser Demonstration gegen eine neue geplante Konzentrationswelle in der norddeutschen Werftindustrie.

Konkret geht es darum, die Pläne einer Großfusion zwischen der AG Weser und der zweiten Bremer Großwerft, Vulkan, zu verhindern.

Die wachsende Kooperation zwischen Krupp und Thyssen-Bornemisza soll jetzt auch im Werftbereich durchgeführt werden. Krupp, dem die Weser-Werft gehört, und Thyssen, Eigentümer der Vulkan-Werft, planen, dabei mindestens 1 800 Arbeitsplätze zu vernichten.

Von den Demonstranten

wurde unter anderem die Verabschiedung eines einheitlichen, länderübergreifenden Küstenstrukturprogramms gefordert, das die Sicherung der Arbeitsplätze in der Werftindustrie beinhaltet, die in den letzten Jahren bereits viele Arbeitsplätze vernichtet hat.

Es wurde die Bereitschaft demonstriert, gegen jeden Angriff auf Arbeitsplätze sich zur Wehr zu setzen. Zur Demonstration aufgerufen hatten Betriebsrat und IG Metall.

Arbeitsgerichtsurteil im Fall Nanay

Entlassung wegen Anti-Strauß-Plakette ungültig

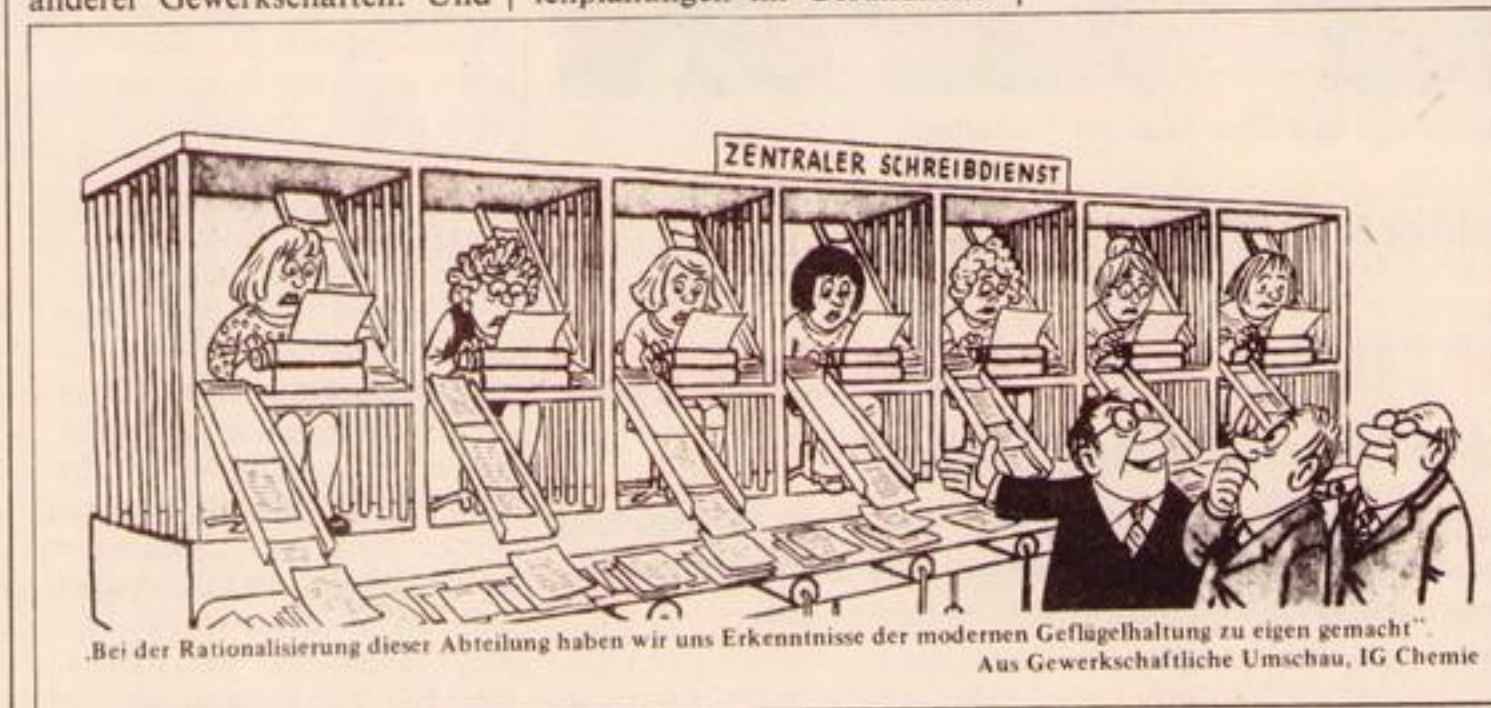
Die Entlassung der Angestellten der Frankfurter Hauptverwaltung der IG Bau Steine Erden, Ute Nanay, ist nicht zulässig. Dies entschied in der letzten Woche das Frankfurter Arbeitsgericht. Ute Nanay, seit acht Jahren beim Hauptvorstand der IG BSE in Frankfurt beschäftigt, war fristlos gekündigt worden, weil sie der Aufforderung des Abteilungsleiters, einen Anti-Strauß-Aufkleber an ihrer Maschine zu entfernen, nicht sofort nachgekommen war.

Eine Entlassung — so das Gericht — sei in diesem Falle unangemessen. Lediglich eine Ermahnung wäre gerechtfertigt gewesen. Die Gewerkschaftsführung hatte der Kollegin Nanay gekündigt, weil sie in der Weigerung, den Aufkleber zu entfernen, eine Verletzung der gewerkschaftlichen Neutralitätspflicht und eine erhebliche Störung des Betriebsfriedens sah.

Dem Urteil kommt eine hohe politische Bedeutung vor allem deshalb zu, weil damit das erste Mal der Terror von Unternehmern gegen Kollegen, die aus ihrer Strauß-Gegnerschaft keinen Hehl machen, verurteilt wird. Bemerkenswert an dem Urteil aber ist weiter, daß es sich gleichzeitig gegen die Führung

einer Gewerkschaft, gegen die Führung der IG BSE, richtet. Während die Gewerkschaften sonst eine Kraft im Kampf gegen die politische Unterdrückung sind oder sein sollen — in Iserlohn etwa gibt die IG Metall einem Arbeiter in einem Strauß-Plaketten-Verfahren Rechtsschutz —, erweist sich die IG BSE-Führung durch ihr Verhalten im Fall Nanay als extrem gewerkschaftsschädigend und gewerkschaftsfeindlich.

Was die IG-BSE-Bonzen an Unternehmerwillkür an den Tag gelegt haben, hätte der hartgesottenste Kapitalist nicht besser leisten können. Sie haben selbst die minimalsten Rechte des Arbeiters mit Füßen getreten. Wofür, glauben sie, ist eine Gewerkschaft denn da?



Solidaritätsbewegung weiter verbreitert

Der Kampf gegen die Entlassung der Hoesch-RGO-Betriebsräte geht weiter!

Die Solidaritätsbewegung mit den beiden von Hoesch entlassenen RGO-Betriebsräten Siemon und Bömer geht weiter. Dies ist ein Ergebnis des nach wie vor zu führenden Kampfes um die Wiedereinstellung der beiden revolutionären Gewerkschafter. Als ein Beispiel davon drucken wir im folgenden einen Brief des Betriebsrats der Mercator Druckerei GmbH Berlin ab.

Betriebsrat der Mercator Druckerei GmbH Berlin

Berlin, 3.6.1980
Kolleginnen und Kollegen, unterrichtet durch Presseberichterstatterung — und damit nur unzulänglich — erhielten wir über den Kollegen Jensen Eulere Dokumentation zur Entlassung der Betriebsratsmitglieder Siemon und Bömer. Laßt Euch sagen, daß wir die Vorstellung der Unternehmer von Betriebsratsarbeit aus eigener Anschauung zur Genüge in den

vergangenen Jahren kennengelernt haben.

Diese unsere Erfahrungen machen es für uns zur selbstverständlichen Pflicht, Euch unserer Solidarität zu versichern, den Kollegen Siemon und Bömer nicht nur zu ihren Arbeitsplätzen zu verhelfen, sondern unsere Empörung über die Haltung des Betriebsrats zu übermitteln. Unabhängig von der politischen Einstellung der Kollegen Siemon und Bömer gehen wir völlig konform mit ihrem

Handeln in der Frage der Weitergabe der betreffenden Informationen und haben keinerlei Verständnis — ebenfalls unabhängig von deren politischer Einstellung — für das Handeln der übrigen BR-Mitglieder.

Sei es in der Frage der Sozialplanverhandlungen oder der Zustimmung zu den Kündigungen! Es ist uns unverständlich, daß BR-Mitglieder sich ausschließlich aufgrund unterschiedlicher politischer Einstellung (nur dies ist doch der Hin-

tergrund ihres Handelns) zu Handlangern der Unternehmer machen, für die Menschen (Kollegen) ausschließlich verschiebbare, kleinzuhaltende Kostenfaktoren sind!

Gerade in den bei Euch geschilderten Situationen, versuchen die Unternehmer Betriebsräte zu „Sozialpartnern“ oder gar Ordnungsfaktoren zu machen. Traurig für jede Belegschaft, die Betriebsräte hat, die auf solch durchsichtige — bezeichnenderweise nur in bestimmten Situationen vorgekommenen — Umarmungen hereinfallen!

Mit kollegialen Grüßen im Namen aller BR-Mitglieder und der unterzeichnenden Kollegen

BR-Vorsitzender

SPD-Wahlparteitag

Auf dem Weg zur Kanzlerpartei

Wahlprogramm bestätigt Regierungskurs

ESSEN. — Die nahezu uneingeschränkte Zustimmung zum reaktionären Kurs der Bonner Regierung in allen Bereichen — das war das wesentliche — und für viele überraschende — Ergebnis des Essener Wahlparteitags

Auf ihrem Berliner Parteitag hatte die SPD auf den massiven Druck der Führung hin ihre Zustimmung zur geplanten Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in unserem Land gegeben. Damals hatte eine sehr starke Minderheit von etwa 40 Prozent der Delegierten diese für die Sicherheit der Bundesrepublik äußerst gefährlichen NATO-Pläne abgelehnt. Eine ebenso starke Opposition hatte es in Berlin auch gegen das Bonner Atomprogramm gegeben.

In Essen dagegen war von der Opposition nichts zu hören — trotz der erwähnten großmäuligen Ankündigungen der Jusos, die Raketenfrage wieder auf den Tisch zu bringen. Die Rede des neuen Juso-Vorsitzenden Piecyk fiel derart zahm aus, daß sich Schmidt „sehr herzlich bedanken“ konnte. Eine ähnliche Enthaltsamkeit übten auch die anderen Vertreter der SPD-Linken. Sie gingen auf Tauchstation. Der Parteitagebeobachter der „Frankfurter Rundschau“ faßte seine Eindrücke so zusammen: „Aber soviel Windstille, soviel Zage, Enthaltsamkeit, soviel Verzicht auf eigene Vorstellungen muß die Beobachter am Ende doch überraschen.“

So konnte denn der Kanzler dem Parteitag un widersprochen seinen Stempel aufdrücken. In einer zweieinhalbstündigen Rede verteidigte er die reaktionäre Politik seiner Regierung und stellte klar, was von der Partei erwartet wird: bedingungslose Zustimmung, Verzicht auf alle Vorstellungen, die nicht im Einklang mit dem Bonner Kurs stehen. Eine Debatte kam nur in der Frage des Wahlrechts für ausländische Werktätige in der Bundesrepublik auf. Der Ortsverein Bonn-Nord wollte das

kommunale Wahlrecht im zu verabschiedenden Wahlprogramm der Partei verankert sehen, was die Unterstützung zahlreicher Delegierter fand (selbst der Parteitag der FDP hatte ein solches Wahlrecht, und zwar auf allen Ebenen, gefordert).

Schmidt putzte diese Forderung als „Scheinslösung“ herunter und erklärte demagogisch, die Ausländer bräuchten bessere Wohnungen und kein Wahlrecht. Mit dreisten Sprüchen dieser Art gaben sich die Delegierten zufrieden. Niemand wies den Kanzler darauf hin, daß die ausländischen Kollegen erstens beides brauchen und, daß zweitens die Bundesregierung ja auch nichts für bessere Wohnungen getan hat.

Widerspruch regte sich auch dann nicht, als Schmidt und nach ihm andere SPD-Führer faktisch den Kampf gegen Strauß endgültig begruben. In seiner langen Eröffnungsrede streifte der Kanzler den Mann der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, dessen Kandidatur eine große Herausforderung für unser Volk darstellt,

der SPD. Überraschend deshalb, weil die von den Jusos noch vor wenigen Wochen angekündigte Auseinandersetzung um die NATO-Raketenbeschlüsse völlig ausblieb.

nur am Rande. Die Parteiführung hat sich inzwischen darauf geeinigt, Strauß gewissermaßen als psychologisches Problem hinzustellen, als einen Mann, der nur sich selbst im Wege stünde und sich selbst sein größter Feind wäre. Brandt nannte den Kandidaten einen Zauderer und Schwächling und verzichtete auf die Auseinandersetzung mit seinem Programm.

Bei der Kritiklosigkeit, die den ganz auf die Person Schmidt ausgerichteten Parteitag kennzeichnete, überraschte es dann am Ende nicht mehr, daß das Wahlprogramm mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde — und daß damit ausdrücklich die in Berlin noch so stark umkämpfte Zustimmung zu den Raketenplänen und zum Bonner Atomprogramm gegeben wurde. Das verabschiedete Programm bestätigt darüber hinaus die von Schmidt und Genscher betriebene Koppelung unseres Landes an die gefährliche Kriegspolitik der amerikanischen Supermacht.

Auf der anderen Seite versucht das Programm der SPD

auch den Anschein einer Partei zu geben, die sich uneingeschränkt für gewerkschaftliche Forderungen einsetzt. Was jedoch davon zu halten ist, sei hier nur an einem aktuellen Beispiel erläutert. Die Aussperrung habe keine moralische Basis, heißt es etwa im Wahlprogramm. Aber während der Parteitag werbewirksam seine angeblich aussperrungsfeindliche Haltung ins rechte Licht rückte, war die Parteispitze nur wenige Tage zuvor in einer anderen Richtung in Sachen Aussperrung aktiv geworden.

Als nämlich die Hamburger Parteioorganisation nach dem Kasseler Urteil ihre Bereitschaft bekräftigte, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung in der Hansestadt durchzusetzen, reiste Fraktionschef Wehner persönlich an die Elbe — um seine Parteifreunde zum Verzicht auf dieses Vorhaben zu zwingen. Wehners Vorstoß wurde jedoch erfreulicherweise von den Hamburgern zurückgewiesen. (Auf das Wahlprogramm der SPD wird der RM in einer seiner nächsten Ausgaben ausführlich eingehen.)



SPD-Führungsriege auf dem Essener Parteitag

Politisch Verfolgte werden zur Unperson erklärt

Kabinett berät Verschärfung des Asylrechts

Der Justizminister schwingt den Abschiebungsknüppel

BONN. — Durch gesetzgeberische Maßnahmen und Rechtsverordnungen will das Bundeskabinett politisch Verfolgten den Aufenthalt in unserem Land verwehren. Lediglich Me-

Unstrittig aber ist, daß die Bundesregierung ein befristetes Gesetz zur Verschärfung des Asylrechts einbringen will. Unter dem Vorwand, das Asylverfahren zu beschleunigen, sollen wichtige Rechtsmittel liquidiert werden. Doch anstatt den personellen Ausbau des für Asylanträge zuständigen Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unverzüglich nachgedacht.

Bundesinnenminister Baum etwa würde es gerne sehen, wenn dem Asylbewerber nach dem ersten Verwaltungsgerichtsurteil keine Berufungsmöglichkeit, gegen Bescheide des Bundesamtes vor dem Verwaltungsgericht zu klagen.)

Weiter faßt er die Abschaffung der Anerkennungsausschüsse beim Bundesamt ins Auge. Sie sollen durch Einzelpersonen ersetzt werden.

Der sozialdemokratische

Justizminister Vogel macht Front gegen Baum, nicht etwa, weil er die Rechte politischer Asylanten beschneiden sähe, im Gegenteil. Sein Gegenvorschlag packt das Übel sozusagen an der Wurzel.

Vogel tritt dafür ein, daß politisches Asylbewerber in der Regel von den zuständigen Ausländerbehörden abgeschoben werden sollen. Nach Vogel bräuchten die Asylbewerber sich während ihres Anerkennungsverfahrens nicht auf westdeutschem Boden aufzuhalten. Im Klartext: Der Bewerber schwebt während des Verfahrens in Lebensgefahr.

Einig dagegen ist man sich in der Einführung des Visumzwangs. Wie aber sollen Menschen, die sich aus politischen Gründen auf der Flucht befinden, in ihrem Heimatland, wo sie oft in der Illegalität leben müssen, ein Visum besorgen?

Der Vorwand für die Verschärfung des Asylrechts ist bekanntlich die angeblich anstei-

nungsverschiedenheiten über den Grad der Verschärfung des Asylrechts ist es zu verdanken, daß die Regierung bislang noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

gende Zahl von „Wirtschaftsflüchtlings“. Unterstellt, es gäbe sie in solch großer Zahl, sie blieben durch den Visumzwang völlig ungeschoren.

Und wenn der Arbeitskreis Asylproblematik aus Hamburg in einem offenen Brief an Bürgermeister Klose feststellt, „die steigende Zahl von Asylbewerbern hat dazu geführt, daß bestimmte Flüchtlingsgruppen in der Öffentlichkeit massiv diskriminiert und abgelehnt werden“, so muß man sich fragen, welche Verantwortung Bundesregierung und Opposition dabei tragen, die sich gegenseitig darin überbieten, das Schreckgespenst der Flüchtlingsflut an die Wand zu malen.

Weiter heißt es in dem Brief: „80 Prozent Anerkennung aus Polen und nur 5 Prozent aus dem SAVAK-Iran von 1975 zeigen deutlich, mit welcher unterschiedlichen Maß gemessen wird.“

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat in einer ersten Stel-

lungnahme alle Versuche verurteilt, Asylbewerber bereits an der Grenze zurückzuweisen.

Das Bundeskabinett scheint außerdem entschlossen, den im Land befindlichen Asylbewerbern die Arbeitserlaubnis zu verweigern und ihnen die Sozialhilfe in Form von Naturalien zu verabreichen. Ein Schritt weiter und man ist bei jenem Zustand angelangt, den die Unionsparteien fordern: geschlossene Sammelager für Asylbewerber.

Die Landesregierung in Baden-Württemberg ist letzte Woche zur Tat geschritten. Während in Bonn die Diskussion noch läuft, bekommt dort kein Asylbewerber mehr Arbeitserlaubnis.

Die Diskussion um das Asylrecht läßt einen scharfen Rechtsruck erkennen werden, der unterschiedslos alle im Bundestag vertretenen Parteien erfaßt hat. (Siehe auch Seite 6 in unserer letzten Ausgabe.)



Während die FDP-Führung auf dem Freiburger Parteitag von der „Ausweitung der Bürgerrechte“ redete, ließ FDP-Minister Baum den Grenzschutz in Gorleben aufmarschieren.

Wahlparteitag der FDP

Parteitag der Angst

Genscher: „Es steht auf Messers Schneide“

FREIBURG. — Der Wahlparteitag der FDP stand ganz im Zeichen der vernichtenden Niederlage bei der Landtagswahl in NRW und der Furcht vor einem möglichen Ausscheiden der Partei auch aus dem Bundestag. Entsprechend waren auch die dramatischen Appelle der Parteiführer an die Delegierten, in denen immer wieder der „Kampf ums Überleben“ beschworen wurde.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang war jedoch zweierlei: Zum einen war die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel, an der die FDP ja in NRW gescheitert ist, kein Thema auf diesem Parteitag. Bei aller Angst ums „Überleben“ hielten es die Delegierten nicht für nötig, über diese Klausel auch nur zu diskutieren, geschweige denn ihr den Kampf anzusagen. Darin zeigte sich einmal mehr die Tatsache, daß die Fünf-Prozent-Klausel allein das Ziel hat, wirklich demokratische Organisationen aus den Parlamenten fernzuhalten. Eine reaktionäre bürgerliche Partei wie die FDP rüttelt eben auch dann nicht an diesem Sperrriegel, wenn ihr selbst schon das Wasser bis zum Hals steht.

Zum anderen waren auf dem Freiburger Parteitag auch sorgfältig alle Überlegungen zu den Ursachen der Stimmenverluste bei der NRW-Wahl ausgespart. Weder gab es eine Auseinandersetzung über die extrem arbeiterfeindliche Politik, wie sie vom FDP-Wirtschaftsminister Lambsdorff vertreten wird, noch eine Diskussion über die Rolle, die FDP-Außenminister Genscher in der Bundesrepublik und im Rahmen der EG als Einpeitscher des Carterschen Kriegskurses gespielt hat.

Die alte reaktionäre Politik soll also weitergeführt werden. Da aber der Freiburger Parteitag mit der Verabschiedung des Wahlprogramms die Grundlage für das Fischen nach Wählerstimmen legte, war man bemüht, diese Politik möglichst werbewirksam zu verkaufen. Das Hauptanliegen des Parteitages war es dabei, die FDP als eine Partei erscheinen zu lassen, der vor allem die „Ausweitung von Bürgerrechten und die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit“ (Genscher) am Herzen läge. Wahrlich eine Unverfrorenheit, wenn man bedenkt, daß ja gerade die FDP in der sozialliberale Koalition den Innenminister stellt (erst Maihofer, jetzt Baum), der unmittelbar verantwortlich ist für die verstärkte Aufrüstung von Polizei und Grenzschutz für den Bürgerkrieg, für die Aus-

weitung des Netzes der systematischen Bespitzelung der Werktätigen, für die Vorbereitung von Berufsverboten usw.

Die FDP hat jetzt in ihr Wahlprogramm eine Reihe von Versprechungen und Forderungen aufgenommen, die nicht viel kosten: So will man sich etwa gegen die Diskriminierung von „alternativen Formen des Zusammenlebens“ wenden und sich für Wohngemeinschaften, „Ehen ohne Trauschein“ und gleichgeschlechtliche Partnerschaften einsetzen. Das zeigt schon deutlich, auf welche Wählerschichten vor allem spekuliert wird. Man gibt sich liberal und aufgeschlossen, in der Hoffnung, Stimmen in jenen kleinbürgerlichen Schichten zu gewinnen, die den Grünen zu-

neigen. Das Wahlprogramm enthält auch solche Formulierungen, die deutliche Zugeständnisse gegenüber der in den letzten Jahren stark angewachsenen demokratischen Bewegung enthalten. So wird etwa die Abschaffung eines der Terrorparagrafen aus der Zeit der Schleier-Entführung, des berühmten Kontaktperreresetzes, gefordert. Wieweit sich aber eine künftige FDP-Bundestagsfraktion auch tatsächlich für solche richtigen Forderungen einsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Der Wahlparteitag jedenfalls hat selbst schon deutlich gemacht, daß es sich bei den versprochenen „Ausweitung von Bürgerrechten“ nur um Lippenbekenntnisse gehandelt hat. Als nämlich der Vorsitzende der Jungdemokraten, Strässer, den brutalen Polizeieinsatz in Gorleben und die aktuellen Fälle von Berufsverboten anprangerte, bekam er bei den Delegierten nicht die geringste Unterstützung. Und um bei Gorleben zu bleiben: zur gleichen Zeit, wo Genscher auf dem Parteitag seine demagogischen Parolen ausgab und „weniger Staat“ versprach, kommandierte Baum seine Grenzschutztruppen zum Angriff auf die unbewaffneten Bohrplatzbesetzer und ließ ihr Dorf dem Erdboden gleichmachen.

Verfassungsschutzbericht im Faschisten-Jargon

Hetze gegen türkische Demokraten

Unterdrückungsmaßnahmen sollen vorbereitet werden

KÖLN. — In der vergangenen Woche hat das Bundesamt für Verfassungsschutz der Presse einen Bericht über „Aktivitäten extremistischer Türken“ vorgelegt, die eine „schwere Bedrohung“ für die innere Sicherheit der Bundesrepublik darstellen würden.

Der Bericht aus der Kölner Geheimdienstzentrale ist nach der gleichen Masche gestrickt, wie die reaktionären Lügengespinste, die Jahr für Jahr über deutsche „Extremisten“ fabriziert werden. Auch hier haben die Kölner Schnüffler kommunistische, demokratische und antifaschistische Organisationen mit faschistischen Mordbanden vom Schlage der Grauen Wölfe in einen Topf geworfen und das alles zum Brei des sogenannten Extremismus verrührt. Aber diese provokative Gleichsetzung der braunen Mörder mit ihren Opfern hat den Schreibtischträgern aus Köln noch nicht genügt.

Sie verstiegen sich in ihrem Bericht darüber hinaus noch zu schier unglaublichen Lügen von der folgenden Art: Die „Links-extremisten“ befänden sich in bezug auf gewalttätige Aktionen nach wie vor in der Offensive. Die Faschisten stünden demgegenüber nur abwartend „Gewehr bei Fuß.“ Ihnen wird ausschließlich die Bereitschaft (!) zur Anwendung von Gewalt gegen politische Gegner zugeschrieben. Eine dreistere Verfälschung der Tatsachen kann man sich wahrlich nur schwer vorstellen.

Wie sind denn zum Beispiel die türkischen Demokraten Celalettin Kesim und Danis Neset zu Tode gekommen? Wurden sie etwa Opfer einer „Gewaltoffensive“ ihrer eigenen Gesinnungsfreunde? Natürlich wissen auch die Figuren im Verfassungsschutz, daß diese beiden Kollegen von den

türkischen Faschisten heimtückisch ermordet wurden. Schließlich hatten ja die Mörder auch genügend Gelegenheit, sich ihrer Bluttaten zu rühmen. Sie sind nämlich bis heute nicht dingfest gemacht worden.

Natürlich weiß man beim Verfassungsschutz auch sehr wohl, daß diese Mordaktionen nur die Spitze des Eisbergs sind; daß faschistische Banden wie die Grauen Wölfe ihre Landsleute mit systematischem Terror überziehen. Man kennt die Terroristen, man kennt auch ihre Hintermänner. Das machte vor wenigen Wochen erst der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Andreas von Schöler, deutlich, als er eingestand, daß hinter den Grauen Wölfen die legal operierende „Türk-Federation“, der Dachverband der sogenannten Idealistenvereine, steht.

Dennoch ist den faschistischen Hintermännern der Mordbanden bislang kein Härchen gekrümmt worden, können Terrorkommandos hierzulande nach Belieben prügeln und morden. Dennoch fabriziert jetzt der Verfassungsschutz einen Bericht, in dem die Faschisten zu unschuldigen Lämmern und ihre Opfer zu Terroristen gemacht werden. Das alles hat Methode.

Auf der einen Seite hält der Bonner Staat seine schützende Hand über die faschistischen Banden aus der Türkei. Sieht er in ihnen doch ein Mittel, die türkischen Arbeiter in unserem Land einzuschüchtern und ihre demokratischen Organisationen

zu terrorisieren. Auf der anderen Seite jedoch hat der ungehemmte Terror dieser Banden nicht nur einen wachsenden Widerstand der türkischen Kollegen, sondern auch der deutschen Werktätigen hervorgerufen. Immer dringlicher haben in den letzten Monaten etwa gewerkschaftliche Organisationen Maßnahmen gegen die braunen Terroristen verlangt, wobei die Forderung nach einem auch tatsächlich durchgeführten Verbot der Grauen Wölfe an erster Stelle stand.

Die unverschämten Verdrehungskünste aus dem Kölner Amt für Verfassungsschutz sind nicht zuletzt eine Reaktion auf diese Forderungen. Und man will gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die wirklichen Mörder reinwaschen und Stimmung gegen die antifaschistischen und demokratischen Organisationen machen, mit dem Ziel, spätere Unterdrückungsmaßnahmen gegen sie vorzubereiten. Und diese Rechnung ist auch teilweise aufgegangen — zumindest, was die gleichgeschalteten Medien in unserem Land betrifft. Da wurden im Fernsehen und in der bürgerlichen Presse die Lügen aus der Kölner Giftküche ungeprüft und in großer Aufmachung wiedergegeben. Ja, man scheute sich nicht einmal, die offen rassistischen Untertöne aus dem Bericht des Verfassungsschutzes zu verbreiten. Da wurde nämlich die „Gewalttätigkeit“ unter den Kollegen aus der Türkei unter anderem auf deren „heftigen, schwerdis-

ziplinierbaren Volkscharakter“ zurückgeführt.

Über solche „Erkenntnisse“ wird man sich nicht wundern, wenn man weiß, daß viele der heutigen Verfassungsschützer schon im Auftrag von Hitler und Himmler ihren blutigen Kampf gegen das „Untermenschentum“ geführt haben. Wenn heute solche gefährlichen Parolen wie die über den angeblich gewalttätigen Volkscharakter der Türken wieder massiv verbreitet werden, dann haben sie eine eindeutige rassistische Stoßrichtung gegen unsere Kollegen aus der Türkei. Denn was sagen sie anderes, als daß jeder dieser Kollegen unbe-rechenbar, gewalttätig und eine Bedrohung für die deutschen Werktätigen ist.

Schwerbewaffnete Faschisten festgenommen

So stellt das neueste Machwerk aus dem Amt für Verfassungsschutz einen neuen Höhepunkt im Rahmen der Hetze gegen die türkischen Kollegen und ihre Organisationen dar. Die bürgerliche Presse nimmt diesen Bericht zum Anlaß, um verstärkt nach dem Verbot fortschrittlicher türkischer Organisationen und nach der Ausweisung ihrer „Rädelsführer“ zu schreien. Das stellt jeden deutschen Demokraten und Antifaschisten vor die Aufgabe, dieser reaktionären Kampagne entgegenzutreten. Insbesondere müssen hier natürlich die Gewerkschaften aktiv werden und die Einheit zwischen den deutschen und türkischen Kollegen stärken, noch nachdrücklicher für das Verbot der faschistischen Banden kämpfen und die demokratischen und antifaschistischen Organisationen vor staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen schützen.

warnte vor einer Verharmlosung der faschistischen Banden und forderte nachdrücklich, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, „die zur Ausmerzung neofaschistischer Organisationen zur Verfügung stehen.“

Heinz Preiss, geschäftsführendes Mitglied des IGM-Vorstands, kritisierte die Rolle der Behörden in der Bundesrepublik bei der Einschätzung und Bekämpfung der Faschisten. Die Blindheit der Behörden und die Verschleppung der Nazi-Prozesse würden die Faschisten weiter ermutigen. Bemerkenswerte Ausführungen machte Preiss auch zum Kampf gegen Strauß. „Wer über Neofaschismus redet“, sagte er, „darf über Strauß nicht schweigen.“ Und: „Wenn wir den Faschismus verhindern wollen, dann können wir nicht gleichzeitig mit der Reaktion Frieden schließen.“

Spontaner Protest gegen Faschisten

HAMBURG. — Eine antikomunistische Hetzkundgebung wollte der „Türkische Verein“, hinter dem sich die faschistische Terrororganisation Graue Wölfe verbirgt, auf dem Spritzenplatz in Altona durchführen.

Die Absicht der Faschisten wurde jedoch durchkreuzt. Denn spontan fanden sich nach und nach 1 000 Antifaschisten ein, darunter auch Teilnehmer einer Fahrraddemonstration der Hamburger Sportjugend, die lautstark gegen den Aufmarsch der etwa 300 faschistischen Hetzer protestierten. Die Grauen Wölfe waren gezwungen, sich unter starkem Polizeischutz in einen anderen Stadtteil zu verziehen, wo ihre Kundgebung dann von 450 mit Schilden und Knüppeln bewaffneten Polizisten systematisch abgeschirmt wurde.

Schwerbewaffnete Faschisten festgenommen

NIEDERDORF. — Zwei kriegsmäßig ausgerüstete Faschisten sind am deutsch-niederländischen Grenzübergang Niederdorf/Venlo festgenommen worden. In ihrem Wagen wurden eine Neun-Millimeter-Maschinenpistole mit fünf Magazinen, eine tschechische Ceska-Pistole und eine Handgranate gefunden. Gegen die beiden Faschisten, die aus Dortmund stammen, ist inzwischen Haftbefehl erlassen worden. Einer der Männer ist Mitglied der NPD.

Dieser Vorfall entlarvt wieder einmal das amtliche Gerede von der angeblichen Harmlosigkeit der Neonazis als bewußte Täuschung und vorsätzliche Lüge. Zunehmend gehen die Faschisten in diesem Land dazu über, sich zu bewaffnen. Und daß sie mit diesen Waffen nicht nur „Wehrsport“ treiben, davon zeugen die Sprengstoff-

anschläge in der jüngsten Zeit.

Eine um so unerträglichere Provokation ist es, wenn zur gleichen Zeit, wo die beiden Dortmunder Terroristen festgenommen wurden, das Landgericht in Dortmund acht andere Terroristen laufen ließ.

„Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes

HANNOVER. — Bezeichnend für den reaktionären und profaschistischen Charakter des Verfassungsschutzes sind die beiden folgenden Äußerungen von Helmut Jüllig, dem Leiter dieses Schnüffeldienstes in Niedersachsen. Über den Erfolg von „Rock gegen Rechts“-Konzerten sagte er:

„Mit Antifaschismus kann man besonders viele nützliche Idioten mobilisieren.“

Auf die Frage nach Ergebnissen bei Nachforschungen seiner Behörde nach faschistischen Elementen unter den in der BRD lebenden Türken antwortete Jüllig:

„Graue Wölfe gibt es nicht mal in der Türkei.“

Nazi-Terroristen auf freiem Fuß

DORTMUND. — Ein empörendes Urteil wurde gegen acht Mitglieder der Wehrsportgruppe Höxter vom Dortmunder Landgericht gefällt. Drei der Terroristen bekamen Freiheitsstrafen zwischen zehn und zwölf Monaten auf Bewährung, die anderen kamen sogar nur mit Geldstrafen davon.

Bei der Wehrsportgruppe Höxter handelt es sich — ähnlich wie bei der Hoffmann-Bande — um eine terroristische Gruppe, die Waffen und Sprengstoff gehortet hatte. Das Dortmunder Urteil ist nichts anderes als ein Freibrief und eine Ermunterung für die braunen Terroristen, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

50 000 Demonstranten erwartet

Antifaschistische Massenkundgebung in Frankfurt

FRANKFURT. Im Zeichen antifaschistischer Aktionen stand die Mainmetropole am 17. Juni. Der DGB, kirchliche Organisationen, das Bündnis „Rock gegen Rechts“, politische Organisationen — darunter auch unsere Partei und die VOLKSFRONT — hatten zu einer antifaschistischen Großkundgebung am Römer aufgerufen.

Über den Verlauf der Aktivitäten, zu denen auch Demonstrationen und ein antifaschistisches Rock-Festival auf dem Rebstock-Gelände gehörten, war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt. Der RM wird in der folgenden Nummer ausführlich darüber berichten. Unmittelbarer Anlaß für die Aktionen war der sogenannte Deutschlandtag, den die faschistische NPD über mehrere Jahre hinweg jeweils am 17. Juni in Frankfurt durchgeführt hat. Dabei war es stets zu machtvollen Protestaktionen der antifaschistischen Kräfte gekommen, teilweise auch zu Straßenschlachten mit der Polizei, die den Aufmarsch der Faschisten mit brutaler Gewalt absicherte. Im vergangenen Jahr hatte der Frankfurter Bürgermeister Wallmann (CDU) sogar eine antifaschistische Protestkundgebung des DGB verboten.

Die Aktionen gegen den „Deutschlandtag“ haben jedoch auch ihre Wirkung auf die Frankfurter Behörden gehabt: in diesem Jahr wagte es Wallmann nicht mehr, die faschistische Provokation unter dem Schutz seiner Polizeitruppe stattfinden zu lassen. Der „Deutschlandtag“ wurde ver-

boten. Die NPD hat allerdings im hessischen Philipsthal (Kreis Hersfeld) einen neuen Unterschlupf gefunden. Hier konnte sie gemeindeeigenes Gelände für ihre Hetzkundgebung anmieten.

Obwohl Wallmann endlich die seit langem gestellte Forderung nach einem Verbot des „Deutschlandtags“ erfüllt hat, wollten die antifaschistischen Organisationen und auch der DGB nicht auf eine Gegen-

kundgebung in Frankfurt verzichten. Bei der DGB-Konferenz „Aus der Geschichte lernen: Faschismus gestern — Neofaschismus heute“, die Anfang des Monats zur Vorbereitung der Kundgebung durchgeführt wurde, bekräftigten Sprecher des DGB ihren Widerstand gegen eine Entwicklung, die Frankfurt immer mehr zu einer Schaltzentrale der faschistischen Kräfte gemacht hat. Der Kreisvorsitzende Kiesewetter



Unter dem Schutz schwerbewaffneter Polizei zogen die Faschisten am 17. Juni vor zwei Jahren durch Frankfurt.

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Zelle Mümmelmannsberg Hamburg	1 000.—
E.u.W.A., Hamburg	600.—
P.K., München	1 000.—
Genossen aus Düsseldorf	20.—
A.J.-D., Torlupara (Italien)	20.—
H.F., Lauterbach	50.—
M., Westberlin	200.—
KPD/ML Kiel	2 000.—
A.D., Deutsch-Eversen	20.—
Verschiedene über Verlag RM	160.—
KPD/ML HH-Steilshoop	150.—
D.Sch., Bremen	100.—
R.B., Vilshofen	30.—
H.u.C.Kl., Münster	100.—
W.F., Dortmund	500.—
KPD/ML Herne	400.—
insgesamt	6 350.—

Stand der Spendenkampagne am 15.6.

DM 18 242,97

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Im „Volksecho“ Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400 000 Mark für die VOLKSFRONT zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt!

Bitte überweisen an: KPD/ML, Wellingerhof Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420-467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

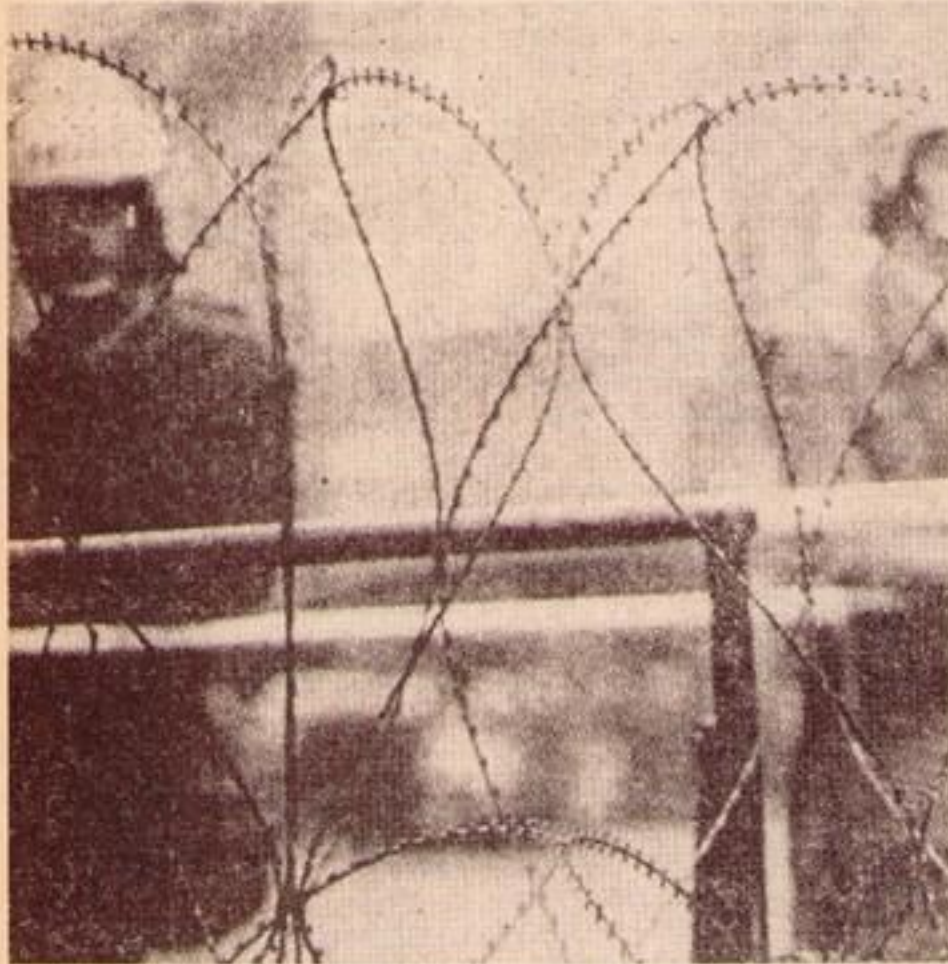
Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Nach Terror in Gorleben Terror in Freiburg

Aus Freiburg wurde Polizeiburg

Volkskorrespondenz aus Freiburg

Nachdem man sich mit dem FDP-Parteitag zwei Tage liberal gegeben hatte, kam es am Sonntagmorgen, den 8.6. um 4.30 Uhr zum brutalen Teil in Freiburg. Seit teilweise schon drei Jahren waren in der Freiburger Innenstadt fünf Häuser besetzt, um auf den Mangel von billigem städtischem Wohnraum aufmerksam



Stacheldraht — mitten in Freiburg

Um 4.30 Uhr enterten zwanzig Mitglieder einer Spezialeinheit der Göppinger Polizei über Nachbarhäuser das Dach des Dreisamecks, während es gleichzeitig von 1200 Polizisten aus ganz Baden-Württemberg umstellt wurde. Angesichts dieser Übermacht flüchteten die 60 Besetzer unerkannt durch einen Hinterhof. Durch eine Telefonkette waren gegen 6 Uhr schon fast 1000 Gegendemonstranten am Ort des Geschehens. Es kam zu einer Straßenschlacht, in deren Verlauf die Demonstranten verprügelt und mit sechs Wasserwerfern „beschossen“ wurden. Zwar errichteten sie Barrikaden, die teilweise in Brand gesteckt wurden, und deckten die Polizei mit Farbbeuteln ein, doch mußten sie sich angesichts der uniformierten Übermacht zunächst zurückziehen. Unterdessen raminten Schaufelfahrzeuge der Polizei die Türen des Dreisamecks ein und die Beam-

ten zerstörten mit Äxten jeden Fleck des Gebäudekomplexes.

Als gegen 9.30 Uhr die Freiburger aufstanden, war die erste Straßenschlacht vorbei und ca. 100 000 Quadratmeter rund ums Dreisameck mit Panzerdraht und spanischen Reitern abgesperrt. Dazu gehörten auch zwei Durchgangsstraßen sowie ein Teil des Straßenbahnnetzes. Es kam zu einem Verkehrschaos, das noch Tage andauern sollte, nämlich bis die Sperren wieder entfernt waren. Den ganzen Tag über gab es immer wieder kleine Demonstrationen, wobei einige Scheiben zu Bruch gingen, was die Polizei veranlaßte, mehrere Kirchen, das Rathaus sowie ein weiteres leerstehendes Gebäude zu bewachen.

Um 18 Uhr fand im Innenhof der Uni eine Veranstaltung statt, wo den 2000 Zuhörern noch einmal die Aktion geschildert und neue geplant wurden.

zu machen. Doch ließ die Stadt es zu, daß mit dem Verkauf dieses Grundstückes an die Schweizer Versicherungsgesellschaft VITA, die dort ein Bürohaus errichten läßt, die beinahe letzte Möglichkeit, in der Innenstadt städtischen Boden zu erwerben, vertan wurde.

Es wurde für den folgenden Tag um 17 Uhr eine Demonstration geplant. Im Anschluß an die Versammlung gab es eine spontane Demonstration, die rasch auf 4000 Leute anwuchs. Sie zogen zunächst zu verschiedenen Absperrungen, dann zu einer Polizeiwache, die jedoch von zwei Hundertschaften gesichert wurde. Anschließend ging es zur Wohnung des Bürgermeisters; es flogen einige Steine, hauptsächlich aber Müll und sonstiger Unrat gegen sein Haus. Es ging dann wieder zurück zur Absperrung, doch war ein Überwinden unmöglich.

Nach einigen Stunden löste sich die Demonstration dann wieder auf. Es kam jedoch noch zu einem schwerwiegenden Übergriff der Polizei. Vor der Absperrung standen noch etwa 200 Bürger, die schauen und reden wollten. Uplötzlich stürmten von mehreren Seiten Polizisten in Bürgerkriegsuniformen, die sie schon die ganze Zeit trugen, auf diese Gruppe zu, wobei sie mit ihren Holzknüppeln rhythmisch auf ihre Schilde schlugen. Dann veranstalteten sie grundlos ein Kesseltreiben, griffen sich wahllos einige der ahnungslosen Passanten, rissen Leute von Fahrrädern und nahmen einige unter brutaler Gewaltanwendung fest. Es gab zahlreiche Verletzte.

Die Sperren wurden auch am folgenden Tag noch aufrechterhalten, wodurch alte und junge Leute Umwege von fast einem Kilometer laufen mußten, um in die Innenstadt zu gelangen. Anwohner der gesperrten Straßen mußten mehrfache Gesichtskontrollen über sich ergehen lassen, sowie durch ein Spalier von 15 Beamten mit Helmen und Schlagstöcken gehen. Besucher der Anwohner wurden nicht durchgelassen. Um 10 Uhr formierte sich am Rathaus eine Gruppe von ca.

300 Leuten, die im Rathaus mit den Verantwortlichen reden wollten. Zunächst wurden sie von einer Hundertschaft zurückgedrängt, später eine sehr kleine Gruppe zum Bürgermeister durchgelassen, der jedoch in sehr arroganter Weise über die Probleme der Besetzer und Demonstranten hinwegging. In der Mittagszeit wurden die Fenster von Amtsgericht und Staatsanwaltschaft vernagelt, wohl aus Angst vor der nachmittäglichen Demonstration.

Um 17 Uhr formierten sich viele tausend Demonstranten in der Failerstraße zu einer nicht angemeldeten Demonstration. Von der Festivalleitung des zur Zeit stattfindenden Theaterfestivals wurde eine Solidaritätsadresse verlesen, und vor jeder Aufführung wollten sie das Publikum auf die gewaltsame Räumung des Dreisamecks sowie die Entwicklung aufmerksam machen. Nachdem man zwei Stunden durch die

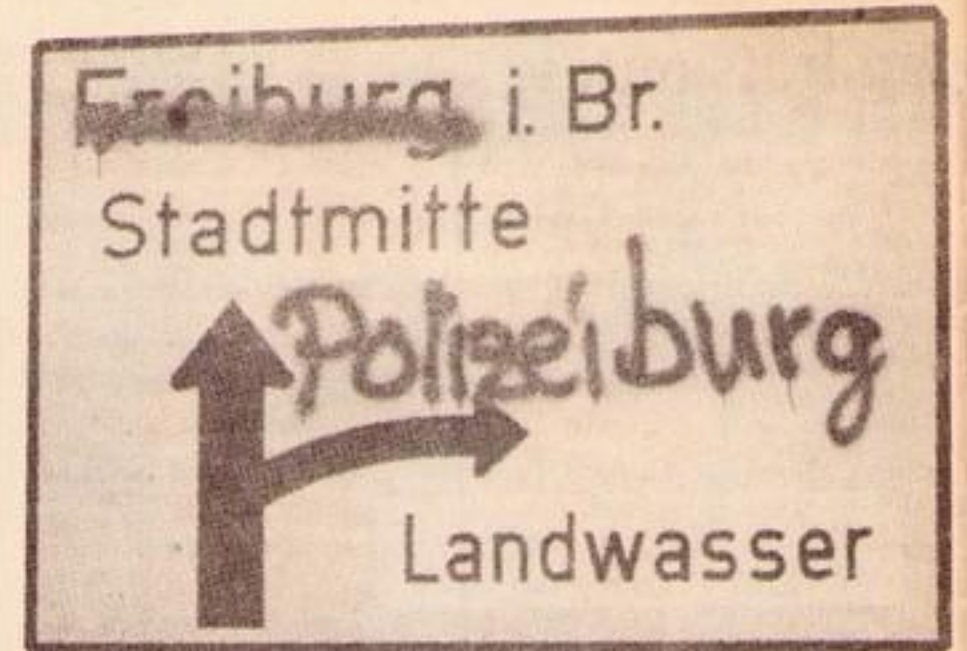


Angefangen hatte es mit 60 Hausbesetzern. Doch die Polizei ging gegen die Freiburger Bevölkerung vor.

Stadt marschiert war und kaum eine Wand ohne Parolen (zum Beispiel „Freiburg = Bullen-burg“; „Gehen Bullen an die Häuser ran, wird Freiburg zu Amsterdam“) geblieben war und auch bei einigen Banken und Versicherungen die Scheiben zu Bruch gegangen waren, sollte diese größte Freiburger Demonstration seit Verabschiedung der Notstandsgesetze mit über 10000 Leuten ihre Abschlußkundgebung am Martins-tor haben, da hundert Meter von den neuen „Besetzern“ entfernt.

Um ca. 21 Uhr kam es zum Eklat. Die Polizei rückte mit vier Hundertschaften gegen die friedlichen Demonstranten vor und prügelte auf alles ein, was nicht schnell genug weggab. Einen solchen Ausfall machten sie dreimal, wobei es zahlreiche Verletzte unter den Demonstranten gab. Als die Polizei auch noch die nächste Kreuzung abriegelte, gab es weitere Auseinandersetzungen. Häufig gingen Farbbeutel, Eier, Tomaten und Steine auf die Angreifer nieder, woraufhin sich diese bis hinter die vorherige Absperrung zurückziehen mußten.

Gegen 23 Uhr standen immer noch 5000 Demonstranten an den Absperrungen, doch zogen sich viele nach fast 48stündigem Einsatz erst einmal zurück, um bei einer erneuten Demonstration am Dienstag wieder fit zu sein. Gleichzeitig



besetzten sie nur drei Straßen entfernt erneut ein Haus.

Den ganzen Dienstag über wurden die Sperren aufrechterhalten. Rund um die Uhr wurden unter massivem Polizeischutz die Abbrucharbeiten durchgeführt. Etwa 8000 Menschen sammelten sich gegen 17 Uhr zu einer erneuten Demonstration. Man beschloß, den Verkehr lahmzulegen, besetzte die wichtigsten Kreuzungen Freiburgs und begann ein Straßenfest auf dem Rotteckring, einer wichtigen Durchgangsstraße. Gegen 19 Uhr, nachdem die Hauptverkehrszeit vorbei war, wurden die Besetzungen der Kreuzungen aufgehoben. Das Straßenfest, das übrigens mit der Besetzung eines leerstehenden Hauses begonnen hatte, dauerte bis in die frühen Morgenstunden.

Aufgeschnappt

„Die Polizisten schlugen wahllos auf die Leute ein.“
(ein Freiburger Jeweller)

„So viele Linke gibt es doch gar nicht in unserer Stadt.“
(ein Freiburger Geschäftsmann)

„Wir wollen uns der Welt des Profits, der Habgier, des Konsumterrors, der traurigen Isolation nicht anpassen, und wir werden uns nicht anpassen. (...) Und ich frage Sie, was hat dieser Staat uns schon zu bieten? Kalter Beton, Arbeitslosigkeit, keine Perspektive für uns junge Menschen, kulturelle Armut.“ (Leserbrief aus einer Freiburger Zeitung)

Diskussionsveranstaltung KPD/ML Hamburg

„Über den Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers.“
Mit Genossen Horst Dieter Koch, Ort: Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr., Zeit: 27. Juni, 19.00 Uhr.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinger Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30



Nach der brutalen Polizeiaktion ebnen die Räumkommandos den Spekulanten den Weg.

„Sozialistische Konferenz“ in Kassel

Rudolf Bahro hatte gerufen und über Tausend waren gekommen. Sie trafen sich am ersten Maiwochenende in Kassel zu einer „sozialistischen Arbeitskonferenz“. Bahro, seit seiner Einreise in die Bundesrepublik selbsternannter Einiger aller westdeutschen Sozialisten, hatte im November letzten Jahres ein

Es kamen dann auch Vertreter und Mitglieder der verschiedensten Zirkel. So des KB und seiner Abspaltungen, des Sozialistischen Büros, der aufgelösten Gruppe Rote Fahne, verschiedener trotzkistischer Splittergruppen und einige mehr. Auch die Prominenz war zahlreich vertreten: der Berliner Professor Elmar Altvater, Oskar Negt aus Hannover, Wolfgang Harich aus der DDR, Josef Beuys und sogar der niedersächsische SPD-Vorsitzende Peter von Oertzen.

Das hauptsächliche Thema der Veranstaltung, mit dem sich auch sämtliche vier Arbeitsgruppen beschäftigten, hieß „Ökologie und Sozialismus“. Die Auseinandersetzung mit der grünen Bewegung ist allerdings ein Thema, das die angesprochenen vornehmlich kleinbürgerlichen Zirkel stark interessiert.

Das Aufkommen der Grünen hat viele von ihnen in ernste Schwierigkeiten gebracht. Ihnen kam ihr politisches Potential abhanden; Mitgliederschwund, Spaltungen, schwindender Einfluß sind die Folgen. Teile des KB, der ehemaligen GRF und des SB haben bereits die Flucht nach vorne angetreten — in die Grüne Partei hinein.

Viele von ihnen haben auch eine passende Erklärung für ihren Sinneswandel parat: Nicht ihre vom Marxismus-Leninismus abweichende, kleinbürgerlich-sektiererische und spalterische Politik der letzten zehn Jahre ist schuld, sondern der wissenschaftliche Sozialismus selbst. Die Krise der Zirkel wird zur Krise des Marxismus erklärt.

Eine treibende Kraft bei diesem Kurs, der sich natürlich des Wohlwollens eines Teils der bürgerlichen Presse erfreut, ist Rudolf Bahro. Er empfiehlt die Abkehr vom Marxismus in allen wesentlichen Punkten und predigt die Hinwendung zur Ökologie. Dieses Ziel hat er auch mit der Einberufung der „Sozialistischen Konferenz“ verfolgt.

In gewohnter Art und Weise werden apokalyptische Visionen der kommenden ökologischen Krise beschrieben. „Was wir jetzt vor uns haben, ist eine Krise der menschlichen Zivilisation überhaupt.“ (1) Die ganze Gattung Mensch ist gefährdet, wenn nicht bald eine Umkehr stattfindet. „Wenn das, was jetzt läuft, noch zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig Jahre weitergeht, dann wird unsere Erde kahlgefressen sein. Es wird uns gehen wie jenen Heuschrecken, die sich vermehren, über ein Territorium herfallen, es kahlfressen und dann nachher zusammen zugrunde gehen.“ (2) Da wird es natürlich Zeit, mit dem Kampf um kleinliche Klasseninteressen Schluß zu machen: „Wir müssen alle Fragen der inneren und äußeren Politik unter dem Gesichtspunkt des Überlebens stellen und zum Beispiel nicht mehr im Sinne des unbedingten Sieges der eigenen Klasse, des eigenen Landes, des eigenen Systems.“ (3)

Da tritt natürlich der Kampf um die Erhöhung des Realeinkommens völlig in den Hintergrund. Sicher, das sieht auch

solches Treffen angeregt, zu dem linke Organisationen, Einzelpersonen, Vertreter der Grünen und der SPD usw. kommen sollten. Zweck der Übung sollte es sein, zu „prüfen, ob wir für ein gemeinsames politisches Verhalten ein Konzept finden können“ (Bahro).

mehr: „Das Proletariat in dem Gedankengebäude von Marx und Engels und das Proletariat in der Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft sind anscheinend doch verschiedene Dinge“ (6). Ihr Klassenkampf ist für Bahro ein „totes Rennen“, ohne historische Perspektive: „Als Arbeiter, das heißt in der ‚ökonomischen Charaktermaske‘ (Marx) derer, die den Unternehmern ihre Ware Arbeitskraft verkaufen müssen, werden sich die werktätigen Menschen anscheinend doch nicht selbst befreien, wie die Voraussetzung war.“ (7)

Bahro, es gibt noch erhebliche Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums; aber andererseits sieht er „keinen Anlaß zu der Vermutung, daß sich weitere Steigerungen des Realeinkommens als solche hauptsächlich in gebildete und glücklichere Menschen umsetzen würden“ (4). Wozu also das ganze? Geht es doch in erster Linie eh nur um die Befriedigung „kompensatorischer Bedürfnisse“, um „Ersatzbefriedigungen“, denen Bahros grüne „sozialistische“ Alternativ-Gesellschaft sowieso ein Ende setzen wird.



Bahro und Gruhl — exemplarische Vertreter der beiden Hauptströmungen innerhalb der Grünen-Partei. Gruhl vertritt dabei jene vom „Club of Rome“ beeinflussten reaktionären großbürgerlichen Anti-Wachstums-Theoretiker, deren Politik nur eine neue Variante der Verzichtspredigt für die werktätigen Menschen ist. Bahro vertritt jene kleinbürgerlichen Kräfte, die daran gescheitert sind, daß die Werktätigen ihre pseudomarxistischen Positionen nicht akzeptiert haben, worauf sie sich flugs eine neue, ihnen angenehmere Ideologie gesucht haben. Das Bündnis dieser beiden Strömungen, die heute noch eine Reihe gutwilliger kleinbürgerlicher Menschen zu täuschen imstande sind, das ist der ganze politische Kern der Bahroschen Einheitsgedanken, einer Einheit gegen den Marxismus, nicht aber gegen das Kapital.

Daß diese Thesen selbst für den ungeschulten Beobachter nicht mehr unter einen Hut zu bringen sind mit dem Marxismus, das weiß auch Bahro. So tritt er die Flucht nach vorn an und räumt mit einigen der wichtigsten Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus auf. Klassenkampf? Ja, den gibt's. (Wer möchte es auch auf sich nehmen, das zu leugnen auf einer „sozialistischen Konferenz“.) Aber eine Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme erwartet Bahro von ihm nicht. Schließlich geht es den Arbeitern ja doch nur um einen größeren Anteil an dem Kuchen, der Bahro insgesamt zu groß erscheint. Folglich kann auch dem Klassenkampf keine Priorität mehr eingeräumt werden, „nicht nur im Hinblick auf die ökologische Krise, sondern auf die Krise unserer kapitalistisch verfaßten Zivilisation schlechthin.“ (5)

Für die historische Rolle der Arbeiterklasse, sich selbst zu befreien und damit die Voraussetzungen für die Befreiung der ganzen Menschheit zu schaffen ist da natürlich kein Platz

Wenn Bahro trotzdem auf die Arbeiter nicht ganz verzichten will, so will er sie doch in einer anderen Eigenschaft angesprochen sehen als der als Arbeiter — eben als Mensch, als Gattungsexemplar. Da mag er noch so oft betonen, der Kapitalismus müsse weg. Es ist nur Schall und Rauch, wenn er gleichzeitig gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu Felde zieht, der einzigen gesellschaftlichen Kraft, die diese historische Aufgabe erfüllen kann.

Gleichzeitig mit der Einladung zur „sozialistischen Konferenz“ bekamen KB und GRF einen offenen Brief Bahros ins Haus, in dem er sie aufforderte, zwecks weiterer Mitarbeit bei den „Grünen“ ihre Organisationen aufzulösen. Nun wäre diesen Zirkeln keine Träne nachzuweinen. Aber was bezweckt Bahro mit dieser Aufforderung? Er bestreitet die Existenzberechtigung eigenständiger kommunistischer Organisation und Politik überhaupt. Sein „historischer Kompromiß“ bedeutet ein völliges Aufgehen in der Partei der Grünen.

Diese Thesen blieben natürlich nicht unwidersprochen. Insbesondere die reaktionäre Haltung der Grünen zum wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse stieß auf den Widerstand eines Teils der Konferenzteilnehmer. Das hatten die Veranstalter auch nicht anders erwartet. Entsprechend schwammig war auch die Zielsetzung der Konferenz geplant. Gemeinsame Stellungnahmen waren weder zu aktuellen politischen Fragen noch zu langfristigen gesellschaftlichen Fragen ins Auge gefaßt worden. Obwohl brennende Probleme wie die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß und die wachsende Kriegsgefahr des öfteren angesprochen wurden, gab es auch dazu keinerlei Resolution und Beschlüsse. Unterschiedliche Auffassungen der verschiedenen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen blieben so nebeneinander stehen, wie man sie schon vorher in den Materialien und anderen Publikationen nachlesen konnte.

Das einzige, was man als Erfolg ausgeben konnte und was die Veranstalter mit Zufriedenheit erfüllte, war es dann auch, daß man überhaupt miteinander gesprochen habe. Man sei sich einig, daß man sich einigen müsse. Was soll aber eine Einheit, bei der man das „wofür“ einfach ausklammert? Eine „Sammlungsbewegung der Sozialisten aller Schattierungen“ ist es auf jeden Fall nicht, was sich da getroffen hat. Sie hat weder ein Ziel noch eine Basis. Aktive Gewerkschafter gab es nur wenige unter den Teilnehmern der Konferenz. Und was die alten Zirkelführer an einen Tisch gebracht hat, ist nicht die Erkenntnis einer neuen Perspektive, sondern allein das offensichtliche Scheitern ihrer jahrelangen Spalterpolitik. Was sie nun ihrer Anhängerschaft zu bieten haben, ist weder neu noch revolutionär: es ist altbekannter Revisionismus und Reformismus, bereichert durch die grüne Variante.

Das wird besonders deutlich an Stellungnahmen zur Bundestagswahl. Nebeneinander wurde empfohlen, Grüne, DKP und SPD zu wählen. Genauer wollte man sich nicht festlegen. Damit über das Thema nicht doch noch Streit aufkommt, wurde eine weitere Konferenzrunde erst für die Zeit nach der Wahl geplant.

Diejenigen aber, die tatsächlich Antwort auf drängende Fragen suchen, haben von diesem Kreis nichts zu erwarten. Was die Werktätigen in unserem Land bewegt, der Kampf gegen Strauß, gegen Faschismus und Reaktion, gegen die Kriegsgefahr und die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen, interessierte die Konferenz nur am Rande.

Anmerkungen

- (1) „Materialien zur 1. Sozialistischen Konferenz“, S. 55
- (2) ebenda
- (3) ebenda, S. 57
- (4) ebenda, S. 40
- (5) ebenda, S. 65
- (6) ebenda, S. 66
- (7) ebenda

Juso-Kongreß

„Rückhaltlose“ Unterstützung für SPD

Aktionseinheit gegen Strauß zurückgewiesen

HANNOVER. — Zum ersten Mal seit fünf Jahren besuchte der Parteichef Brandt wieder einen Kongreß der SPD-Jugendorganisation. Die lange Enthaltensamkeit des Vorsitzenden hatte ihren Grund gehabt: Auf den Juso-Kongressen wehte nämlich gewöhnlich ein recht scharfer Wind gegen die Parteiführung.

Davon war in Hannover allerdings nicht viel zu spüren. Brandt konnte mit billigen Sprüchen (auch er habe manchmal Kritik an der Parteipolitik) wahre Beifallsstürme entfesseln. Der frühere Juso-Vorsitzende Schröder biedernte sich an: „In den Wandelgängen wird gerade darüber gekungelt, ob man Willy Brandt nicht bitten sollte, zum Juso-Vorsitzenden zu kandidieren.“

Die scharfen Widersprüche zwischen der Programmatik der Jusos und der SPD-Politik, vor allem in der Frage der Raketenbeschlüsse, der gefährlichen Bindung an den US-Imperialismus usw., waren wohl bei einigen Juso-Führern in Vergessenheit geraten. Und das, obwohl es sich Schmidt zur gleichen Zeit bei einer Veranstaltung nicht nehmen ließ, die Jusos schwer zu provozieren. Sie könnten, so erklärte er, als Gesprächspartner für Sicherheitspolitik nicht ernstgenommen werden, wenn sich ihre Sprecher „überheblich gegenüber eigenen Bundesgenossen äußern.“ Mit diesen Bundesgenossen waren die amerikanischen Imperialisten gemeint.

Der Kongreß jedoch verzichtete weitgehend darauf, der reaktionären Regierungspolitik eigene Vorstellungen entgegenzustellen. Stattdessen wurde der SPD eine „rückhaltlose und entschiedene“ Unterstützung zugesagt. Und das bedeutet ja schließlich auch die „rückhaltlose“ Unterstützung für den von Schmidt, Brandt und Wehner betriebenen Kurs der Auslieferung unseres Landes an die amerikanischen Kriegstreiber.

Gegen eine solche Politik der bedingungslosen Unterwerfung unter den Regierungskurs kam jedoch auch Kritik auf. Delegierte aus Hamburg, Bremen und Südbayern forderten eine schärfere Abgrenzung von der SPD. Und sie traten zu-



Juso-Chef Piecyk (rechts) und sein Vorgänger Schröder

gleich dafür ein, im Vorfeld der Bundestagswahl auf der Basis des Kampfes gegen Strauß breite Aktionsbündnisse auch mit solchen Organisationen zu bilden, die nicht die SPD unterstützen. Diese Forderungen, in denen sich ein Verständnis für die Notwendigkeit der Einheit im Kampf gegen die Offensive von Strauß und seinen Hintermännern ausdrückt, konnten sich leider nicht durchsetzen.

Der neue Vorstand mit dem Vorsitzenden Willi Piecyk wird jetzt mit dem Kongreßbeschuß im Rücken den Verband auf die Rolle eines Wahlhelfers für die Bonner Koalition orientieren. Inwieweit ihm das gelingen wird, ist fraglich. Denn die Jusos müssen sich schon selbst Scheuklappen anlegen, wenn sie die erklärte Ablehnung der US-Hörigkeit, der Raketenbeschlüsse usw. mit der Wahlpropaganda für Schmidt und Genscher auf einen Nenner bringen, wenn sie sich aus der breiten antifaschistischen und demokratischen Bewegung gegen Strauß durch irgendwelche Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Gegnern der SPD herausziehen wollen.

Bremer Friedensdemonstration

Jusos wollten eigene Demonstration verbieten lassen

BREMEN. — Einige interessante Tatsachen sind während der Vernehmungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der nach der großen Demonstration vor dem Bremer Werderstadion gebildet wurde, zum Vorschein gekommen.

So sagte Polizeipräsident Ernst Diekmann zum Beispiel aus, vom Beginn der Demonstration, die sich gegen eine provokative NATO-Feier im Stadion richteten, hätten sich die Jusos an ihn gewandt. Ihr Anliegen: Die Polizei möchte doch, bitte schön, die von den Jusos selbst angemeldete Demonstration unverzüglich verbieten. Diese Forderung spricht wahrlich Bände über das Demokratieverständnis der Juso-Bosse. Nicht nur, daß sie sich aus der antimilitaristischen Aktion wieder herausziehen wollten, sie bedienten sich auch eiskalt des staatlichen Unterdrückungsapparates, um die Aktion ganz zu verhindern.

Bezeichnend waren auch die Äußerungen der Bremer Polizeiführung über den KBW. Bekanntlich waren ja sofort nach der Friedensdemonstration die anarchistischen Ausschreitungen am Rande sofort dem KBW und darüber hinaus allen sogenannten K-Gruppen in die Schuhe geschoben worden. Die Absicht wurde schnell deutlich: Es sollte wieder einmal die Debatte über ein Verbot dieser Organisationen (zu denen der Bonner Staat auch unsere Partei rechnet) angeheizt werden. Jetzt mußte Polizeipräsident Diekmann sozusagen eine Ehrenerklärung für den KBW abgeben. Der KBW zeige „in den letzten Jahren eine streng legalistische Verhaltensweise“ und richte sich bei seinen Aktionen nach den geltenden Gesetzen.

Der Angeklagte spricht

Die Verteidigung von Erdal Eren

Geehrte Ankläger,

wir sind heute mit einer Art der Anklage konfrontiert, die in der Türkei und in der gesamten Welt noch nicht erlebt wurde. Die Tatsache, daß man so schnell zu einem Urteil kommen will, bevor überhaupt klar wurde, was geschehen ist, zeigt, daß Sie lediglich der Form halber etwas machen, um so ein von oben vorbestimmtes und befohlenes Urteil in die Tat umzusetzen. Daß das gegen mich gerichtete Urteil durch auf höchster Stufe befindliche Kriegsrechtskommandanten gefaßt wurde, ist so offensichtlich, daß man sogar die normalsten Rechtsnormen mit Füßen getreten hat. Und Ihr Gericht ist nicht nur ein Gericht, das dieses System schützt, sondern es ist auch ein Gericht, das den hierarchischen Befehlen des Militärs unterliegt. Und Sie haben hier keine andere Aufgabe als die des Befehlsempfängers, der die Forderung seines Gottes nach Blut in die Tat umsetzen muß. Dies alles ist so offensichtlich, daß es ausreicht, allein die verfahrenstechnische Seite des Gerichtsverfahrens anzusehen, um dieses zu sehen; von den anderen Dingen wie Rechtsnormen ganz abgesehen.

Die herrschenden Klassen und ihre Diener versuchen jede

Bewegung, die gegen das Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem gerichtet ist, in Blut zu erstickern. Hierfür läßt man sich die unmöglichsten Dinge einfallen. Und jeder, der für die Befreiung des Volkes kämpft, jeder der sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehrt, ist diesen Dingen ausgesetzt. Sie als Gericht sind nichts anderes als ein Zahnrad dieser Maschine. Daß das gegen mich gerichtete Urteil ein vorgefaßtes Urteil war, ist offensichtlich. Und wenn der Oberbefehlshaber der Streitkräfte gleich nach dem Vorfall erklärt, „wir hatten lange keine Hinrichtung mehr, einige Personen müssen hingerichtet werden“, dann meint er damit das gegen mich ausgesprochene Urteil. Es ist die offene Darlegung der Befehle, die Sie diesbezüglich erhalten haben.

Die herrschenden Klassen und ihre Diener glauben mit meiner Hinrichtung ihr Bedürfnis nach Blut befriedigen zu können. Doch ich habe während des Geschehens nicht absichtlich einen Soldaten getötet. Daß ich unter den gegebenen Bedingungen einen Soldaten töte, widerspricht meinem politischen Glauben. Bleibt zu sagen, daß, wenn ich hätte töten wol-

len, ich in der Lage war, dieses fortzusetzen. Wie aus allem deutlich wird, habe ich in Panik zweimal in die Luft geschossen. In meiner Pistole waren fünf Kugeln. Und außerdem hatte ich noch ein Ersatzmagazin. Und obwohl fast alle Soldaten sich in meiner Reichweite befanden, habe ich weder den Getöteten, noch einen anderen von ihnen getötet. Ich habe geschossen, ohne es zu wollen. Anführen sollte man auch, daß auch die Soldaten in dieser Panik zur Genüge geschossen haben.

Die Tatsache, daß es ein Kriegsrecht gibt, ist schon als solches ein Angriff auf das Volk und auf die Volksjugend. Mit der Begründung, daß sie dem „Halt“-Befehl der Kriegsrechtseinheiten nicht Folge geleistet hätten, sind Dutzende von Bürgern und Revolutionäre durch die Gendarmerie und Polizei ermordet worden. Der Tod des Sinan Süner, der einen Tag vorher von der Polizei ermordet worden war, war der Anlaß meiner Teilnahme an der bekannten Versammlung, und sein Tod ist einer von den genannten Morden. Heute, zu einer Zeit, zu der die herrschenden Klassen und das Kriegsrecht jedes demokratische Recht mit Füßen treten, ist es unser Recht, bei der letzten Ehrenpflicht

unseren hinterlistig ermordeten Genossen gegenüber, die Gesetze nicht zu beachten. Das einzige, was keine Existenzberechtigung hat, ist das Kriegsrecht selbst. Wir Revolutionäre sind keine Terroristen oder Anarchisten, wie dies in Euren festgefahrenen Gedanken aussieht. Wir Revolutionäre haben kein anderes Ziel, als die Befreiung des Volkes der Türkei von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung.

Anarchie zu verbreiten und Terror auszuüben ist etwas, was im Widerspruch zu unserer Überzeugung steht. Im Gegenteil, der größte Terrorist und Mörder ist dieser Staat selbst. Das Blut jener aus dem Volk und der Volksjugend, die vor dem Kriegsrecht und auch nachher durch die Kräfte des Staates ermordet wurden, ist der Beweis dafür.

Ihr könnt heute die Revolutionäre, deren ein Teil ich bin, anklagen und mit der Todesstrafe bestrafen, ganz so, wie die Befehle, die Sie erhalten, dieses besagen. Aber dieses wird nicht für alle Zeiten so bleiben. Es wird ganz sicher der Tag kommen, und dort, wo Sie sitzen, wird dann unser Volk sitzen. Und es wird dieses System, das Sie verteidigen, anklagen und ein richtiges Urteil sprechen.



Der zum Tode verurteilte Erdal Eren vor dem Militärgericht

Frankreich: politischer Streik Regierungsangriffe gegen streikende Elektrizitätswerker Streikaufruf zu 100 Prozent befolgt

PARIS.— In scharfen Worten kritisierte Ministerpräsident Raymond Barre den Streik der französischen Elektrizitätswerker. Diese seien, so Barre, unverantwortlich, maßlos und gefährden Frankreichs Sicherheit. Die Reaktion: Auf verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen wurde im Anschluß an Barres Tiraden beschlossen, die Streiks fortzusetzen.

Der Streik wurde gemeinsam von der CGT und der CFDT, den beiden größten Gewerkschaften des Landes, ausgerufen, ein gemeinsames nationales Streikkomitee wurde geschaffen. Denn die Streikbewegung richtet sich nur gegen einen einzigen Betrieb, das staatliche Monopol Electricité de France (EdF), das alle Arten von Stromerzeugung und Verteilung in Frankreich beherrscht.

Grund für den Streik ist der Versuch der französischen Kapitalisten, den Elektrizitätswerkern das Streikrecht zu nehmen. Nach einem spontanen Streik im Atomkraftwerk Bugey im letzten Oktober organisierten sie eine große landesweite Kampagne gegen das Streikrecht in Elektrizitätswerken.

Insbesondere soll dabei den Beschäftigten in Atomkraftwerken faktisch die Möglichkeit zum Streik genommen werden.

Der französische Imperialismus hat die größten westeuropäischen Atomkraftpläne. Bis zum Jahre 1985 sollen mindestens 50 Prozent des Stroms in Frankreich von AKWs geliefert werden. Ein faktisches Streikverbot würde also eine entscheidende Sicherung der Stromversorgung bedeuten und eine wichtige Entrechtung eines großen Teils der französischen Elektrizitätswerker.

Während Barre auch die Presse aller Spielarten in seine Kampagne zur Unterstützung der Kapitalistenforderung nach Streikverboten (eine Forderung, die sich schon im Dezember letzten Jahres Ceyrac, der Chef des Kapitalistenverbandes für verschiedene Branchen erhoben hatte) einspannen konnte, reagierten die Gewerkschaften mit

Demonstrationen in Paris, Toulouse, Saint Etienne und anderen großen Städten.

Am Donnerstag, den 12. Juni, ab 8 Uhr morgens war die erste große Phase des Streiks eingeleitet worden. Die Pariser Metro und die SNCF-Bahnen in der Region Paris fuhren eindringlich Zeitlang nicht mehr.

Insgesamt wurden in dieser Zeit nur 40 Prozent des üblichen Stroms geliefert, und die Streikleitung hat beschlossen, beim nächsten Höhepunkt nur noch 30 Prozent zu liefern. Schon diesmal standen zum Beispiel bei der Metallindustrie fast 80 Prozent der Produktion still. Mit Horrormeldungen versuchen die Kapitalisten, ihre Propaganda gegen die Streikenden populär zu machen. So wurde versuchsweise in den Nachrichten verschiedentlich gemeldet, in Krankenhäusern seien Patienten gestorben, die wegen Strommangel nicht hätten operiert werden können. Diese Meldungen mußten dann widerrufen werden.

Die gewerkschaftliche Streikleitung stellte klar, daß im Streikplan zu jeder Zeit ein Notdienst für Krankenhäuser vorgesehen sei. Dem Industrieminister Giraud dagegen wurde bei einer Hetzansprache im dritten Fernsehprogramm der Strom abgestellt.

Die französischen E-Werker erhalten von den verschiedensten Gewerkschaftsorganisationen Solidaritätsbeweise. Selbst die Führung der sozialistischen Partei, die über ihre Zeitung „Le Matin“ zu Beginn gegen diesen Streik aufgetreten war, mußte jetzt ihre Positionen ändern und erklärte sich mit dem Kampf gegen die Aushöhlung des Streikrechts solidarisch.

Zu Tode gefoltert!

Mit aller Brutalität versuchen die herrschende türkische Reaktion und ihre faschistische Generalität, die wachsende revolutionäre Volksbewegung zu unterdrücken. Dazu gehören nicht nur die Statuierung von Exempeln, wie es jetzt mit Erdal Eren versucht wird, die regelmäßigen Feuerüberfälle von Armee und Polizei auf politisch oppositionelle Aktivitäten oder der Terror faschistischer Banden, sondern auch die Folterknechte in den Polizeigefängnissen sind aktiv. „Die Stimme der Revolution“, Nachrichtenorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei fürs Ausland, berichtet in ihrer Juninummer über zwei Opfer der Folter. Zwei, so betont

die Zeitung, von vielen. Dabei erwähnt sie insbesondere verschiedene Fälle, in denen sich Jugendliche aus höheren Stockwerken von Polizeikasernen geworfen, angeblich also Selbstmord verübt hätten. Insbesondere die Zustände in den Armeegefangnissen werden dabei als vollkommen unmenschlich entlarvt. Dort gibt es kaum Nahrung und keinerlei hygienische Maßnahmen. Im Militärgefängnis von Davutpasa, so berichtet die Zeitung, werden die Gefangenen Tag und Nacht in ihren Zellen aus Lautsprechern beschimpft. Gerade in diesen Gefängnissen wird auch versucht, Anwälten auf jede Weise ihre Arbeit unmöglich zu machen.



Gökhan Edge, Mitglied der RKPT, in Diyarbakir zu Tode gefoltert.

Afghanistan

Das Volk verstärkt den bewaffneten Widerstand gegen sowjetischen Aggressoren

Die intensiven Bemühungen der sowjetischen Sozialimperialisten, die Volksrevolte im besetzten Afghanistan auszulöschen, hat die weitere Verstärkung des bewaffneten Widerstands des afghanischen Volkes hervorgerufen. Jetzt stehen die Besatzungstruppen überall in Afghanistan unter dem Feuer rebellierender Kräfte, die ihnen große Verluste an Menschen und Kriegsmaterial zufügen.

Verschiedenen Meldungen zufolge sind vor allem in der Provinz Qunar und in der Umgebung der Stadt Herat neue harte Kämpfe ausgebrochen. Erwähnenswert dabei ist die offizielle Bestätigung bedeutender sowjetischer Verluste in den Randgebieten Herats.

Unterschiedlichste Meldungen kommen dagegen aus Kabul, das die sowjetischen Besatzungstruppen mit vier Divisionen und 2500 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen verteidigen.

Nach den Gefechten in den Paghmanbergen, rund 20 Kilo-

meter von Kabul entfernt, wurde in der sowjetischen Presse zum ersten Mal offen eingestanden, daß der Kampf gegen „die Banditen“, wie sie die Aufständischen nennen, „verlustreich“ sei.

Mehrmals wurde das Gebiet der Paghmanberge mit Bombenteppichen belegt, um anschließende Sturmversuche sowjetischer Truppen vorzubereiten, was aber jedesmal mißlang, weil jeder Sturmversuch auf größeren Widerstand traf.

Die Bevölkerung von Kabul, die — hauptsächlich die Jugend — seit Monaten eine wachsende

Protestbewegung gegen die Besatzer organisiert, hat verschiedene Versuche unternommen, ihre Aktionen mit jenen der Guerillatruppen zu koordinieren. So wird nach wie vor der Unterrichtsboykott an einer großen Zahl Kabuler Schulen fortgesetzt, trotz der brutalen Unterdrückungsmaßnahmen wie der Verschleppung von Schülern.

Eine sehr dubiose Rolle im afghanischen Widerstand spielen jene Kräfte, die sich unter amerikanischer Schutzherrschaft im pakistanischen Peshawar versammelt haben und von

sich behaupten, die Führung des Widerstandes zu sein, was von verschiedenen kämpfenden Organisationen im Innern des Landes abgelehnt wurde. Peshawar ist heute eine der Hauptzentren der Propagandakampagne der rivalisierenden Supermacht der USA.

Die verschiedenen Versuche des amerikanischen Imperialismus, Einfluß zu nehmen, können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der berechtigte Widerstand des afghanischen Volkes gegen die sowjetischen Besatzer tatsächlich und nicht nur in der CIA-Propaganda wächst, und daß die Situation für das Marionettenregime Karmal und seine Moskauer Herren nach wie vor sehr kritisch ist. Bisher gelang es ihnen nämlich nicht, auch nur eine einzige Provinz des Landes in ihrem Sinne zu „befrieden“, das heißt dort den Widerstand zu brechen.



Oruc Korkmaz, im Polizeigefängnis von Kars zu Tode gefoltert.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
14.00-14.30	9.375 MHz 7.300 MHz	31 Meterband 41 Meterband	KW KW
15.30-16.00	9.375 MHz 7.300 MHz	31 Meterband 41 Meterband	KW KW
17.00-17.30	9.375 MHz 7.300 MHz	31 Meterband 41 Meterband	KW KW
19.00-19.30	9.375 MHz 7.300 MHz	31 Meterband 41 Meterband	KW KW
20.00-20.30	7.300 MHz 5.960 MHz 1.395 MHz	41 Meterband 49 Meterband 215m	KW KW MW
22.30-23.00	7.300 MHz 5.960 MHz 1.457 MHz	41 Meterband 49 Meterband 206m	KW KW MW
24.00-24.30	7.300 MHz 5.960 MHz 1.457 MHz	41 Meterband 49 Meterband 206m	KW KW MW
07.00-07.30	7.300 MHz 5.960 MHz 1.395 MHz	41 Meterband 49 Meterband 215m	KW KW MW





Das Mehrzweckkampfflugzeug Tornado. Die Friedensforscher nennen auch dieses neueste Produkt deutscher Waffenschmieden als möglichen Atomwaffenträger.

Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts

8 000 Nuklearwaffen zielen auf Europas Städte

Die Tatsachen entlarven die beiden Supermächte als Hauptkriegstreiber

STOCKHOLM.— Wie in jedem Jahr so auch diesmal: Der Bericht des Internationalen Friedensforschungsinstituts von Stockholm (SIPRI) wurde von den Regierungen in West und Ost mit Unbehagen erwartet. Schon am Tag nach der Pressekonferenz des SIPRI-Direktors Barnaby erschienen deshalb reihum in der Presse abwertende Kommentare. Damit soll die Arbeit des unabhängigen Instituts ins Lächerliche, Unglaubhafte, Versponnene gezogen werden. Das Material aber, das die Friedensforscher aufgearbeitet haben, zeigt in aller Deutlichkeit, wie die Kriegsstrategen in West und Ost ihre Maschinen ins Laufen bringen.

Die Zahlen, die das SIPRI nennt, sind in der Tat furchtbar. So existieren heute in der Welt bereits 60 000 atomare Waffen, von denen mehr als 8 000 auf die knapp eintausend europäischen Städte gerichtet sind. Von diesen rund 10 Waffen gegen jede Stadt hat aber jede einzelne die zweihundertfache Sprengkraft der Bombe, die die amerikanischen Kriegsverbrecher auf Hiroshima warfen. Pro Einwohner dieser Welt, so rechnet das SIPRI vor, stehen 4 Tonnen Sprengstoff „zur Verfügung“.

Diese wahnsinnige Rüstungsmaschinerie verschlang allein im Jahre 1979 die ungeheure Summe von 880 Milliarden Mark! 70 Prozent dieser Vernichtungsmaschinerie sind in den Händen der beiden imperialistischen Supermächte, der USA und der UdSSR. Damit haben sich die Rüstungsausgaben seit 1950 (die Inflation abgerechnet) vervierfacht.

Der internationale Waffenhandel hat sich im Jahrzehnt bis 1979 verglichen mit den Jahren 1950 bis 1959 versechsfacht, verglichen mit den Jahren 1960 bis 1969 vervielfacht. Die größten Waffenhändler sind die USA, die 45 Prozent des weltweiten Waffenhandels in der Höhe von 325 Milliarden Dollar bestreiten, und die UdSSR, die einen „Marktanteil“ von 27 Prozent besitzt. Diesen ungeheuren Zahlen für Rüstung stellen die Stockholmer Friedensforscher die Tatsache entgegen, daß jährlich 15 Millionen Menschen, davon 5 Millionen Kinder den Hungertod sterben.

Was aber den besonders erwarteten Teil des SIPRI-Jahrbuchs betrifft, in dem über die militärpolitischen Konsequenzen des imperialistischen Wettrennens für Europa berichtet wird, so wurde beiden Militärblöcken ihre Propaganda im konkreten widerlegt.

Der SIPRI-Bericht entlarvt die NATO-Propaganda, man müsse nachrüsten, um den Vorsprung des Warschauer Pakts einzuholen als Erfindung der amerikanischen Propaganda. Die NATO-Statistik, die die Notwendigkeit weiterer Rüstung beweisen soll, so weist das Institut nach, ist an einer Reihe von Punkten schlicht gefälscht. So wird kein einziges der mehrere Tausend NATO-Kampfflugzeuge, die mit Atomwaffen bestückt sind oder sie

transportieren können, in dieser Rechnung mitgezählt. Ein Gebiet, auf dem die NATO dem östlichen Block weit überlegen ist.

Diese und andere angeführte Tatsachen führen das Institut dazu, die Losung der „Nachrüstung“ zu verurteilen und zur Feststellung zu kommen, daß es sich in Wirklichkeit um pure Aufrüstung handelt.

Nach einer eingehenden Analyse der gesamten NATO-Konzeption und ihres gegenwärtigen Standes kommt das SIPRI zum Schluß, daß es offensichtlich das Ziel der NATO-Strategen ist, kein sogenanntes Vergeltungssystem aufzubauen, sondern ein Präventivsystem. Das heißt, in einem offensiven, zuerst geführten Atomschlag sämtliche atomaren Stützpunkte und Zentren des Gegners zu vernichten. Eine reine Angriffsstrategie also.

Was die Rüstungsmaschinerie des Ostblocks, der russischen Imperialisten betrifft, so stellt das Institut fest, daß dort alle Anstrengungen unternommen werden, den technologischen Rückstand in der atomaren Bewaffnung aufzuholen.

Die SS-20-Raketen, so SIPRI, stellen militärtaktisch gesehen reine Offensivwaffen dar, die nicht als Ausgleich für irgendwelche westlichen Waffen gelten können.

Insgesamt behandelt SIPRI den ganzen Komplex der sogenannten eurostrategischen Waffen, also jener Atomwaffen, die in Europa stationiert, bzw. von europäischem Boden oder von den europäischen Grenzmeeren aus Europa gerichtet sind, sehr ausführlich.

Dabei kommt das Institut zur Feststellung, daß diese Nuklearwaffen, die in der offiziellen Propaganda beschönigend „Grauzonenwaffen“ und ähnlich genannt werden, in Wirklichkeit jenes Zwischenglied darstellen, das zwischen einem sogenannten „konventionellen“ Krieg und einem unbegrenzten Atomkrieg liegen könnte. SIPRI zieht daraus aber ganz andere Schlußfolgerungen als die offizielle Propaganda in West und Ost. Während dort diese Atomwaffen zynischerweise als Möglichkeit bezeichnet werden, den Atomkrieg zu verhindern, betont SIPRI, daß dies genau der Weg der Steigerung zu einer allgemeinen atomaren Auseinandersetzung, sprich: Atomkrieg, sei.

Niederlande

Sozialdemokratische Partei gegen NATO-Raketen

Harte Auseinandersetzung ums Wahlprogramm

DEN HAAG.— Anfang Juni veröffentlichte die sozialdemokratische Partei der Arbeit in den Niederlanden ihr Programm zu den Wahlen im Mai 1981. Darin spricht sich die Partei gegen neue amerikanische Raketen in den Niederlanden aus.

Diesem Beschluß waren lange Auseinandersetzungen in der größten niederländischen Oppositionspartei vorausgegangen.

Eine beträchtliche Minderheit der Partei forderte einen Kurs auf Neutralität einzuschlagen, den Austritt der Niederlande aus der NATO zu fordern. Dagegen fuhr nicht nur die gesamte Presse sondern auch Parteiführer von den Berg und Exministerpräsident van Uyl mit schwerstem Geschütz auf. Es gelang ihnen dadurch, eine schwankende Mehrheit innerhalb der Partei noch einmal vor den NATO-Karren zu spannen. Ihr Hauptargument war gewesen, so eine Forderung sei die beste Wahlhilfe für eine neue Regierung van Agt, also

der christdemokratischen Partei.

Aber es wurden während der Debatten und Beschlüsse um das Wahlprogramm vom sogenannten Friedensflügel der Partei zum Teil mit großer Mehrheit fünf Forderungen durchgesetzt, die dem Kurs der NATO und der niederländischen Regierung, aber auch der Parteiführung selbst zum Teil krass widersprechen.

Diese Forderungen sind im einzelnen:

1. Keine Einführung von Atomwaffen oder solcher Waffen, die auch atomar verwendet werden können in den Niederlanden.

2. Keine Stationierung der NATO-Mittelstrecken-Raketen in den Niederlanden

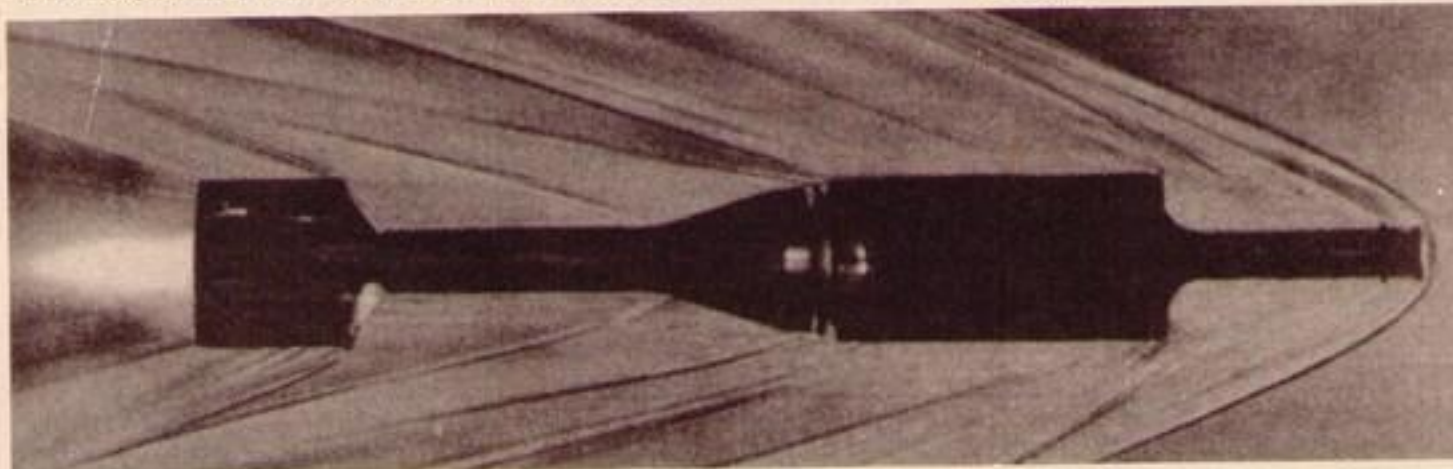
3. Abschaffung der atomaren Kurzstreckenraketen.

4. Grundsätzliche Klärung der nuklearen Verantwortung der Niederlande in den nächsten zwei Jahren.

5. Reduzierung der Rüstungsausgaben und insbesondere des Heeres auf 14 Bataillone.

Dabei betont das Wahlprogramm, daß es sich dabei um einseitige Schritte handelt, die die Niederlande auch dann tun müssen, wenn sie mit diesen Maßnahmen alleine bleiben, weil dies Schritte zu atomwaffenfreien Niederlanden und damit auch zu einem atomwaffenfreien Europa wären.

Beide Militärblöcke müßten als ersten Schritt dazu ihre Atomwaffen entscheidend verringern.



„Intelligente Munition“ existiert bereits heute bei Artillerie und ähnlichen Waffen. Jetzt planen die westdeutschen Rüstungsstrategen auch für Raketenwaffen ihren technologischen Vorsprung vor dem Osten in den Dienst der NATO zu stellen.

Mehr als 7 Millionen Arbeitslose

US-Wirtschaftskrise verschärft Carter gesteht Scheitern ein

WASHINGTON.— In einer Erklärung gegenüber der Presse gestand US-Präsident Jimmy Carter in der letzten Woche faktisch das Scheitern der Wirtschaftspolitik seiner Regierung ein. Die Lage, so Carter, habe sich ganz anders entwickelt als die Regierung erwartet und gewünscht haben.

Diese Bankrotterklärung ist die Reaktion Carters auf den neuesten monatlichen Wirtschaftsbericht. Im Gesamtindex dieses Berichts, der aus 12 einzelnen Rechnungen besteht, ist die Konjunktur der USA im April 80 im Vergleich zum März 80, also innerhalb eines Monats um 4,8 Prozent gefallen. Dies ist das schlechteste Ergebnis dieses Berichts, seitdem er im Jahre 1948 eingeführt wurde. Selbst im bisher schärfsten Krisenjahr der Nachkriegszeit, 1974, war im schlechtesten Monat, im

September, der Index nur um 3,0 Prozent gefallen.

Im April war die Arbeitslosenrate um über 12 Prozent auf mehr als 7 Millionen gestiegen, für Mai wird mit einem weiteren Anstieg von rund einer Million gerechnet. Die Teuerungsrate bleibt weit über 12 Prozent. Der Umsatz des Einzelhandels dagegen ging um etwa ein Fünftel zurück.

Das sind die ersten direkten Auswirkungen der militaristischen Sparprogramme Washingtons, die den Lebensstan-

dard der Werktätigen drücken und dadurch natürlich auch die Umsätze vermindern, denn natürlich sind die Werktätigen, gerade im Einzelhandel, der größte Kunde. Bescheidung des sozialen Standards der arbeitenden Bevölkerung und weitere Ankurbelung der Teuerung, diese Regierungsmaßnahmen haben die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Hochgegangen sind als einziges die Dividenden vor allem der Rüstungs- und Ölkonzerne.

Klare Meinung zum Präsidenten

Militante Demonstration gegen Jimmy Carter

Rund 3 000 protestierten in Miami

MIAMI.— Jimmy Carter, Präsident der USA, vor vier Jahren von jedem dritten Amerikaner gewählt, darunter von sehr vielen Angehörigen von Minderheiten, erntete jetzt das Echo seiner Politik bei einem Besuch in Miami.

Auf seiner Wahlkampagne wollte Carter an die einstigen Zeiten anknüpfen, als er sich vor vier Jahren als Mann aus dem Volke präsentierte, der die Wahl nicht zuletzt dank der Stimmen der Minderheiten gewann. Doch inzwischen sind eben vier Jahre vergangen, und seine Politik ist bekannt. Deshalb fanden sich auch rund 3 000 Demonstranten ein, die einem Aufruf verschiedener Organisationen folgten, gegen Carters Politik zu protestieren.

Sein Besuch gerade jetzt in Miami, wo erst vor kurzem der Rassismus erneut seine Opfer gefordert hatte, wurde von der gesamten farbigen Bevölkerung zu Recht als pure Provokation verstanden. Die enormen Si-

cherheitsvorkehrungen reichten nicht aus. Hunderte durchbrachen die Polizeiketten und Barrikaden und griffen Carters Autokolonne an. Es wurde Flaschen und Steine geworfen, die sowohl Carters Auto als auch den Luxusbus der lokalen Prominenz beschädigten. Ein massiver Polizeieinsatz unterblieb aus Furcht vor den Folgen, die durch neue Opfer entstehen könnten.

Die Demonstranten trugen zahlreiche Transparente und riefen Losungen, die sich gegen Carters Kriegspolitik wandten. So lauteten die Parolen der Demonstration unter anderem: „Die einzigen Jobs, die ihr für uns habt ist eure Armee“ und „Kein Geld für uns, nur fürs

Pentagon“. Auch die offiziellen politischen Repräsentanten im Senat und anderen Gremien, die für die farbige Bevölkerung sprechen, gehen zunehmend auf Distanz zu Carters Kurs.

Mehrere farbige Abgeordnete erklärten, in der Demokratischen Partei nicht mehr für Carter stimmen zu wollen.

Carter selbst fällt in dieser Situation nichts anderes ein, als die farbige Bevölkerung in zynischer Weise auf die Zukunft zu verweisen, wie er das schon vor vier Jahren tat. Nur: In den letzten vier Jahren hat sich die soziale Lage dieser Bevölkerungsteile so deutlich verschlechtert, daß dadurch breite Teile politisch wachgerüttelt wurden.

Meldungen

Guatemala: Verhaftungswelle

GUATEMALA CITY.— Mit ständig gesteigertem Terror versucht die guatemaltekeische Diktatur der erstarkenden revolutionären Volksbewegung zu begegnen.

So wurde in der letzten Woche von oppositionellen Organisationen in Mexico City bekanntgegeben, daß nach dem Tod des faschistischen Geheimdienstchefs Arredondo eine große Verhaftungswelle unter

Gewerkschaftsfunktionären eingesetzt hat. Innerhalb weniger Tage wurden mehr als 300 Funktionäre der CNUS (Nationale Konferenz für Gewerkschaftseinheit) verhaftet. Ebenso seien weitere Mordanschläge, auch im Ausland geplant, die dem Muster der Morde an Coca-Cola-Gewerkschaftern folgen sollen.

Irak: Massenhinrichtungen

BAGDAD.— Auf ihrem Kurs zur regionalen Vormacht am Persischen Golf im Bündnis mit den USA-Imperialisten räumt die irakische Bourgeoisie jeden Widerstand mit Mord und Totschlag aus.

Dabei richtet sich die gegenwärtige blutige Unterdrückungswelle vor allem gegen solche Kräfte, die dagegen protestieren, daß der Irak durch seine aggressive Haltung gegenüber der iranischen Revolution sich zum Handlanger der USA-Imperialisten macht. Allein zwischen März und Ende Mai dieses Jahres seien, Informationen von Amnesty International zufolge, mehr als einhundert politische Gefangene hingerichtet worden. Aus anderen Quellen wird von über zweitausend Verhaftungen im selben Zeitraum berichtet.

Südafrika: Unruhe

vor dem Jahrestag

JOHANNESBURG.— Allgemeine Gespanntheit und Unruhe kennzeichnet die Lage in Südafrika wenige Tage vor dem vierten Jahrestag des Aufstands von Soweto.

Verschiedene Organisationen haben dazu aufgerufen, den Jahrestag von Soweto zu einem Generalstreik in allen Bereichen des Lebens auszunutzen. Bereits in fünf großen Städten haben alle nichtweißen Händler und Geschäftsleute beschlossen, ebenso wie die Arbeiter an diesem Tag keinerlei Tätigkeit auszuüben. Die Rassisten gehen mit einer neuen Verhaftungswelle gegen diese Bewegung vor.

Frankreich: Giscard hat Angst

PARIS.— Hektik herrscht seit einigen Tagen im Pariser Elyséespalast

Der Exkaiser von Zentralafrika, der Massenmörder Bokassa gab vor kurzem der französischen Presse gegenüber bekannt, er werde eine Memoiren noch vor der französischen Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr veröffentlichen. Dabei wolle er besonders auf seine Freundschaft mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing eingehen. Jetzt befürchtet dieser Herr, nicht zu Unrecht, dies könne seine Wahlchancen schmälern...

Will die SPD Westdeutschland von der amerikanischen Supermacht abkoppeln? Dieser von Strauß und seinen Gesinnungsfreunden erhobene Vorwurf wurde in der letzten Folge unserer Serie untersucht. Von einem solchen Abkoppeln kann jedoch nicht die Rede sein. Trotz einiger Varianten gegenüber der Straußschen Politik steht auch die SPD fest zur NATO, zum Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus. Und auch die Carterschen Kriegsabenteuer im Nahen Osten haben die Führer der SPD nicht etwa zum Abrücken, sondern nur zu neuen Treueschwüren an die Adresse des amerikanischen Präsidenten veranlaßt.

Es ist ja nicht so, daß diese Leute allesamt den Krieg wollten oder es etwa, wie der Strauß, darauf ankommen lassen. Willy Brandt würde sich — subjektiv überzeugt — gegen eine solche Unterstellung verwehren. Es ist einfach so, daß sie selbst Gefangene des kapitalistischen Gesellschaftssystems — das sie bejahen — sind und dessen Zwängen, zu Konflikten und Kriegen führenden Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Doch selbst im Rahmen dieses Systems gäbe es noch die Möglichkeit —, eben durch die Abkoppelung der Bundesrepublik von den USA und der NATO, ihrer Neutralisierung —, hätten sie dazu den Mut, sich aus einem Krieg zwischen den Supermächten herauszuhalten. Kleinere Länder gehen diesen Weg.

Abhängig vom Finanzkapital

Aber gerade hierin zeigt sich die Abhängigkeit auch der Schmidt-Genscher-Regierung, ihre Verschmelzung mit dem westdeutschen Finanzkapital, dem westdeutschen Imperialismus. Zwar vertreten sie nicht, wie der Strauß, dessen zur Zeit reaktionärste, aggressivste Kreise, doch auch den Herren von Krupp, Mannesmann, Hoechst usw. geht es um die Ausdehnung ihrer Macht, ihres Einflusses, ums Geschäft, um den Profit. Den holen sie derzeit hauptsächlich nicht aus der Rüstung, sondern dem Handel, dem Verkauf ihrer Waren auch in den Osten. Deswegen sind sie heute auch nicht an einer Verschärfung der Spannungen zwischen den Supermächten interessiert, denn die beeinträchtigen ihren Gewinn.

Das heißt jedoch nicht, daß dies so bleiben muß. Sie können auch anders. Das bedeutet zwar eine gewisse Produktionsumstellung, eine zeitweilige Gewinnminimierung, dann aber das große Geschäft. Dazu die Rückgewinnung verlorener Produktionsstätten im Osten. So sind denn sowohl CDU/CSU als auch SPD/FDP, sowohl Strauß/Kohl als auch Schmidt/Genscher ausführende Organe, Institutionen des westdeutschen Imperialismus, und es erhebt sich die Frage, warum ist — zum Beispiel im Wahlkampf — das Feuer vorzugsweise auf Strauß zu richten? Weil er den reaktionärsten Teil des Finanzkapitals vertritt, weil es notwendig ist, selbst den kleinsten Riß, den kleinsten Widerspruch im Lager des Gegners, des westdeutschen Finanzkapitals auszunutzen. Auszunutzen, um im Kampf gegen Strauß, den die Mehrheit des Volkes ablehnt, im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für den Sozialismus neue Verbündete zu gewinnen.

Gibt es diese möglichen neuen Verbündeten? Ja es gibt sie. Es gibt sie überall. In der Arbeiterschaft, unter den Angestellten, bei den werktätigen Bauern. Unter dem fortschrittlichen Kleinbürgertum vor allem aber in den Kreisen der links stehenden Gewerkschaft-

tern und Sozialdemokraten. Hören wir ihre Stimmen.

Da gibt es eben nicht nur den Wehner, der die Bundeswehr wegen der Störung ihrer Bremer Rekrutenvereidigung um Verzeihung bittet, da gibt es auch den stellvertretenden Jusos-Vorsitzenden Klaus-Peter Wolf, der sagte: „Eine solche Massenvereidigung in der gespannten Weltlage stellt eine Provokation dar.“ Da gibt es die Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“, deren Bundesvorstand dem Bundeskanzler Schmidt eine Petition mit mehreren tausend Unterschriften zuleitete in der dieser aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, daß der NATO-Aufrüstungsbeschluß rückgängig gemacht wird, in der sich die Falken gegen einen Olympia-Boykott aussprechen, „da dies nur zu einer Verschärfung der internationalen Lage beitragen wird“.

Da gibt es nicht nur den Carter-Partner Schmidt, der volles Verständnis für die Aggressio-

Sterben für die USA? (14. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

litik betreibt.“

Organisierte Heuchelei

Ebenso richtig ist es, wenn Jusos-Bundessekretär Rudolf Hartung gegen die „organisierte Heuchelei“ unter dem Stichwort „Solidarität mit den USA“ zu Felde zieht, wenn er die Sowjetinvasion in Afghanistan als ebenso schlimm wie die Interventionen von US-Truppen in Santo Domingo oder das Eingreifen französischer Truppen in Zentralafrika bezeichnet. Wenn er sagt: „Wir haben überhaupt keinen Grund, unser Land und die Millionen Bürger der Bundesrepublik zur Verfügungsmasse im US-Präsidentenwahlkampf werden zu lassen.“ Wenn die Jungsozialisten die Bundesregierung auffordern, sich nicht an den „hysterischen Boykottmaßnahmen der USA“ zu beteiligen; wenn der stellvertretende Jusos-Vorsitzende Reinhard Schultz vor der Bonner Presse die „Kalt-Kriegs-Fanatiker wie US-Präsident Carter und Strauß“ aber auch „diejenigen, die wie Gen-

tionären CDU/CSU-Kreisen, aber auch von der Bundesregierung abgelehnt. Mit dieser Ablehnung der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik möchten sich die westdeutschen Imperialisten ein Hintertürchen offen halten, um im Falle von Unruhen oder eines Aufstandes in der DDR, eine Intervention ihrerseits völkerrechtlich bemänteln zu können.

Inzwischen erkennen Großbritannien und die USA die DDR-Staatsbürgerschaft längst an, Frankreich, Italien und Belgien stehen kurz davor. Nur die Bundesregierung weigert sich beharrlich einzusehen, daß mit der Existenz von zwei deutschen Staaten, auch die Existenz von zwei Staatsbürgerschaften verbunden ist. Und als Bonns erster Mann in Ostberlin, Staatssekretär Gaus, eine entsprechende Änderung, nämlich die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft vorschlug, die seiner Meinung nach „durchaus in Einklang mit dem Grundgesetz“ stünde, da tobten nicht nur der „Bayernkurier“ und Strauß, sondern auch Weh-

kanzer Schmidt stellten. Diesem Brief, in dem der Bundeskanzler aufgefordert wird, auf „unmündige Erklärungen der Standfestigkeit und Treue“ zu den USA zu verzichten. Dem Brief, in dem es heißt:

„Lassen Sie sich von der amerikanischen Regierung, die spätestens seit Vietnam jedes Recht auf moralische Appelle verloren hat, nicht in eine Politik hineinziehen, die die Zerstörung allen Lebens auf diesem Planeten zur Folge haben könnte. Wir Deutschen können nicht so tun, als wüßten wir nicht, welche Blutbäder im Namen der ‚Würde der Nation‘ angeordnet wurden. Jedes Mittel, jede utopische Phantasie, jeder Kompromiß muß uns Deutschen recht sein, den Frieden zu erhalten und sicher zu machen: Keiner greift uns an, keiner bedroht uns. In unserem durch Krieg geteilten Land hat jede Bündnistreue ihre Grenze, sobald der Frieden fahrlässig oder gar mutwillig bedroht wird...“

Und daß eben dieser Frieden nicht nur fahrlässig, sondern auch mutwillig bedroht wird, erleben wir — wie aufgezeigt — am Verhalten, an der Unterdrückungs-, Expansions- und Kriegspolitik der Imperialisten, vor allem der Supermächte. Da sind die sowjetischen Sozialimperialisten, die trotz weltweiter Proteste, trotz weiteren Widerstands des afghanischen Volkes überhaupt nicht daran denken, ihre faschistische Invasion in Afghanistan zu beenden und ihre Truppen zurückzuziehen, geschweige denn, daß sie die anderen Staaten, wie die Osteuropas, die sie militärisch besetzt halten und unter ihrer Kontrolle haben, aus dieser entließen. Den Spuren des US-Imperialismus folgend, haben sie überall in der Welt, vor allem in Afrika und Asien, ihre Agenturen und Divisionszentren errichtet, treten sie unter dem Deckmantel des Diplomaten, Beraters, Fachmannes als Unruhestifter und Saboteure der nationalen Befreiungsbewegungen auf, hetzen sie zum Beispiel die Truppen von Staaten wie die Äthiopiens zum Angriff auf ihre Nachbarländer, unternehmen sie alles, um ihren Einfluß und den ihrer Vasallen in Ländern, wo sie tätig sind, zu verstärken.

Unterdrücker der Völker

Da sind die USA-Imperialisten, deren Charakter als blutige Unterdrücker der Völker, als Erdrücker und Stützer faschistischer Diktaturen sich in keiner Weise geändert hat. Überall wo ihre Agenten des Nationalen Sicherheitsdienstes, des FBI und CIA tätig sind, hinterlassen sie eine Spur von Terror und Mord. Sie waren es, die über 40 Jahre das blutige Somoza-Regime in Nicaragua unterstützten. Somoza, der Tyrann, der heute unbehelligt als Multimillionär in den Vereinigten Staaten lebt und von dessen Vater US-Präsident Roosevelt einst sagte: „Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn.“ Eine Einstellung, die man bis heute nicht geändert hat, wie die Ereignisse in El Sal-

vador zeigen.

Über 1500 Ermordete, darunter der Erzbischof von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero, in den ersten drei Monaten des Jahres 1980 gingen auf das Konto der von den USA ausgehaltenen Militär-Junta. Täglich werden grausam verstümmelte Leichen gefunden, denen man die Initialen „EM“ in die Brust geschnitten hat, das Zeichen der vom CIA ausgebildeten faschistischen sogenannten „Todesschwadron“. Tausende Bauern mußten von den Sicherheitskräften der Junta wie Tiere gejagt in die Berge fliehen. Dennoch unterstützen die USA, trotz der verbrecherischen Ermordung Romeros und vieler anderer, die faschistische Militärs mit weiteren Millionen und Abermillionen Dollar Militärhilfe.

Ob nun in Chile, Nicaragua, El Salvador oder wie kürzlich in Südkorea, wo sie dem vom Aufstand des Volkes bedrohtem faschistischen Militärregime mit Flugzeugträgern und massiver militärischer Unterstützung zur Hilfe eilten, überall zeigt sich das aggressive, faschistische Wesen des USA-Imperialismus. So denkt natürlich US-Präsident Carter auch nicht im Traume daran, sich für die vom USA-Imperialismus während der letzten Jahrzehnte im Iran begangenen Verbrechen zu entschuldigen, um so u.a. die inhaftierten Botschaftsangehörigen frei zu bekommen. Stattdessen setzt er viel lieber auf Gewalt, droht er mit der Bombardierung der iranischen Ölfelder und Verminung der Häfen, schleust er Saboteure in den Iran ein, um Unruhe zu verbreiten und einen Aufstand vorzubereiten.

Wie die Sowjetunion bereiten sich die USA auf einen neuen Weltkrieg vor. So billigte Präsident Carter einen Plan des Pentagon, der die Stationierung einer 50 000 Mann starken amerikanischen „Stoßtruppe“ in Ägypten und den Ausbau der Marine- und Luftwaffenstützpunkte in Berbera (Somalia) und Mombasa (Kenia) vorsieht. Das amerikanische Repräsentantenhaus beschloß die amerikanische Hilfe für Israel um 200 Millionen auf 2,2 Milliarden Dollar aufzustocken. Davon für 1,4 Milliarden Dollar für Waffenkäufe. Der Streitkräfteausschuß des US-Senats beschloß den diesjährigen Militärhaushalt um fast 6 Milliarden Dollar über den von Carter beantragten Mitteln auf 52,6 Milliarden Dollar (rund 95 Milliarden Mark) zu erhöhen.

Im nächsten RM:

Wie stehen die Massen zur Kriegsgefahr?

Die nächste Folge unserer Serie untersucht die Reaktionen der westdeutschen Bevölkerung auf die wachsende Kriegsgefahr. Darüber hinaus wird dargelegt, wie unsere Partei in die sich entwickelnde Bewegung für den Frieden eingreift.



1. Mai 1980: Wie hier in Bochum rückte überall der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr in den Vordergrund.

nen der USA zeigt, da gibt es auch den ehemaligen Vorsitzenden der Jungsozialisten, Gerhard Schröder, der in einem Interview mit dem sozialdemokratischen PPP-Pressdienst erklärte: „Die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan ist ebenso zu verurteilen, wie die Intervention der USA in Vietnam und anderen Ländern verurteilt worden ist.“ Unmoralisch und verlogen sei eine Argumentation, „die den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt, gleichzeitig aber unverhüllt zur Intervention der NATO im Vorderen und Mittleren Orient auffordert. Der amerikanische Imperialismus ist auch dann nicht zu rechtfertigen, wenn die Sowjetunion ebenfalls Großmachtpo-

scher mit den USA auf Teufel komm raus eine Schicksalsgemeinschaft eingehen wollen“, scharf angriff.

Doch nicht nur die Jungsozialisten, auch die der FDP nahestehenden „Jungedemokraten“ üben Kritik an der SPD/FDP-Bundesregierung und greifen sie in prinzipiellen Fragen an. So forderten sie auf ihrem Bundeskongreß zu Anfang des Jahres 1980 die Anerkennung einer Staatsbürgerschaft der DDR, weil die Nichtanerkennung einen „permanenten Eingriff in die Souveränität der DDR“ darstelle. Diese volle Anerkennung der DDR, die bereits Ende der 60er Jahre von allen Jungsozialisten gefordert wurde, wurde bisher mit aller Entschiedenheit von den reak-

ner und Schmidt. Ein Beispiel dafür, was von ihrer soviel gepriesenen Entspannung zu halten ist.

Bündnispartner im Kampf

Bündnispartner im Kampf gegen die Kriegsgefahr sind jedoch nicht nur Jusos und Judos sondern auch die Gewerkschaftsjugend, wie in entsprechenden Artikeln, Anregungen und Anträgen zum diesjährigen Antikriegstag zum Ausdruck kommt. Bündnispartner sind die Schriftsteller Thomas Brasch, Günter Grass, Sarah Kirsch, Peter Schneider und all die vielen hundert Künstler und Schriftsteller, die sich hinter ihren offenen Brief an Bundes-

Das Kapital geht über Leichen (2. Teil)

Der Krebstod wird einkalkuliert

Zum Beispiel Polyvinylchlorid (PVC)

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung bringt Arbeitsbedingungen hervor, die in großem Umfang Krankheiten produzieren. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, den Werkhallen, den Büros, am Fließband oder an der Supermarktkasse sind eine der Hauptursachen für den katastrophalen Zustand der Volksgesundheit. Nachdem wir in unserer letzten Ausgabe auf die Erweiterung der Schichtarbeit

Als der PVC-Skandal Ende 1973 bei der zum Fick-Konzern gehörenden Chemiefirma Dynamit Nobel AG Troisdorf ruchbar wurde, war es für viele Arbeiter längst zu spät. „Grauenhafte Berufskrankheit — 40 Chemie-Arbeiter droht Invalidität und Siechtum“ stand am 18. Dezember 1974 als Schlagzeile in der „Frankfurter Rundschau“. Im April 1974 zog der sozialdemokratische „Vor-

grundlegendem Vinylchlorid (VC) zum Opfer fielen, war die Schädlichkeit dieser synthetischen, gasförmigen, süßlich riechenden Substanz bereits seit 35 Jahren bekannt. (Siehe Kasten). Obwohl seit 1938 Jahr für Jahr neue Forschungsergebnisse vorgelegt wurden, die teilweise sogar im Auftrag der Chemiekonzerne selber durchgeführt worden waren, dachte man in Unternehmerkreisen nicht im Traum daran, diesen zugegeben wichtigen Grundstoff zur Kunststoffproduktion durch verwandte ungefährliche Substanzen zu ersetzen. Denn das hätte zusätzliche Kosten erforderlich gemacht. Menschenleben dagegen verunzieren die Geschäftsbilanz nicht.

Die VC-Weltproduktion liegt gegenwärtig bei etwa 11 Milliarden Tonnen. 99 Prozent werden zur PVC-Herstellung verwendet, der Rest dient als Treibgas in Spraydosen. Die Hersteller von VC und PVC gehören zu den größten Chemieunternehmen der Welt. Etwa 100.000 Arbeiter sind an der unmittelbaren PVC-Produktion beteiligt. Die Zahl der Beschäftigten, die an der PVC-Weiterverarbeitung beteiligt sind, geht in die Millionen.

In der Bundesrepublik stellen sieben Werke PVC her, die von den drei IG-Farben-Erben Hoechst, Bayer und BASF kontrolliert bzw. betrieben werden. Auch der Fick-Konzern (Dynamit Nobel AG) hat seine Finger im Spiel. Etwa 1000 Arbeiter sind in der PVC-Produktion beschäftigt.

Nun ist VC nur ein Beispiel dafür, wie kaltschnäuzig das Kapital das Leben der Arbeiter aufs Spiel setzt. Ein anderes

(Nachtschicht = Friedhofsschicht“) eingegangen sind, wollen wir uns nun mit Giftstoffen befassen, mit denen im Produktionsprozeß umgegangen wird. Hauptsächlich wird es dabei um den um Jahre zurückliegenden PVC-Skandal gehen. An ihm wird sichtbar, in welch skrupelloser Manier die Unternehmer mit der Gesundheit „ihrer“ Arbeiter verfahren, wenn es darum geht, ihren Profit zu realisieren.

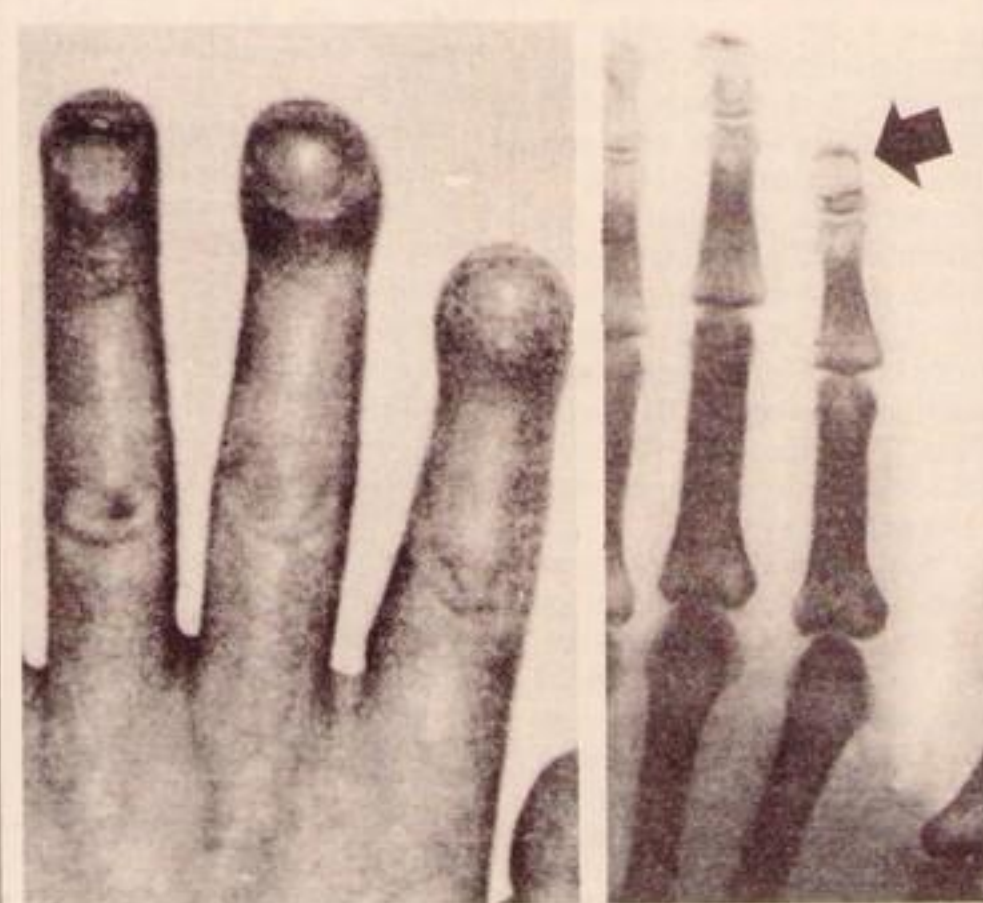
Beispiel wäre Asbest, für das es nach Angaben der IG Metall über 100 ungefährliche Ersatzstoffe gibt. Gegenwärtig gehen 13 bis 15 Prozent aller Krebstoten in den USA auf das Konto jenes Stoffes, der in über 3000 verschiedenen Produkten Verwendung findet.

Auch hier: Die Umstellung auf andere Grundstoffe wird als unrentabel verworfen, der schleichende Krebstod bewußt

Red.) Substanz am Arbeitsplatz auftritt.“

Bezeichnend auch die Reaktion des Staates auf Produktionsgriffe. Zunächst einmal gilt folgender Grundsatz: Eine Substanz gilt solange als ungefährlich, bis das Gegenteil bewiesen ist.

Wieviele Arbeiter und Arbeiterinnen an diesem Grundsatz bereits zugrundegegangen sind, weiß niemand zu sagen.



Hand eines erkrankten Arbeiters: Die Fingerkuppen sind stark geschwollen. Die Röntgenaufnahmen zeigen die zersetzten Fingerknochen.

mit einkalkuliert. Jahr für Jahr werden in der Bundesrepublik mehrere tausend neue chemische Verbindungen in den Produktionsprozeß eingeführt. Mitte der 70er Jahre verbreitete die US-Behörde für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz eine Liste mit 14 chemischen Verbindungen, deren krebserzeugende Wirkung erwiesen ist. Diese Zahl dürfte entschieden zu tief gegriffen sein.

Trotzdem erklärte Charles Levinson, Generalsekretär des Internationalen Bundes der Chemiarbeiter (ICF), aufgrund dieser Zahlen: „Angesichts der Vielzahl neu eingeführter Verbindungen in der Industrie können wir die Voraussage wagen, daß pro Jahr mindestens eine neue krebserzeugende (krebserzeugende,

Doch ist die Gefährlichkeit einmal nachgewiesen, was die Chemiegiganten meist mit massiven Mitteln zu verhindern wissen, heißt das noch lange nichts, wie das Beispiel Asbest oder PVC beweist.

Asbestose (eine Art Staublung) wurde als Berufskrankheit anerkannt, das Spritzverfahren wurde verboten. Aber vom Markt genommen wird es nicht — aus Kostengründen.

Die PVC-Produktion wurde in Schweden stark eingeschränkt und durch andere Stoffe ersetzt. Selbst in den USA wurde ein Gesetz erlassen, das die Konzentration von VC-Gasen auf 1 ppm (= 0,0001 Prozent) reduziert. Nicht so in der Bundesrepublik. In den PVC-Produktionsstätten sind 100 ppm erlaubt.

Von den etwa 12,5 Millionen männlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitern und Angestellten, die 1978 im Erwerbsleben standen, werden bis 1990 22,3 Prozent (2,8 Millionen) ausgeschieden sein. Nur 30 Prozent dieser 2,8 Millionen, das sind 834.000, gehen in Rente. Über eine Million (37,3 Prozent) werden durch Frühinvalidität aus dem Arbeitsleben gerissen, 909.000 (32,7 Prozent) werden das Erreichen der Altersgrenze nicht mehr erleben. Diese erschütternden Zahlen gehen aus einer Hochrechnung der Bundesanstalt für Arbeit hervor. 909.000 Tote, über eine Million Frühinvaliden. Sie beweisen schlaglichtartig, daß der elende Zustand der Volksgesundheit keineswegs das Resultat persönlichen Versagens ist, sondern notwendiger Bestandteil der grenzenlosen Raffgier des Kapitals.

Den Mördern das Handwerk legen!

Nach dem Strafrecht unserer Republik hat ein Mörder lebenslang hinter Gittern zu verschwinden. Wie definiert das Strafgesetzbuch den Mord? „Mörder ist, wer (...) aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln (...) einen Menschen tötet.“

Die PVC-Arbeiter, die Kollegen mit Asbestose oder Silikose sind an der Habgier des Kapitals elend zugrundegegangen. Ihr Tod war grausam. Der Mord war heimtückisch und ereilte die Kollegen gleichsam von hinten, unbemerkt, hinterlistig.

PVC, Asbest — insgesamt gibt es 600 Stoffe, die amtlich als giftig registriert sind — sind gemeingefährlich.

Tausende von Arbeitern fristen ihr Dasein als Frührentner, als Invalide, zu Krüppeln deformiert, von Staub, Gasen und anderen die Gesundheit zerstörenden Substanzen.

Ihr Tod und ihr Siechtum sind ein Bestandteil unternehmerischer Strategie, notwendiger Bestandteil der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Und PVC, Asbest und andere giftige Substanzen in der Produktion der Chemiewerke sind ja nur ein Teil, ein kleiner Teil aus dem Arsenal der Mordwaffen, die das Kapital gegen die Arbeiter führt.

Man baut Atomkraftwerke statt Kohlekraftwerke. Man ermordet nicht nur Menschen, sondern auch seine Umwelt (nicht umsonst spricht man von toten Flüssen).

Ersatzstoffe für Asbest? Erschließung einheimischer Energiereserven? Einbau leistungsfähiger Filteranlagen? Strenge Arbeitsschutzgesetze? Warum nichts von alledem? Wegen der Habgier und der sonstigen niedrigen Beweggründe der Bourgeoisie, die diese Klasse kennzeichnen wie den Wucherer die Raffgier.

Der Mord am PVC-Arbeiter, aus Habgier, das Siechtum der Asbestose Befallenen, die Wracks der Nacht- und Schichtarbeit, die Ruinierung der Volksgesundheit sind die sprudelnden Quellen der Unternehmerprofite.

In dem Maße, wie die Arbeiterbewegung erstarbt, werden sich hier Verbesserungen erzielen lassen, sei es über Tarifausschließungen, sei es über gesetzgeberische Maßnahmen.

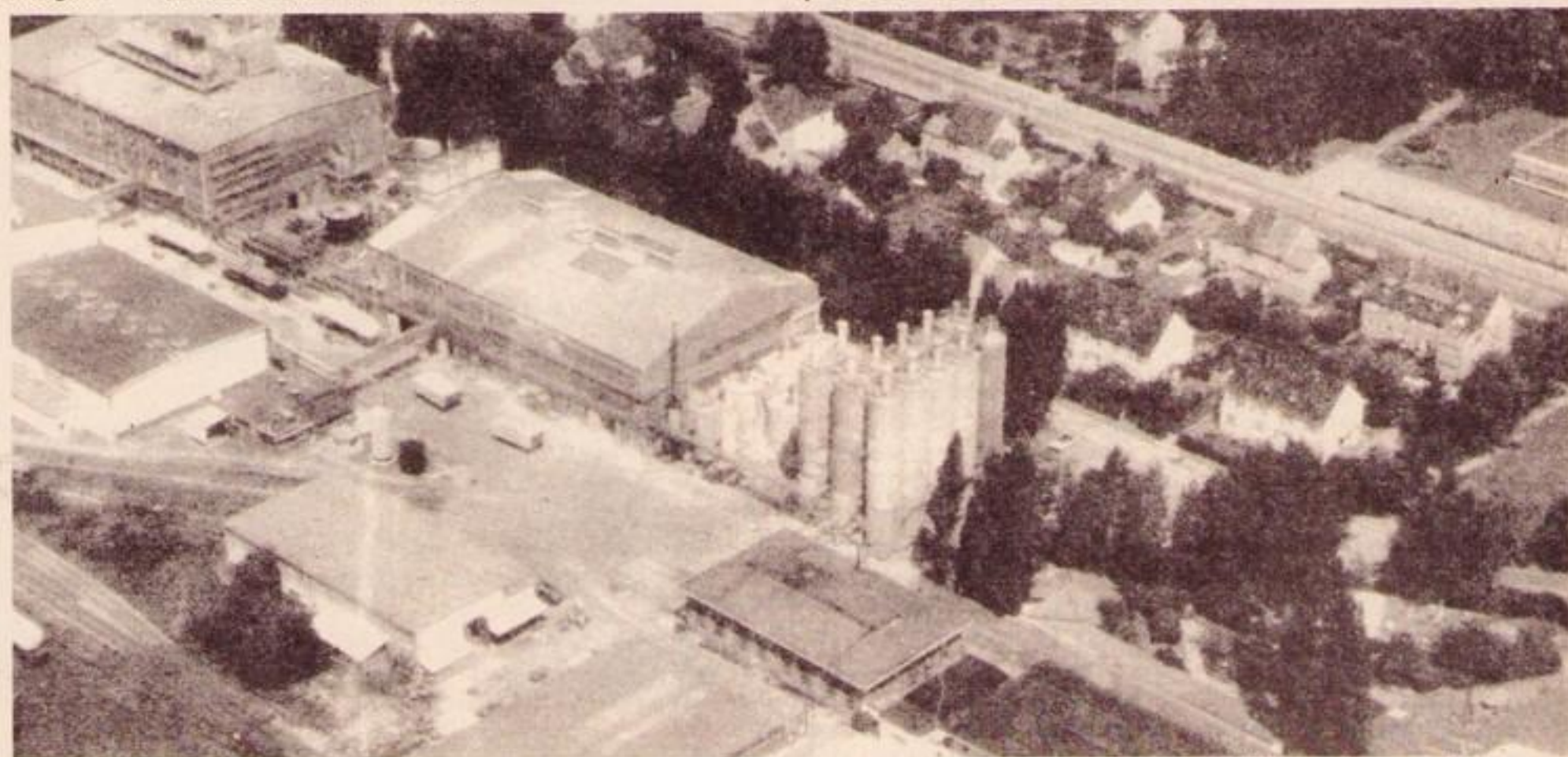
Doch kein Weg führt daran vorbei, daß Mord, Siechtum, ruinierte Volksgesundheit solange bestehen bleiben, bis der Täter, das Kapital, zur Rechenschaft gezogen wurde. Das Gesetz des Profits muß fallen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen muß beseitigt werden. Um es medizinische zu sagen: Es wird sich erst dann eine umfassende und solide Volksgesundheit schaffen lassen, wenn das Krebsgeschwür Bourgeoisie, das den Organismus der menschlichen Gesellschaft aushöhlt und aufzehrt, herausgeschnitten ist.

Und im Gegensatz zu den allermeisten wirklichen Krebsfällen wird man sehen, wie schnell sich der Organismus erholt und bis dahin ungeahnte Kräfte und Energien entfaltet.

jvt

Die Gefährlichkeit von PVC ist lange bekannt

- 1938 war von ihr zum ersten Mal im Zusammenhang mit Tierversuchen die Rede.
- 1949 berichteten sowjetische Wissenschaftler von Leberschäden durch PVC.
- 1957 werden Gefäßkrämpfe bei PVC-Arbeitern bekannt.
- 1960 werden Vergiftungsfälle aus Kanada bekannt.
- 1961 wird an Versuchstieren nachgewiesen, daß VC-Gas bei einer Konzentration von 500, 200 und 100 ppm Leber und Nieren angreift.
- 1963 erklärten rumänische Wissenschaftler: „Nach drei bis zwölf Monaten am gleichen Platz (in der PVC-Produktion, Red.) treten Nervenschädigungen und Verdauungsstörungen auf.“
- 1965 weist eine sowjetische Studie beginnenden Knochenschwund an den Händen und Erkrankungen des Bindegewebes nach.
- 1966 haben belgische Wissenschaftler nach dreijährigen Untersuchungen herausgefunden, daß schwere Schäden an den Endgliedern der Finger und Zehen auftreten können.
- 1967 bestätigen englische Mediziner die belgischen Erkenntnisse.
- 1968 wird zum ersten Mal im Rahmen einer internationalen Studie in Leipzig eine systematische Studie vorgelegt.
- 1970, auf dem 10. Internationalen Krebskongreß, wird zum ersten Mal Krebsverdacht erhoben.
- 1972 weist eine Forschergruppe der Bonner Hautklinik erneut nach, daß PVC-Arbeiter verstärkt an Knochenschwund leiden.
- 1973 führt der italienische Mediziner Cesare Maltoni den Nachweis anhand von Versuchen an Ratten, daß 250 ppm krebserzeugend sind. Später stellt er Krebsgeschüre sogar bei 50 ppm fest. In der BRD sind 100 ppm erlaubt. Inwieweit die Unternehmer das einhalten, zeigte der Fall Dynamit Nobel, wo zum Teil das zehnfache gemessen wurde. 1974 starben fünf amerikanische Arbeiter an einer seltenen Art von Lungenkrebs. Sie hatten Kontakt mit VC.



Im Troisdorfer Werk der Dynamit Nobel AG wurden besonders viele PVC-Arbeiter krank. Etliche starben an Krebs.



Neue LP aus Hamburg

„Alles frei erfunden...“

Die Gesichter auf der Rückseite des Covers der ersten LP von „Elbe 1“ („Alles frei erfunden...“) kommt einem bekannt vor: Natürlich, das sind doch die „Elbspeeler“, die man von verschiedenen Veranstaltungen, Auftritten und von ihrer Platte „Nach der Arbeit“ her kennt. Musikalisch aber hätte man sie nicht wiedererkannt. Sie haben sich „gemausert“. Aus der Volksmusikgruppe im Waterkantstil — ist eine Folk-Rock-Gruppe geworden (so weit man das mit einem Wort umreißen kann), die einen neuen Klang in die westdeutsche Musikszene trägt: „Elbe 1“.

Die Stücke, die Elbe 1 auf der Platte zusammengestellt hat, sind thematisch und künstlerisch vielfältig; die Spannweite reicht von der lyrisch und einfühlsam vorgetragenen Ballade („Von Tür zu Tür“) bis zum knallharten Rockstück („Todesschuß-Rock“), vom angelegten Liebeslied („Nachtschicht“) bis zum Agitations-Song („35 Stunden“). Durch die gekonnte Benutzung von elektronischen Mitteln, von Montage und Mischtechniken gelingt es der Gruppe, verschiedene Ebenen in einem Lied zum Ausdruck zu bringen und gegenüberzustellen: zum Beispiel in ihrem Lied über den Stolzzenbergskandal („Eidelstedt ist weit entfernt“) die Anklage gegen die Umwelt- und Profitverbrecher und das beschwichtigende Geschwätz des Umwelt-senators.

In ihren Liedern behandelt die Gruppe nicht nur die Umweltverschmutzung, sondern auch andere brisante Themen: Lehrstellensuche, Todesschußpraxis der Polizei, Arbeitshetze und Betriebsunfälle, Probleme der Schichtarbeit, Verschlechterung der Versorgung im Gesundheitswesen, Neonazis. Elbe 1 nimmt kein Blatt vor den Mund; es gibt heute noch immer wenige Musikgruppen, die so klar und mutig ihren Standpunkt vertreten, die ihre Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen so kompromißlos in Musik und Gesang umsetzen.

Das Unrecht hat Namen, Anschrift und Gesicht, sagt Brecht sinngemäß in einem seiner Gedichte. Elbe 1 nennt Namen, weist den Hörer an die richtige Adresse: an Stolzzenberg, Strauß, den Hamburger Senat, die Herren von Blohm & Voss, den Bonner Staat. Die Kritik, die Elbe 1 übt, bleibt nicht allgemein und unverbindlich. Im „Todesschuß-Rock“ heißt es: „Und dann passiert das, was schon dutzendfach geschah in diesem deutschen Staat: ein Bulle nimmt die Knarre; er zielt eiskalt, und dein Freund wird abgeknallt.“

An diesem „Todesschuß-Rock“ kann man übrigens gut studieren, wie Elbe 1 die Form der Rockmusik nebst Mischeffekten für die politische Aussage einzusetzen versteht. Das Lied beginnt mit der sonoren Stimme eines Polizeisprechers, untermalt von wehmütiger, verträumter Musik; plötzlich schlägt die Situation um: Computergeräusche, Halleffekte, Hundegebell leiten in das eigentliche „harte“ Stück über, in dem die Todesschußpraxis

der Polizei angeprangert wird. Gerade auf Jugendliche dürfte diese scharf kontrastierte suggestive Form eine große Wirkung haben.

Vielleicht das eindrucksvollste Stück auf der LP ist das Lied „Anders Maersk“, das ein Explosionsunglück auf der Werft Blohm & Voss zum Thema hat.

„Erzählst du von der Anders Maersk dann nenne sie nie: Unglücks-schiff.“

Weil der Tod von 28 Kollegen kein unglücklicher Zufall ist.“

Das Lied erzählt aus der Perspektive eines der Arbeiter, die später im Krankenhaus sterben, von der Katastrophe, die von der Arbeitshetze verursacht worden ist. Das Lied wird so zu einer erschütternden Anklage gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Werftherrn, die für ihren Profit über Leichen gehen und glauben, mit ein paar Tausendern ihr Verbrechen vergessen machen zu können:

„Meine Frau bekommt für meinen Tod ein paar tausend Mark. So wird das Verbrechen von Blohm & Voss mit einem Kopfgeld abbezahlt.“

An diesem Lied erkennt man, was Elbe 1 von den meisten anderen Gruppen ähnlicher Richtung auszeichnet: die Verbundenheit mit den Arbeitern, die genaue Kenntnis ihrer Lage, ihrer Probleme. Dies kommt nicht von ungefähr. Bis auf einen der Musiker sind die Mitglieder der Gruppe berufstätig, in ihrer Mehrzahl Arbeiter. Wohl nicht ohne Stolz vermerken sie auf dem Cover ihrer Platte ihre Berufsbezeichnung vor den jeweiligen Instrumenten: Schriftsetzer, Maschinenschlosser, Sortierer, Modell-tischlerlehrling, Musikererzieherin, Lehrer, Student. — Nicht von ungefähr sind auf der Platte die Lieder „35 Stunden“ und „Nachtschicht“ enthalten: das erste ein Lied aus dem Kampf um die 35-Stunden-Woche, das zweite ein Lied über die Probleme eines Paares, das in der Schichtarbeit steht, Liebeslied und soziale Anklage zugleich.

Viele Lieder lassen deutlich den Einfluß der Wiener Schmetterlinge erkennen, besonders deutlich bei den Stücken: „Todesschuß-Rock“, „Eidelstedt ist weit entfernt“, „Anders Maersk“. Trotzdem kann man nicht von Nachahmung sprechen. Elbe 1 hat durchaus einen eigenen Ton und Charakter entwickelt. Das hängt sicherlich damit zusam-

men, daß die Gruppe ihre „Elbspeeler“-Etappen nicht einfach über Bord geworfen hat, sondern — zumindest teilweise — die Elemente der früher fast ausschließlich gespielten Volksmusik mit in die neuen Stücke verarbeitet hat. Und an einer Stelle der Platte bricht der Volksliedton vollständig durch: Zwei Minuten und fünfzehn Sekunden lang gibt es eine „Hopplapolka“.

Wirkt die Verbindung von Rockmusik und Volksmusik auf der Platte durchweg gelungen, so wird das künstlerische und politische Niveau der Lieder nicht in jedem Fall gehalten. Besonders gilt das für das Lied „40 Jahre später“. Gut ist es, daß das Lied die Frage der Neo-Nazis aufgreift und hier einen klaren antifaschistischen Standpunkt bezieht; gerade wegen der Brisanz der Frage aber wäre ein lebendigeres, überzeugenderes Stück notwendig gewesen. Verglichen mit der bilderreichen und farbigen Sprache, mit den genau beobachteten und dargestellten Situationen in „Anders Maersk“, „Bitte warten“ oder „Eidelstedt...“ wirkt „40 Jahre später“ konstruiert und unkonkret, es kommt über die bekannten Schablonen bestimmter Klassenkampfsituationen nicht hinaus. Dieser Mangel wird durch die zündende Musik nur teilweise kompensiert.

Eine Schwachstelle sind auch die Verse über die Disco in dem Lied „Von Tür zu Tür“, einem Lied über die Behandlung der Frauen als Menschen und Arbeitskräfte zweiter Klasse. Welche Funktion erfüllt der Disco-Einschub in diesem ansonsten eindrucksvollen, überzeugenden Lied? Natürlich kann man den Disco-Rummel gerade auch in einem solchen Zusammenhang behandeln; aber in dem Elbe 1-Titel wirkt es aufgesetzt, unverständlich, fremd:

„Eine Freundin sagt: mach es so wie ich: Komm in die Disco und vergnüge dich. Denn beim Disco-Sound, im Lichtermeer da hebst du ab und siehst den

ganzen Mist nicht mehr.“

Warum, wird ein jugendlicher zu Recht fragen, soll man sich nicht vergnügen dürfen; wenn ich jede Minute an den „Mist“ denke, werde ich verrückt. — Dem Lied hätte es besser getan, wenn die Disco-Passage ersatzlos gestrichen worden wäre.

Zum Schluß noch ein Wort zu den Texten. Die Texte sind gut, sie sind realistisch, es steckt Leben darin; aber mit geringen Mitteln hätte sich ihre Wirkung vielleicht noch steigern lassen. In den Texten ist manchmal — in der Absicht, etwas besonderes hervorzuheben — zu viel des Guten getan, die Verse sind manchmal mit Füllwörtern überlastet. Statt hervorgehoben, wird die Sache dann abgeschwächt. Ein Beispiel: In dem Lied „40 Jahre später“ heißt es: „...und sie knüppeln dich brutal zusammen.“

Ein Zusammenknüppeln eines Menschen ist immer brutal. Das Wort „brutal“ ist hier jedoch nicht nur überflüssig, es schwächt die Aussage sogar ab. Das Wort drängt sich hervor und lenkt von dem Vorgang des Zusammenknüppelns ab: Wie? Gibt's noch ein anderes Zusammenknüppeln als ein brutales? Das mag spitzfindig klingen, aber es beeinflusst den Text. Und ähnlich ist es in manchen anderen Texten: „gar nicht“ (statt „nicht“), „sehr schlechte Karten“ (statt „schlechte Karten“), „Zeit ist ja bekanntlich Geld“ (statt „Zeit ist Geld“) usw. Das nimmt den Texten einiges von ihrer Härte und verwischt und verzögert ihre Aussage.

Insgesamt aber ist Elbe 1 mit „Alles frei erfunden...“ ein guter Start gelungen. Man kann die LP nur jedem empfehlen, sehr empfehlen.

ju.

Anzeige

Elbe 1: „Alles frei erfunden“, LP, 17,80 DM

Bestellungen an: Verlag Neue Zeit GmbH, Postfach 4304, 23 Kiel 1. Bestellungen nur gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck oder Überweisung auf Postscheckkonto 270 300 — 205 Hmb) plus 3,— DM für Porto und Verpackung.

Wer mit Elbe 1 Kontakt aufnehmen möchte: Andreas Nogalski, Eggerstedtstr. 26, 2000 Hamburg 50.

Kein „Kandidat“ in Augsburg

Die Stadt Augsburg hat es erreicht, daß der Film „Der Kandidat“ von Schlöndorff, Kluge, Eschwege und Aust nicht in Augsburg gezeigt werden kann. Nachdem die privaten Kinos der Stadt kein „Interesse“ an der Aufführung des Streifens über den bayerischen Ministerpräsidenten und CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Strauß ge-

zeigt hatten, legte nun das Kulturamt ein Veto gegen die Vorführung des Films in dem kommunalen Kino „Komödie“ ein. Die Stadt Augsburg ist Teilhaber der „Komödien“-GmbH.

Der Kulturamtschef versicherte jedoch, daß „politisches Drängen“ bei der Entscheidung keine Rolle gespielt habe.

Nazim Hikmet

Sie

Sie, die zahlreich sind,
wie Ameisen auf der Erde,
Fische im Meer,
Vögel in der Luft,
die feige,
tapfer,
unwissend,
entscheidend
und kindlich sind,
Zerschlagende
und Erschaffende sind sie:
Ihre Abenteuer nur stehen in unserem Buch.

Sie, die ihre Fahnen aus der Hand fallen lassen
bestochen durch die List des Verräters
und den Feind auf dem Feld hinter sich,
in ihre Häuser fliehen
— sie zücken gegen so manchen Renegaten das Messer —
die wie ein grüner Baum lachen
und ohne Feierlichkeiten weinen
und fluchen wie ein Heide:
Ihre Abenteuer nur stehen in unserem Buch.

Das Los des Eisens,
der Kohle
und des Zuckers
und des roten Kupfers
und der Webereien
und der Liebe und des Terrors und des Lebens
und sämtlicher Industriezweige
und des Himmels
und der Wüste
und des blauen Ozeans
und der traurigen Flußbetten,
und des bebauten Ackers und der Städte
wird in einem Morgengrauen verändert sein,
wenn sie in einem Morgengrauen, am Rande des Dunkels,
ihre schweren Hände auf die Erde drücken,
um sich aufzurichten.

Sie sind es,
die auf die gelehrten Spiegel
die farbigsten Formen werfen.
Sie siegten und wurden besiegt in diesem Jahrhundert,
und man sagt von ihnen:
„Sie haben nichts zu verlieren als ihre Ketten.“

Nazim Hikmet (1902 - 1963)

Der große türkische Dichter Nazim Hikmet hat mehr als 14 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht. Dort schrieb er einen großen Teil seiner Werke: Dramen, Romane, Epen, Gedichte, Übersetzungen. Nazim Hikmet's Werk repräsentiert bis heute die fortschrittliche, die kommunistische Türkei, die Türkei der unterdrückten kämpfenden Massen, der Arbeiter und Bauern.

Hikmet gehörte von 1923 bis zu seinem Tode im Jahre 1963 der Kommunistischen Partei der Türkei an. 1933 wurde er — der Staatsanwalt hatte gegen ihn die Todesstrafe beantragt — zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. 1935 durch eine Amnestie freigegeben, wurde er 1938 erneut verhaftet und verurteilt. Diesmal saß er bis 1950 gefangen — bis eine nationale und internationale Amnestiekampagne seine Freilassung erkämpfte.

In deutscher Sprache gibt es — soweit uns bekannt — zwei Ausgaben von Werken Nazim Hikmet's:

- „Sie haben Angst vor unseren Liedern“, ein großformatiger zweisprachiger Bildband mit Werken und Texten von und über Nazim Hikmet, herausgegeben vom Türkischen Akademiker- und Künstlerverein. Diesem Band ist das obenstehende Gedicht entnommen.
- „Menschenlandschaften“, ein Epos in fünf Bänden, die zum Teil bereits im Jürgen-Reents-Verlag, Hamburg, erschienen sind.

Wahlkampfschlager

Anzeige



Auflauf: „Stoppt Strauß!“, Single, 6,— DM.

Die Single der Wiener Polit-Rock-Gruppe kommt gerade rechtzeitig zum Einheizen gegen den schwarzen Kandidaten: rockig, flott und eingängig, zum Sich-mitreißen-lassen und Mitsingen.

Zu bestellen über: Verlag Neue Zeit, Postfach 4304, 23 Kiel 1. Auch bei vielen Anti-Strauß-Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen, bei Initiativen, Komitees und in Läden zu haben.

Zum Tod von Ernst Busch

„Proleten, fällt nicht auf den Schwindel rein“



Ernst Busch ist tot. Am Sonntag, den 8. Juni, starb er, 136 Tage nach Vollendung des 80. Lebensjahres, in einem Ostberliner Krankenhaus. Ernst Busch besaß hervorragende musikalische und schauspielerische Fähigkeiten. Doch vor allem stand er an der

Seite des revolutionären Proletariats. Ernst Busch hat im wahrsten Sinne des Wortes Freud und Leid seiner Klasse geteilt. All das machte ihn zu einem der großen Künstler unserer Zeit. Sogar der im Loben recht karge Brecht nannte Ernst Busch genial.

Ernst Busch wurde am 22. Januar 1900 in Kiel geboren. Ein Jahr nach Kriegsausbruch trat er eine Maschinenschlosserlehre auf der, zum Krupp-Konzern gehörenden, Germania-Werft an. Als die Kieler Matrosen sich gegen Admiralität und Kaiser erhoben, stand Ernst Busch als Achtzehnjähriger an ihrer Seite. In den von der SPD geschickten Noske-Truppen sah er Todfeinde der Revolution. Im selben Jahr, in dem die Revolution niedergeschlagen wurde, nahm Busch seinen ersten Unterricht in Schauspielerei und Gesang. 1921 wurde er wie unzählige andere arbeitslos. Im selben Jahr hatte er sein erstes Engagement als Schauspieler, im Kieler Stadttheater.

Der Regisseur Piscator wurde auf den „Provinzler“ aufmerksam und holte ihn 1927 nach Berlin.

1929 fand in Berlin eine Begegnung statt, die unübersehbare Folgen für die Kulturarbeit der revolutionären Arbeiterbewegung haben sollte. Ernst Busch lernte Hanns Eisler kennen.

Gemeinsam tingelten die beiden — der lange, hagere und immer ein wenig bärbeißige Busch und der kleine dicke und immer ein wenig lebenswürdige Eisler — durch die verrauchten Kneipenräume, wo sie zur hellen Begeisterung der Anwesenden (meist waren es KPD-Versammlungen) regelrechte Wunschkonzerte veranstalteten, denn die Kampflieder der Weimarer Zeit hatten rasend schnell an Popularität gewonnen. Eisler traktierte das Klavier, Busch schlug das Publikum mit seiner wahrhaftig nicht gefälligen, aber unnachahmlich treffenden Stimme in seinen Bann. Auch an den Stempelstellen waren sie stets willkommene Gäste.

Die Bekanntschaft mit Brecht macht das Dreigestirn komplett. 1932 tritt Busch der

von Brecht geleiteten „Gruppe junger Schauspieler“ bei. 1933 mußte Ernst Busch ins Exil. Doch seine Stimme war weiter in Nazi-Deutschland zu hören — über Radio Hilversum, später über Radio „Komintern“.

Als die Franco-Faschisten mit Hitlers Unterstützung begannen, die junge

Energie widmete er sich der Einspielung der unzähligen Arbeiter- und Volkslieder, die vor allem sein schon 1961 verstorbener Freund Eisler geschaffen hatte.

Unvergessen sind sie bis heute geblieben, die Gesänge nach Texten von Becher, Brecht, Majakowski, Fün-



„Der Sänger Busch. (...) Herausfordernde Haltung. So stehen gern deutsche Arbeiterjungen und betrachten spöttisch einen Herrn mit Melone, Atembeschwerden und Siegelring (...)“ (S. Tretjakow)

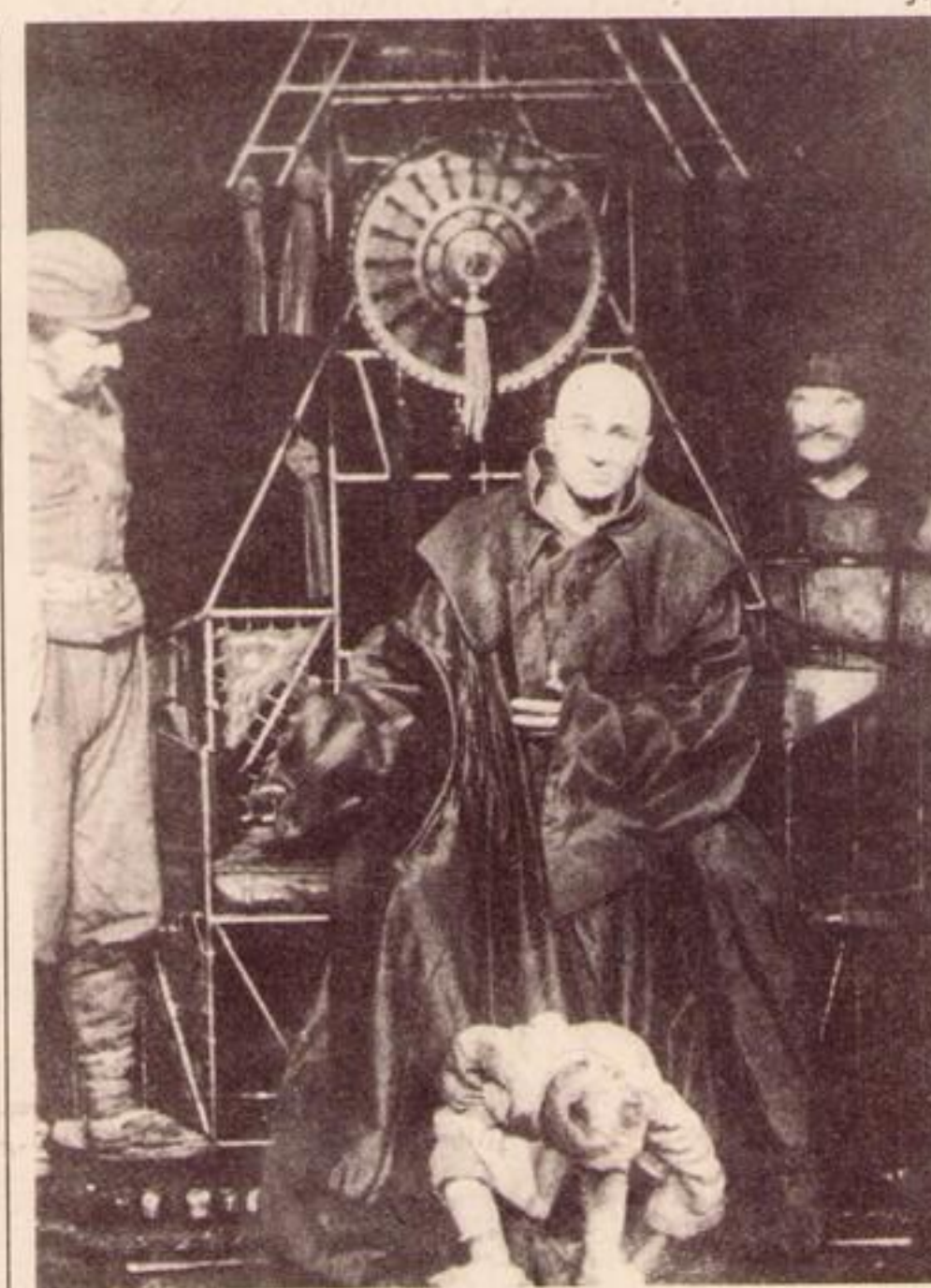
spanische Republik zu erdrotseln, war es für Ernst Busch keine Frage, was zu tun sei. 1937 traf er bei den Internationalen Brigaden ein und half mit dem Gewehr und seiner Stimme, Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

1943 wurde Ernst Busch von französischen Kollaborateuren im besetzten Frankreich verhaftet und der Gestapo ausgeliefert. „Der Untersuchungsgefangene hat durch Gesangsvorträge den Kommunismus verbreitet“, hieß es in der Anklageschrift.

Die Rote Armee befreite ihn aus dem Zuchthaus Brandenburg. Ernst Busch, von Folter und Mißhandlung schwer gezeichnet, war von Anfang an dabei, als es darum ging, auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone ein neues Deutschland aufzubauen.

Er wurde Schauspieler und Regisseur am Deutschen Theater Berlin und trat 1950 Brechts „Berliner Ensemble“ bei. Seine letzte große Rolle war der Galilei, den er kurz nach Brechts Tod auf unnachahmliche Weise spielte.

Danach trat er kaum noch öffentlich in Erscheinung. Doch aufs Altenteil hat er sich nie zurückgezogen. Mit aller



Ernst Busch als Richter Azdak im Kaukasischen Kreidekreis (1954).



Hanns Eisler und Ernst Busch Anfang der 50er Jahre.

Hanns Eisler über Ernst Busch

Das singende Herz der Arbeiterklasse

(...) man müßte mit dem Wort genial vorsichtig umgehen, denn es ist das höchste Lob, aber im Fall Ernst Busch reicht das Wort genau aus, um ihn zu beschreiben. Es muß gesagt werden, daß Busch ein großer Musiker ist. Nun, es ist unüblich, Busch einen Musiker zu nennen, aber er ist es. (...)

Als Schauspieler reicht seine Skala von Mephisto, Jago, Galilei, Azdak, Fucik bis zum bolschewistischen Kommissar im „Sturm“. Aber er hat auch Kabarett gemacht, und was für gutes; er singt — im norddeutschen und Berliner Dialekt — Chansons mit einer Schläuheit, mit solchem Charme, wie sie unvergänglich sind.

Am populärsten ist er aber als der Arbeitersänger revolutionärer Lieder, als der Volkstribun, als das singende Herz der deutschen Arbeiterklasse. Ernst Busch ist ein Arbeitersohn aus Kiel. Dieser norddeutsche Arbeiter zeichnet sich nicht durch Liebeshwürdigkeit, sondern durch Energie und Grobheit aus. (...)

Ich lernte ihn 1929 kennen, als ich die Musik zu einer Piscator-Aufführung „Der Kaufmann von Berlin“ einstudierte. Es gab eine Menge Lieder und Chöre in diesem Stück, und auf jeder Probe fragte ich, wo steckt denn dieser Ernst Busch und wer ist das überhaupt, wieso kommt er nicht zu den Proben. Man sagte, er wäre noch in Heidelberg, er wäre ein großartiger Schauspieler und Sänger und ich brauchte nicht nervös zu werden. Ich wurde ärgerlich und sagte, es nützen mir nicht großartige Sänger und Schauspieler in Heidelberg, sondern nur in Berlin, und er müsse sich doch gefälligst zu den Proben einfinden. 14 Tage vor der Premiere schrie ich ärgerlich: „Und wo ist nun dieser Busch?“ Da kam auf die Bühne ein sehr gut aussehender, blonder, schmaler Mann und sagte: „Da bin ich.“ So hatte ich meinen ersten Krach mit ihm.

Das sind jetzt 32 Jahre her, und ich kann mich sehr beglückwünschen, daß ich diesen schwierigen — unter Freunden nennen wir ihn den Stachelkaktus — genialen Künstler kennenlernen konnte.

Busch hat es sich in der Kunst und im Leben nie leicht gemacht. Die Leidenszeit in den französischen Konzentrationslagern, seine vergebliche Flucht in die Schweiz, die Verhaftung durch die Gestapo, sein Prozeß, seine schwere Verwundung, das Zuchthaus in Brandenburg, die schrecklichen Stationen eines revolutionären Arbeiters hat er alle durchmachen müssen, aber er hat diese Prüfungen bestanden und kam ungebrochen zurück und hat sofort wieder gearbeitet. Der Fleiß und die Disziplin Buschs ist etwas Sagenhaftes. Vor einigen Wochen hatte ich mit Busch Aufnahmen im Rundfunk von 6 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts. Busch war nicht zufrieden, mit sich nicht, mit mir nicht, mit der Aufnahmetechnik nicht. Um 10 Uhr kam er zu mir, der noch todmüde war, mit den Noten und sagte: „So, jetzt werden wir es noch einmal probieren, das muß alles besser werden.“

Ernst-Busch-LPs im Vertrieb des „pläne“-Verlags

Interbrigaden (1580001 E); Becher/Eisler (1580003 B); Majakowski/Eisler (1580004 B); Louis Fünberg (1580005 B); Spottlieder (1580006 E); Goldene Zwanziger (1580008 E); Tucholsky/Eisler (1580010 E und 1580012 E und 1580014 E); Mühsam/Klabund (1580016 E); Oktobersturm (1580018 E); Der heilige Krieg (1580020 E); Brecht 1914 bis 1924 (1580025 E); Brecht 1925 bis 1934 (1580027 E); Erich Weinert (1580029 E); Johannes R. Becher (1580031 E); Venceremos (1585023 B); Bauernkrieg (1585039 B); März 1848 (1585040 B); Trotz alledem (1585041 B); Mehring/Eisler (1585042 B); Tucholsky (1585043 B); Erich Weinert (1585044 B); Hanns Eisler (1585045 B); Es kommt der Tag (1585046 E); Das Lied vom Leben (1585048 E); Wedekind/Becher/Majakowski (1810014 C); Brecht 1914 bis 1934 (1810017 C); Eisler/Tucholsky (1810019 C); Aurora 1 (1815100 C); zu bestellen über: Verlag „pläne“ GmbH, Postfach 827, 4600 Dortmund 1.



Ernst Busch, wie ihn der Zeichner Emil Stumm 1929 beim Vortrag eines Eisler/Tucholsky-Liedes im Kabarett „Katakomben“ sah.

Seeamtsverhandlung zum Untergang der „München“

Experten:
Es war doch der liebe Gott...

Am Donnerstag letzter Woche schloß das Bremerhavener Seeamt seine Verhandlungen über den Untergang des Containerschiffes „München“, der allen 28 Besatzungsmitgliedern und Passagieren das Leben gekostet hatte, ab. Als alleinige Ursache für die Katastrophe nahm das Seeamt einen sogenannten schweren Seeschlag an. Andere Ursachen — so das Seeamt — seien auszuschließen; vor allem bauliche Mängel oder Mängel an der Ausrüstung kämen als Ursache für den Untergang nicht in Frage.

Es war also die unberechenbare See. Es waren das Schicksal, die Vorsehung, der liebe Gott oder sonstige anonyme Mächte — nur eine war es nicht: die Hapag-Lloyd, die Reederei des Schiffes. Der Spruch der Seeamtsverhandlung kommt praktisch einem Freispruch der Schiffsbetreiber gleich, deren rücksichtsloses Profitstreben in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Untergang der „München“ steht.

Bereits im Januar 1979 hatte der „Rote Morgen“ in einem Artikel („Profitgier oder Jahrhundertwelle?“) einige Fakten

benannt: „Die ‚München‘ wußte über Funkt von dem nördlich der Azoren tobenden Orkan. Warum fuhr sie nicht — wie andere Schiffe auch — um das Sturmgebiet herum? Durfte sie keine Zeit (Zeit = Geld der Reederei) verlieren? ... Die ‚München‘ war mit 83 Schwimmcontainern, von denen jeder 18,75 Meter lang und 9,50 Meter breit ist und ein Gewicht bis zu 460 Tonnen hat, hochbepackt. War die ‚München‘ überladen? ... Schließlich bleiben eine Anzahl Fragen, die Verteilung der Ladung in den Containern und die tech-

nische Ausrüstung des Schiffes betreffend. Ein Detail sei herausgegriffen: Keine einzige der insgesamt sechs Rettungsinseln war mit einem Sender bestückt...“

Die Seeamtsverhandlung brachte neue erschütternde Tatsachen über die Sicherheitsausrüstung des Schiffes ans Tageslicht. Sie stellte fest, daß die Besatzung auf dem angeschlagenen Schiff praktisch keine Chance hatte, weil die Rettungsvorkehrungen in der hohen See mit Wellen von zwölf bis sechzehn Metern Höhe völlig unzureichend waren.

Kleine Tierkunde

Der Antennenfisch

Die Vielfalt des Tierreiches ist groß, und selbst in der heutigen so durchforschten, sezierten und klassifizierten Welt stößt der Wissenschaftler immer wieder auf neue und absonderliche Arten und Erscheinungen; Monster sind darunter, die in ihrer Ungeheuerlichkeit nur noch von den Ungeheuern der menschlichen Gesellschaft übertroffen werden.

Der harmlos aussehende Antennenfisch, zur Familie der Knochenfische gehörig, ist ein Freß-Monster. Oft sind es weniger als vier Tausendstel Sekunden, die vergehen, bis er seine Beute angegriffen und verschlungen hat. Wobei der Beutefisch auch länger sein kann als sein eigener Körper.

Amerikanische Meeresbiologen haben nun in mühevoller Arbeit mit Unterwasserkameras den Antennenfisch beobachtet und herausgefunden, wie er bei seiner Fresserei, die schneller als der Schall ist, zu Werke geht:

Er liegt, seiner Umgebung hervorragend angepaßt und getarnt, auf dem Meeresboden und lockt die Beute an, indem er einen auf dem Oberkörper sitzenden Stachel — an dessen Ende ein fleischiger Hautlappen sitzt — hin- und herbewegt. Kommt ein Opfer heran, bläht er seinen Rachenraum blitzartig bis auf das Zwölfwache des ursprünglichen Umfangs auf und erzeugt dadurch eine derartigen Unter-

druck, daß die Beute wie mit einem superstarken Staubsauger ins Maul gerissen wird.

Der Antennenfisch hält, nach dem Stand der Wissenschaft, mit vier bis sechs Tausendstel Sekunden den tierischen Weltrekord im Schnellfressen. Schon viermal so lange braucht der Weltzweite, der westafrikanische Schmetterlingsfisch. Und gar vierzig Tausendstel Sekunden vergehen, bis der Europarekordhalter, der Barsch, sich ein Beutefischchen durch den Schlund in den Magen katapultiert hat.

Antennenfisch, Schmetterlingsfisch und Barsch jedoch sind Waisenknaben angesichts der Freßlust und Gefräßigkeit des Kapitals. Der Antennenfisch zupft ein Fischchen blitzartig aus dem Wasser; das Kapital aber reißt, sich aufblähend, ganze Fabriken, Bergwerke, Bankhäuser, Trusts, ganze Ländereien in sich hinein. Sicher ist eine solche Einverleibung nicht in vier Tausendstel Sekunden abgeschlossen, aber um Sekunden geht es auch hier: ein Federstrich, eine Unterschrift, ein Funkspruch — und schon hat eine Firma, eine Kapitalgruppe die andere verschlungen. Die Verschlingtechniken sind allerdings kompliziert als die des Antennenfisches. Und während der Antennenfisch, die Beute im Bauch, satt und zufrieden zurücksinkt in den Meeresschlamm, kann sich das Kapital

nicht zur Ruhe begeben. Jede verschlungene Beute, jeder geglückte Beutezug erzeugt ihm, und zwar augenblicklich, neuen Hunger, der umso größer ist, je größer die Beute war. Und schon wieder sitzt das Kapital auf der Lauer, vor Hunger wie von Sinnen, und winkt, wie der Antennenfisch mit dem Hautlappen, mit seinen Verträgen, Bilanzen, Statistiken und Expertisen.

Der Antennenfisch schwimmt im Ozean, er liegt in den Wassertiefen im Schlamm, und was er frisst, sind nur Fische. Das Kapital aber sitzt überall auf der Erde, es verschlingt die Arbeitskraft, den Schweiß, die Menschen, uns.

Ehrfurcht vor dem Leben

„Mutter Theresa hatte am Vortag Abtreibung, als reinen Mord“ verurteilt. In Indien würfen die Frauen ihre Kinder lieber in die Mülltonne, als sie abzutreiben.“

Frankfurter Rundschau, 9. Juni 1980.

An alles gedacht...

„Von der Rundfunkgebührenpflicht werden befreit: Hörgeschädigte, die gehörlos sind oder denen eine ausreichende Verständigung über das Gehör auch mit Hörhilfen nicht möglich ist.“

Aus der „Verordnung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht“.

Karikatur der Woche



Die „München“ vor dem Auslaufen

Unzureichend war offensichtlich auch die Funkausrüstung des Schiffes. Wie das Seeamt feststellte, ging das Schiff nicht — wie bisher angenommen — unmittelbar nach einem noch gesendeten Notruf in der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember 1978 unter, sondern erst zwei Tage später. Die 28 Menschen trieben noch mehr als einen Tag auf dem Atlantik, ohne Funk-

verbindung, während die Rettungsmannschaften an einer ganz anderen Stelle suchten.

Angesichts dieser Fakten wird der „Freispruch“ der Hapag-Lloyd, die um des Profits willen das Leben der Menschen aufs Spiel setzt, umso unverständlicher. Den Verantwortlichen gehört der Strafprozeß gemacht — zumindest wegen fahrlässiger Tötung.

Carter in Miami



Die Schwarzen sind hier Dreck, denn das Gesetz trägt eine weiße Haut. Und schießt und senkt und brennt... Hau ab! Spar dir das Menschenrechtsgeschwätz! Fuck you, Mr. President!

Miami.— Drei Wochen nach den Unruhen wegen des Freispruchs von vier weißen Polizisten, die einen schwarzen Versicherungsvertreter zu Tode geprügelt hatten, besuchte der amerikanische Präsident Carter Miami. Er appellierte an die schwarze Bevölkerung, ihm „die Treue zu halten“ weil er versuchte, die Armut zu lindern.

Carter erntete Aufruhr. Als er wegfahren wollte, gelang es einigen aus der Menge, die Barrikaden zu durchbrechen und die Wagenkolonne zu erreichen. Mit Buh-Rufen machten sich die wütenden Demonstranten Luft. Eine Flasche traf Carters Wagen, als er sich gerade hingesetzt hatte. Über die dem Präsidenten folgende Wagenkolonne ging ein Regen von Wurfgeschossen nieder.



Samstag, 21.6., 22.50 Uhr, ARD

Ein Mann auf den Knien. (Italien 1979) — Ein sozialkritischer Thriller, der im Mafia-Milieu spielt.

Montag, 23.6., 20.15 Uhr, West III

Die Jagd nach Josef Mengele. Auf den Spuren des KZ-Arztes. Dokumentation von Michael Beckmann und John Ware.

TV-Kritik
„Scheibenwischer“

Der Kabarettist Dieter Hildebrandt, dessen „Notizen aus der Provinz“ beim ZDF der Zensur zum Opfer gefallen waren, startete in der vergangenen Woche bei der ARD sein neues satirisches Programm „Scheibenwischer“. Thema der ersten Sendung war das Fernsehen selbst, wobei Hildebrandt und seine Gäste allerdings in erster Linie das Mainzer ZDF anschossen. Aber die Spitzen, die da in Sachen Zensur, Karrierismus und Feigheit gegenüber dem Druck der Bonner Parteien abgeschossen wurden, trafen natürlich auch die Anstalt, für die Hildebrandt jetzt arbeitet.

Solche Spitzen waren im ganzen gesehen zwar etwas dünn gesät, manches war auch nur für Kenner der Medienlandschaft verständlich. Dennoch hob sich Hildebrandts Sendung wohltuend von der üblichen „Ausgewogenheit“ ab. Ärgerlich war eine Songeinlage über die Olympiade, die im schlechtesten Stil eines politisch unverbindlichen Kabarets alle möglichen negativen Erscheinungen im Sportbetrieb aufs Korn nahm, gegen Carters Boykott jedoch nur ein paar matte Sprüche am Rande übrig hatte.

Dagegen konnte ein anderer Gast in Hildebrandts Sendung auf Anhieb überzeugen: der Wiener Liedermacher Konstantin Wecker mit einem Lied gegen den Neofaschismus (das übrigens im ZDF auch ein „Zensurfall“ gewesen ist). Insgesamt war der Beginn der „Scheibenwischer“-Serie vielversprechend, man kann der Sendung nur wünschen, daß sie nicht über kurz oder lang das gleiche Schicksal erleidet wie die „Notizen aus der Provinz“.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALEKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

- 4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.
- 4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.
- 2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller-Deerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.
- 6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.
- 4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Tel.: 0231/83 23 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-13 Uhr.
- 4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 2, Tel.: 0203/44 30 14.
- 6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 069/117 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.
- 7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.
- 2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 65, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 17-18.30-19.12 Uhr.
- 3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Eisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.
- 7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
- 7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.
- 2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/52 72 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.
- 5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegang „Neue Zeit“, Mariestr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.
- 8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhofer-Str. 1, Tel.: 089/26 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.
- 8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 4, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.
- 7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
- SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.